



16. Sitzung

Donnerstag, 20. November 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten	819	Philipp-Sebastian Kühn SPD	835
		Thilo Kleibauer CDU	837
Fortsetzung der Tagesordnung	819		
		Beschluss	838
Aktuelle Stunde	819		
Fraktion der SPD:		Große Anfrage der Fraktion der CDU:	
Gewalt auf dem Kiez: Senatskonzepte erfolglos		Wissenschaft und Geschlechtergerechtigkeit in Hamburg	
		– Drs 19/1223 –	838
Dr. Andreas Dressel SPD	819, 827	dazu	
Thomas Felskowsky CDU	820		
Antje Möller GAL	821, 826	Antrag der Fraktion der CDU:	
Christiane Schneider DIE LINKE	821	Wissenschaft und Geschlechtergerechtigkeit in Hamburg	
Andy Grote SPD	822, 825	– Drs 19/1580 –	838
Kai Voet van Vormizeele CDU	823, 826		
Farid Müller GAL	824	Karen Koop CDU	838
		Gabi Dobusch SPD	841
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Dr. Eva Gümbel GAL	842
Zwischenbericht Arbeitsgruppe Universitätsneubau		Kersten Artus DIE LINKE	843
– Drs 19/1466 –	827	Dr. Herlind Gundelach, Senatorin	845
Dora Heyenn DIE LINKE	828, 834		
Wolfgang Beuß CDU	829, 834	Besprechung erfolgt, Beschluss	846
Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	831, 837		
Dr. Eva Gümbel GAL	832, 836		

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Hürden des Hamburger Schulsystems

– Drs 19/1226 – 846

Britta Ernst SPD 846

Marino Freistedt CDU 848

Michael Gwosdz GAL 851

Dora Heyenn DIE LINKE 852

Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin 853

Wilfried Buss SPD 855

Beschluss 856

Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses zum Thema:

Evaluation der Hamburger Privattheater (Selbstbefassungsangelegenheit)

– Drs 19/1382 – 856

Brigitta Martens CDU 856

Christel Oldenburg SPD 857

Dr. Eva Gümbel GAL 858

Norbert Hackbusch DIE LINKE 859

Kenntnisnahme 859

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Weiterentwicklung von Arbeitsmarktinstrumenten und Verfahren in Hamburg

– Drs 19/1211 (Neufassung) – 859

Elke Badde SPD 859

Dr. Natalie Hochheim CDU 861, 867

Antje Möller GAL 863, 868, 870

Elisabeth Baum DIE LINKE 864

Wolfgang Rose SPD 864

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE 868

Beschluss, Besprechung erfolgt 870

Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksache 19/790:

Zusammenfassender Bericht der Aufsichtskommission gemäß § 38 Absatz 4 des Gesetzes über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt (Hamburgisches Maßregelvollzugsgesetz - HmbMVollzG vom 14. Juni 1989; neu: § 48 HmbMVollzG vom 7. September 2007) über ihre Tätigkeit in den Jahren 2006 und 2007 (Senatsmitteilung)

– Drs 19/1379 – 871

Kenntnisnahme 871

Gemeinsame Beratung

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/1358 – 871

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/1359 – 871

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/1360 – 871

Beschlüsse 871

Sammelübersicht 871

Beschlüsse 871

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/1046:

Konzentration von Dienststellen sowie Einrichtung eines Sozialen Dienstleistungszentrums in einem neuen Verwaltungszentrum im Bezirk Bergedorf (Senatsantrag)

– Drs 19/1378 – 871

Beschlüsse 872

Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 19/1331:

**Haushaltsplan 2007/2008
Haushaltsjahr 2008 Einzelplan
4 – Behörde für Soziales, Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz
Nachträgliche Genehmigung
von über- und außerplanmäßigen
Ausgaben in Höhe von
3.491 Tsd. Euro beim Titel
4840.894.01 nach § 37 Absatz 4
LHO sowie Nachbewilligung
von Ausgaben in Höhe von
1.211 Tsd. Euro für die Bau-
maßnahme Erweiterungsbau
des Bernhard-Nocht-Instituts
beim Titel 4840.894.01 (Senats-
antrag)**

– Drs 19/1448 –

Beschlüsse

Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 19/1442:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Haushaltsjahr 2008
Einzelplan 7 Behörde für Wirt-
schaft und Arbeit
Bauliche Sanierungsmaßnahmen
zur Aufrechterhaltung der
Funktionsfähigkeit des Landes-
betriebes Großmarkt Obst, Ge-
müse und Blumen Hamburg
Hier: Nachbewilligung von
Haushaltsmitteln in Höhe von
5.000 Tsd. Euro beim Titel
7400.892.05 "Zuschuss an den
Großmarkt Obst, Gemüse und
Blumen für Grundinstandset-
zungen" (Senatsantrag)**

– Drs 19/1579 –

Beschlüsse

Bericht des Rechtsausschusses
über die Drucksache 19/859:

**Entwurf eines Gesetzes zur Er-
gänzung von § 23 Absatz 1 Hm-
bRiG (Senatsantrag)**

– Drs 19/1380 –

Beschlüsse

Bericht des Kultur-, Kreativwirt-
schafts- und Tourismusausschusses
über die Drucksache 19/917:

**Elfter Staatsvertrag zur Ände-
rung rundfunkrechtlicher
Staatsverträge (Elfter Rundfun-
känderungsstaatsvertrag) (Se-
natsantrag)**

– Drs 19/1515 –

Beschlüsse

Bericht des Familien-, Kinder- und
Jugendausschusses über die Druck-
sache 19/566:

**Interkulturelle Familienkonflik-
te entschärfen – Schutz und
Prävention ausbauen (Antrag
der Fraktion der GAL)**

– Drs 19/1444 –

Beschluss

Bericht des Innenausschusses über
die Drucksachen 19/91 (Neufas-
sung) und 19/150:

– Faschismus ist keine Mei-
nung, sondern ein Verbrechen
– Initiative für ein erneutes
NPD-Verbotsverfahren! (Antrag
der Fraktion DIE LINKE)
– NPD-Verbot weiter vorantrei-
ben (Antrag der Fraktion der
SPD)

– Drs 19/1461 –

Beschlüsse

Antrag der Fraktion der SPD:

**Für Transparenz auf dem Aus-
bildungsmarkt – Ausbildungs-
berichterstattung wieder ein-
führen**

– Drs 19/1115 –

Beschlüsse

Antrag der Fraktion der SPD:

**Hamburg muss vorangehen:
Kinderrechte in die Verfassung
UN-Kinderrechtskonvention
vorbehaltlos zustimmen**

– Drs 19/1469 – 874

Christiane Blömeke GAL 874

Stephan Müller CDU 874

Carola Veit SPD 875

Mehmet Yildiz DIE LINKE 876

Beschluss 877

Antrag der Fraktion der SPD:

**Aktenvorlageersuchen nach
Artikel 30 der Hamburgischen
Verfassung zur Ansiedlung von
"Möbel Höffner" an der Holstei-
ner Chaussee: Welche Zusa-
gen hat der Senat dem Investor
bereits gemacht?**

– Drs 19/1473 – 877

Beschluss 877

Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Auch heute darf ich mit Glückwünschen beginnen. Die richten sich diesmal an unseren Kollegen Stephan Müller. Lieber Herr Müller, Sie sind unschwer an dem großen Blumenstrauß zu erkennen. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich ganz herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir setzen nun die

Aktuelle Stunde

von gestern fort. Ich rufe das vierte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Angemeldet wurde es von der SPD-Fraktion. Es lautet:

Gewalt auf dem Kiez: Senatskonzepte erfolglos.

Wird das Wort dazu gewünscht? Der Abgeordnete Dr. Dressel hat es.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fälle schwerer Straßengewalt im Stadtteil St. Pauli nehmen weiter zu. Das belegen neueste Zahlen, die wir aufgrund unserer Anfragen erhalten haben. Im ersten Dreivierteljahr wurden im Stadtteil St. Pauli 568 Fälle gefährlicher und schwerer Körperverletzung im öffentlichen Raum registriert. Das sind 2,9 Prozent mehr als im Vorjahr und das heißt, zwei Gewaltexzesse pro Tag auf dem Kiez. Das können und dürfen wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahlen steigen weiter und das trotz Ihrer eingeleiteten Maßnahmen. Das verlangt eine schonungslose Schwachstellenanalyse. Nehmen wir nur einmal das Beispiel Ihrer Videoüberwachung, die Sie als Allheilmittel eingeführt haben, wo Sie gesagt haben, Sie stellten Kameras auf und alles werde gut auf dem Kiez. Jetzt müssen wir feststellen, dass sie zwar als Ergänzung zu dem Maßnahmenpaket okay sind, aber einen nachhaltigen präventiven Effekt leider nicht haben. Das sollte vor allem die CDU ehrlich bilanzieren und nicht schönreden.

Nehmen wir einen weiteren Punkt, das Waffentragverbot. Es wurde lange von der SPD gefordert und ist auch richtig. Es muss aber, und das ist der entscheidende Punkt, konsequent durchgesetzt werden. Dazu bedarf es der richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen, damit man zum Beispiel dafür sorgen kann, dass man Waffen nicht nur in ei-

ner Tasche findet, die man mitführt, sondern auch unter der Jacke, und zwar anlassunabhängig. Das ist ein Bereich, in dem Sie in jedem Fall nachbessern müssen.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen – das ist der entscheidende Punkt bei einem solchen Waffentragverbot – braucht man genügend Polizeibeamte, um dieses auch durchzusetzen. Das haben Sie am Anfang auch gemacht. Als es eingeführt wurde, hat es in den ersten Wochen Schwerpunktkontrollen gegeben, in den ersten Wochen wohlgemerkt. Da war auch Wahlkampf und da war es natürlich wichtig, den starken Max zu markieren. Nun bröckelt es, nun fehlt an vielen Tagen die nötige Präsenz, um dieses durchzusetzen, weil Sie bei der Polizei weitere Stellen abbauen und auch auf der Davidwache Vollzugsstellen abbauen, was ein schwerer Fehler ist.

(Beifall bei der SPD)

Dann kam noch dieses Glasflaschenverbot, man sollte eigentlich nicht Glasflaschenverbot sagen, sondern freiwillige Selbstverpflichtung. Wir wissen jetzt aus den Zahlen, dass das ein Rohrkrepierer ist. Wir brauchen – das ist die feste Meinung unserer Fraktion – endlich die Gefahrenabwehrverordnung, um dieses auch tatsächlich durchzusetzen. 40 Prozent der Körperverletzungen auf dem Kiez werden durch Glasflaschen verursacht. Wer hier weiter wartet, der handelt fahrlässig.

(Beifall bei der SPD)

Der entscheidende Punkt ist natürlich, dass wir uns nicht nur um die Glasflaschen kümmern müssen, sondern auch darum, was in diesen Flaschen ist, nämlich häufig Alkohol, ein entscheidender Beschleuniger für die Gewaltexzesse, die wir auf dem Kiez feststellen müssen. Deshalb stellt sich auch hier die Frage, wie Sie insgesamt mit dem Thema Alkohol – Prävention, aber auch Repression – umgehen. So sucht man zum Beispiel – Herr Wersich ist heute anwesend – im Konzept gegen Jugendgewalt das Thema Alkoholprävention vergeblich; das findet an dieser Stelle nicht statt. Gucken wir uns konkret den Kiez an: Können wir es hinnehmen, dass nachts bei Lidl, Penny und anderen Einzelhandelsgeschäften Alkoholika einkaufswagenweise zu Billigpreisen herausgefahren werden? Wir meinen nein; auch da muss gehandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch viele Punkte anführen, wo mehr getan werden muss, zum Beispiel Aufenthaltsverbote gegen Schläger oder die Möglichkeit, dass sich alle Szenelocations darauf verständigen, dass, wer in einem Club ein Hausverbot bekommt, es auch automatisch für alle anderen Szenelocations hat. Hannover hat da sehr erfolgreich ein Konzept ins Werk gesetzt und setzt dies seit einigen

(Dr. Andreas Dressel)

Monaten um. Da muss insgesamt mehr getan werden. 568 Fälle schwerer Gewalttaten auf dem Kiez im ersten Dreivierteljahr können wir nicht hinnehmen. Das verlangt mehr als runde Tische, das verlangt mehr als Wahlkampfstrohfeuer, das verlangt politische Verantwortung. Deshalb: Handeln Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Der Abgeordnete Felskowsky bekommt das Wort.

Thomas Felskowsky CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht,

(Gerhard Lein SPD: Uns geht's gut!)

aber ich persönlich finde das Thema Sicherheit auf St. Pauli zu wichtig, um es hier für ein bisschen Publicity zu verbraten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Gewalt auf den Straßen ist kein originäres oder gar ausschließliches Kiezproblem. Es ist vielmehr ein Negativphänomen auf Amüsiermeilen und in Ausgehvierteln deutscher Großstädte. Berlin, Köln, München, alle wie sie da sind, kämpfen gegen steigende Gewalt auf der Straße in den unterschiedlichsten Ausprägungen. Dies geht im Übrigen auch aus dem Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Jugendgewalt aus diesem Frühjahr hervor.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da können Sie mal was umsetzen, was da drin steht!)

– Herr Dressel, entspannen Sie sich, lauschen Sie meinen Worten.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn die Jugendgewalt hier nur einen Teilspekt ausmacht, so wird doch deutlich, dass wir es nicht mit einer Hamburgensie zu tun haben, sondern vielmehr mit einem bundesweiten gesellschaftspolitischen Problem.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, bei allem politischen Enthusiasmus sollten Sie nicht die Augen vor der Realität verschließen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das tun die permanent!)

Wer auf Gewalt aus ist, wer Randalen machen will, wer Gewalttaten begehen will, der findet meist auch ein Ventil; leider ist es so, Verbot hin oder her.

Reden wir doch einmal über die Personen, die ihre Alkoholika in anderen Stadtteilen kaufen und auf den Kiez mitbringen, leider ein oftmals jüngerer

Publikum, das in den eigenen vier Wänden erst einmal vorglüht,

(Michael Neumann SPD: Hier spricht der Experte!)

um dann völlig alkoholisiert und enthemmt so richtig einen draufzumachen. Vor diesen Tatsachen sollten wir nicht die Augen verschließen,

(Beifall bei der CDU)

denn dass es sich bei der Glasflasche vor Ort nur um einen Tunnelblick handelt, wissen wir alle.

Aber kommen wir zu den Fakten, Herr Dressel. Sicherlich sind an passenden oder unpassenden Stellen in den Raum geworfene Zahlen zunächst mehr oder weniger eindrucksvoll. Aber wir sollten wissen, dass eine Statistik nur so aussagekräftig ist, wie derjenige interpretationsfähig ist, der sie liest, und Sie können sie offensichtlich nicht lesen.

(Beifall bei der CDU)

Gestiegene Fallzahlen mögen für den Laien ausschließlich besorgniserregend sein. Der Fachmann oder auch die Fachfrau erkennen daran aber auch ein erhöhtes Anzeigenverhalten durch Sensibilisierung für die Problematik und vor allem das Ergebnis von verstärkter Präsenz und gezielten Kontrollen.

(Michael Neumann SPD: Das hat schon Hartmuth Wrocklage erzählt!)

– Seien Sie doch einfach mal leise, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Wenn ich den gleichen Quatsch höre wie von Wrocklage, dann kann ich nicht ruhig bleiben!)

Womit wir beim Sicherheitskonzept des Hamburger Senats für den Kiez wären, das da wäre: verstärkte Polizeipräsenz, lageabhängige Kontrollen, Waffenverbot, Videoüberwachung und nicht zuletzt diese Selbstverpflichtung für die Gastronomen. Es greift zum Teil auch, natürlich nicht von heute auf morgen und für eine Statistik ist es einfach noch zu früh.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wann dürfen wir denn mal wieder nachfragen?)

Aber worauf kommt es an? Es greift auf jeden Fall für die Besucher und für die Bewohner von St. Pauli.

Nach der Planlosigkeit SPD-geführter Vorgängersenate ist die Sicherheit im Bereich der Reeperbahn und den angrenzenden Straßen bei der Regierungskoalition in guten Händen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Zum Schluss möchte ich noch sagen, Herr Dressel, dass fahrlässig der damalige SPD-Senat ge-

(Thomas Felskowsky)

handelt hat, weil er nämlich nicht gehandelt hat. Und mit einer Plastikkarte, auf der steht, ich bin jetzt ganz fürchterlich derjenige, der hier aufpasst, sind Sie leider nichts geworden.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Dressel, Sie sind wieder mal martialisch eingestiegen, zwei bis drei Gewaltextzesse pro Tag. Es gibt da auch die anderen Zahlen: 3,5 Millionen Menschen pro Jahr, 2500 Körperverletzungen, 84 Prozent davon mit bloßen Händen und der Rest mit Waffen und davon 7 Prozent mit Glasflaschen. Das sind 7 Prozent zu viel und das ist auch gar nicht die Debatte, die wir hier führen müssen, weil wir uns darüber einig sind. Das Schwierige an dieser Debatte ist doch, was hilft eigentlich, um die Situation zu verändern. Da reicht es eben nicht zu sagen, wir brauchen mehr als Repression. Sie versuchen, die CDU noch auf der anderen Seite zu überholen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Zur Prävention haben wir auch etwas gesagt!)

– Das kommt aber immer so ein bisschen als Nachsatz.

Wir müssen im Moment den Appell an die Menschen in den Mittelpunkt stellen, die vor Ort ihre Geschäfte machen und ihr Geld verdienen und mit den Menschenmassen, die über den Kiez laufen, sei es mit Alkohol, sei es wegen Kultur, Shows oder Prostitution. Das Mitnehmen der IG St. Pauli, aber auch das Mitnehmen der Waffengeschäfte – das haben wir schon mehrfach besprochen – halte ich für eine der wichtigsten Aufgaben, denn es ist einfach eine absurde Situation. Es gibt Schilder, dass man sich in einer Waffenverbotszone bewege, und gleichzeitig ist die Auswahl in dem Bereich dort am größten. Das mag verstehen, wer will, umsetzbar und realistisch, damit die Menge der Waffen auf dem Kiez zu verringern, ist es nicht.

Wir brauchen eine Debatte, die man nicht in einem Fünf-Minuten-Beitrag erledigen kann, und entscheidend ist, dass wir die Arbeit, die im Bezirk dazu gemacht werden kann, mitnehmen müssen. Dazu gehört auch, dass der BOD sich auf seine Aufgaben besinnt und der Bezirk an der Stelle ein bisschen mitzieht. Dazu gehört aber auch, gegenüber den Geschäften sehr deutlich zu sagen, wenn das nicht klappt mit der Selbstverpflichtung, dann reden wir über ein Glasflaschenverbot. Auch wenn das hier im Haus hoch strittig ist, ist das Stichwort Alkoholverkaufsverbot möglicherweise das nächste. Aber das alles wirkt nicht, wenn man es ver-

fügt und in Wirklichkeit die Bereitschaft zur Umsetzung nicht besteht.

Vielleicht müssen die Runden Tische sich öfter treffen, vielleicht müssen sie anders zusammengesetzt werden, aber das öffentliche Werben dafür, über diesen Kiez zu gehen, ohne Waffen in der Tasche und ohne den Wunsch, sich zu prügeln, gehört auch dazu.

Dann muss man vielleicht auch darüber reden, wer in die Clubs reingelassen wird, was an Kultur angeboten wird, für welche Szene es dort Angebote gibt und was sich strukturell, sei es durch veränderte Angebote, auf dem Kiez noch verändern lässt. So weit müssen wir die Debatte führen, nur in dieser Breite kommen wir vielleicht an den Kern der Entwicklung, die uns alle etwas unklar ist. Woher kommt es, dass es einerseits eine derartige Zunahme an Alkoholexzessen, andererseits eine so herabgesenkte Schwelle des Benutzens von Waffen oder von Glasflaschen als Waffen gibt. Die einseitigen Forderungen nach mehr Polizei auf der Straße,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wir wollen nur nicht, dass es weniger wird!)

nach mehr Überwachung, nach mehr Repression, nach verdachtsunabhängigen Kontrollen von Zigarettenhändlern von Personen klingen gut, sind aber völlig unrealistisch und ändern überhaupt nichts an dem Problem, das wir dort haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Erstens: Das Problem ist ernst. Ob nun die Steigerung der Zahlen auf eine reale Steigerung zurückzuführen ist oder auf eine Aufhellung des Dunkelfeldes, will ich dahingestellt lassen. In jedem Fall ist die Zahl der erfassten Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung viel zu hoch. Diese hohe Zahl gewalttätiger Auseinandersetzungen auf dem Kiez darf weder akzeptiert noch verharmlost werden.

Zweitens: Die CDU-Senate haben in den letzten Jahren mit ständiger Ausweitung repressiver und präventiver Maßnahmen reagiert. Das Gefahrengebiet Bekämpfung der Drogenkriminalität wurde eingerichtet, das Gefahrengebiet allgemeine Kriminalität, Waffenverbotszone, Videoüberwachung. Lieber Kollege Dressel, die SPD bleibt in dieser Logik und will neben einem Glasflaschenverbot eine Ermächtigung der Polizei für eine körperliche Durchsuchung von Kiezbesuchern. Ich kann mir, ehrlich gesagt, gar nicht vorstellen, wie das gehen soll bei diesen Zahlen.

(Christiane Schneider)

Es gehört nicht viel Phantasie zu der Voraussage, dass das eine Spirale ohne Ende sein wird. Was soll denn der nächste Schritt sein, wenn das gewünschte Ergebnis nicht erzielt wird? Ich kann mich vielem anschließen, was Frau Möller gesagt hat – das möchte ich ausdrücklich sagen –, will aber das aufgreifen, was Sie ganz am Schluss gesagt haben, und die Debatte noch ein bisschen erweitern, denn man soll sie auch nicht allzu eng führen.

Das Gewaltpotenzial beziehungsweise die Gewaltrealität darf nicht akzeptiert und verharmlost werden, aber sie muss verstanden und erklärt werden. Deshalb eignet sich das Thema nach unserer Auffassung nicht für billige Auseinandersetzungen und auch nicht für populistische Forderungen, sondern erfordert von uns allen ein Nachdenken darüber, was sich eigentlich Wochenende für Wochenende auf dem Kiez abspielt. Welche gesellschaftlichen Konflikte entladen sich dort in ungezügelter Aggression und Gewalt? Müssen wir uns nicht den Kopf darüber zerbrechen, auf welche konkreten Erfahrungen Jugendliche mit Gewalt bis hin zu schweren und gefährlichen Körperverletzungen reagieren, Erfahrungen des Scheiterns an gesellschaftlicher Realität, Erfahrungen von Armut, Ausgrenzung, Diskriminierung, Desintegration, Erfahrungen von schulischem Scheitern, Verlust sozialer Bindungen, Vereinzelung und Vereinsamung, Ohnmachtserfahrungen, Erfahrungen von Langeweile, sozialräumlicher Enge, bewegungsfeindlichem Erlebnis und kontaktarmen Wohngebieten, unattraktiven Freizeitangeboten, mangelnden Experimentier- und Grenzerfahrungsmöglichkeiten.

Der Kollege von der CDU hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das ein Großstadtphänomen ist, das wir überall in der Bundesrepublik und in den westlichen Industrieländern vorfinden. Letztlich, Kollege Dressel, ist es eine Verharmlosung des Problems, wenn Sie glauben, ihm durch noch ein Verbot und noch eine Ausweitung und wieder ein Verbot und wieder eine Ausweitung von Polizeibefugnissen beikommen zu können. Natürlich muss man sich über jede einzelne mögliche Maßnahme diesbezüglich unterhalten und, wie ich finde, streiten, aber das reicht nicht.

Wir hatten bei anderer Gelegenheit die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Gewalt in der Gesellschaft vorgeschlagen. Ich möchte ausdrücklich an diesen Vorschlag erinnern und glaube, dass wir letzten Endes nicht um eine solche sachliche und rationale gemeinsame Untersuchung der Phänomene umhinkommen werden. Wenn wir das Problem der Gewalt nicht an der Wurzel packen, dann werden wir letztlich keinen Beitrag zur Reduzierung von Gewalt leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Grote.

Andy Grote SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, dass alle hier bekunden, das sei ein wichtiges Thema. Das ist auch gar nicht von der Hand zu weisen, aber wo die Konsequenzen aus dieser Bedeutung gezogen werden, kann ich an den Redebeiträgen nicht erkennen. Insofern, Thomas Felskowsky, frage ich mich schon ein bisschen, wo du heute vorgeglüht hast,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

denn dieser etwas hilflose Redebeitrag hatte mit der Realität ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten,

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Das ist doch eine Frechheit!)

darüber nachzudenken, ob das die richtige Sprachregelung für dieses Haus ist.

(Beifall bei der CDU – *Frank Schira CDU:* Mit so einer Arroganz hier aufzutreten!)

Andy Grote (fortfahrend): – Gut, ich nehme das zurück.

Was jedenfalls nicht geht, ist, dass Sie sich hinter anderen Großstädten und gesamtgesellschaftlichen Problemen verstecken. Wir alle werden auch sonst nicht müde zu betonen, welche Einzigartigkeit dieser Stadtteil St. Pauli hat, dass das ein besonders verdichtetes, hochattraktives, aber eben auch sehr belebtes Vergnügungsviertel ist und wir dort eine besondere Problemstellung haben. Die haben wir, sich steigend, seit vielen Jahren und seit über einem Jahr haben wir eine sehr intensive Diskussion darüber. Dass sich nun gerade die CDU und ein Innensenator, der ansonsten durchaus den Anspruch hat, diese Probleme in den Griff zu bekommen, dahinter versteckt, dies seien allgemeine Phänomene und so richtig könne man da nichts tun, ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Wenn von der CDU gesagt wird, man solle die Augen nicht vor der Realität verschließen, dann weiß ich nicht, in welcher Realität Sie leben. Wenn Sie bei den Zahlen, die wir jetzt haben, das heißt, eine leicht gestiegene Gewaltkriminalität und immer noch eine gleich hoch bleibende Zahl von Verletzten mit Glasflaschen, 157 in den ersten neun Monaten, sagen, Ihre Konzepte wirkten, dann kann ich keinen Realitätssinn erkennen. Ich habe den Eindruck, Sie sind in einem anderen St. Pauli unterwegs.

(Andy Grote)

(Beifall bei der SPD)

Sie zweifeln unsere Interpretation von Statistiken an, nennen aber selbst nicht eine einzige Zahl und die Zahlen sind eindeutig. Sie sind von Ihren Behörden veröffentlicht worden und insofern gibt es da auch gar nichts zu interpretieren. Das wäre ja noch was, wenn man die interpretieren könnte, aber die sind eindeutig.

Sie müssen sich an Ihren eigenen Maßstäben messen lassen. Sie haben vor einem Jahr gesagt, wenn wir es nicht schaffen, die Zahlen gefährlicher Körperverletzung nachhaltig zu senken, gerade mit dem Tatmittel Glasflasche, dann müssen wir über ganz andere Dinge nachdenken. Das haben Sie bei verschiedenen Gelegenheiten immer gesagt, passiert ist aber nichts, es ist eine Chronik der folgenlosen Ankündigung und des Nichthandelns.

(Jörg Hamann CDU: Was macht denn der Bezirk?)

– Dazu kann ich Ihnen etwas sagen.

Nach Ihrem letzten Runden Tisch hat es eine Pressekonzferenz und eine Pressemitteilung der Innenbehörde gegeben und wissen Sie, was darin stand: dreimal "prüfen", einmal "soll" und einmal "fortsetzen" und es stand auch einmal "wird" drin. Dieses "wird" bezog sich auf den Bezirk Hamburg-Mitte. Insofern brauchen Sie darauf Ihr Interesse nicht zu richten.

Dann noch ein Wort zu Frau Möller, es müsse mehr für die Prävention getan werden. Da wäre ein naheliegender Ansatz, sich die offene Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk Hamburg-Mitte anzuschauen, die der Senat seit Jahren kürzt und dem auch die Straßensozialarbeit auf der Reeperbahn zum Opfer gefallen ist. Diese Kürzung wird unter diesem Senat mit GAL-Beteiligung fortgesetzt, Frau Möller.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN – Wolfgang Beuß CDU: Kommen Sie mal zum Thema!)

Wenn ich höre, dass das Verbot oder die freiwillige Selbstverpflichtung wirkt, dann lade ich alle, die das behaupten, gerne einmal ein, sich am Wochenende real vor Ort aufzuhalten, aber nicht so, wie der Innensenator, der bei einem Kiezbummel am Wochenende zusammen mit der halben Polizeiführung, nachdem er die halbe Nacht dort verbracht hat, feststellt

(Wolfgang Beuß CDU: Der kümmert sich wenigstens!)

– ja, und wie –, dass eigentlich alles ganz duftete ist, während um ihn herum die Mannschaft der Davidwache das blutigste Wochenende seit langem erlebt. Das ist die Realität, in der Sie leben.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Die Zeit der Ankündigungen ist vorbei. Sie tragen Verantwortung für die Kiezbesucher, die jedes Wochenende dieser Gefahr ausgesetzt sind und ich hoffe, dass wir nicht erst wieder schwere und schwerste Verletzungen wie im Fall Nico Frommann erleben müssen, bevor Sie endlich handeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort dem Abgeordneten Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen! Das war ja ganz großes Kaliber, Herr Grote. Wir sind alle tief beeindruckt und ich will auch gleich Ihre Ansätze beantworten. Sie sagten, wir wollen Zahlen haben; gerne, Herr Grote. Ich will ich Ihnen gern einmal vorlesen, was wir seit Beginn dieses Jahres haben: 12 662 überprüfte Personen, 3 139 Platzverweise, 619 Ingewahrsamnahmen, 356 Festnahmen. Das sind die Zahlen und das zeigt, dass dieser Senat sich diesem Problem mehr als angenommen hat, und zwar erfolgreich angenommen hat.

(Beifall bei der CDU – Andy Grote SPD: Wo ist das Ergebnis?)

Wer behauptet, dass auf dem Kiez nichts passiert, der verachtet schlichtweg die Realitäten.

(Michael Neumann SPD: Da passiert zu viel!)

Wir haben momentan die größte Polizeidichte in ganz Deutschland Wochenende für Wochenende auf dem Kiez, und zwar seit längerer Zeit. Davon haben Sie all die Jahre, als Sie an der Regierung waren, geträumt. Wir setzen das um, wir handeln und Sie nicht.

(Beifall bei der CDU)

Dann wollen wir einmal zu dem kommen, was Herr Grote eben als Erfolgsgeschichte dargestellt hat, nämlich das Handeln des Bezirks Hamburg-Mitte; das ist sehr beeindruckend. Wir haben zurzeit eine freiwillige Selbstbeschränkung hinsichtlich des Verkaufs von Alkoholika vereinbart. Natürlich muss man das überprüfen und dafür ist der BOD vorgesehen. Herr Schreiber sagt mit einem Mal, kein Problem, ich bekomme demnächst 15 Stellen mehr und dann geht es los. Da könnte man den Eindruck gewinnen, der arme Bezirk Hamburg-Mitte habe überhaupt keine BOD-Stellen. Soll ich einmal vorlesen, wie viele der Bezirk hat: Im Bereich BOD 22, der nächst größere Bezirk hat zwölf. Wenn Sie die restlichen Außendienstmitarbeiter, über die Herr Schreiber verfügt, dazurechnen, hat allein der Bezirk Hamburg-Mitte 47 Stellen, um solche Kontrollen durchzuführen. Was macht er an Kontrolle: null Komma nichts. Nicht ein einziger Mitarbeiter von Herrn Schreiber kontrolliert das, was gemein-

(Kai Voet van Vormizeele)

sam vereinbart worden ist. Das ist das, was Sie tun, nämlich gar nichts.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Der Senat widmet dieser Fläche ausgesprochen hohe Aufmerksamkeit. Wir haben Polizei dort eingesetzt, wo es sinnvoll ist, aber ich sage auch ganz deutlich: Es ist und bleibt ein Vergnügungsviertel. Wir haben nicht vor, hinter jeden Besucher auf dem Kiez künftig einen Polizeibeamten zu stellen. Das wollen wir nicht und das werden wir auch nicht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dafür haben wir ja auch gar kein Geld mehr!)

– Wir haben reichlich Polizisten, die das hervorragend können.

Verehrter Kollege Dressel, Sie sollten einmal die Gelegenheit wahrnehmen, den Beamtinnen und Beamten, die Wochenende für Wochenende dort stehen und ihren Dienst verrichten, ein Dankeschön zu sagen; das tun Sie nicht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist denn Ihr Dankeschön? Dass Sie dort streichen, oder was?)

Sie sind diejenigen, die Kritik üben, sorgen aber nicht dafür, dass diese Beamten, die einen schweren Dienst machen und Wochenende für Wochenende dort ihr Leben und ihre Gesundheit riskieren, von Ihnen in irgendeiner Form Anerkennung bekommen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Von uns bekommen sie Anerkennung!)

Sie würdigen die Arbeit dieser Polizei auch noch herab und das machen wir nicht mit.

Wir werden das Konzept, das wir auf dem Kiez begonnen haben, fortsetzen. Dazu gehört auch, weiterhin kritisch zu beobachten, ob das vereinbarte freiwillige Beschränkungsverbot bei Alkoholika wirkt. Wenn es nicht wirken sollte – dazu gehört auch, dass der Bezirk Hamburg-Mitte endlich einmal anfängt, seine Leistungen und seine Pflicht zu erbringen –, dann werden wir gemeinsam überlegen müssen, ob wir mit weiteren, auch gesetzlichen Verordnungsmaßnahmen, voranschreiten müssen.

Wir setzen ausdrücklich auf die Mitarbeit derjenigen, die, wie Frau Möller gesagt hat, auch Geld verdienen und ein Stückchen Mitverantwortung tragen. Aber der Glaube, mit mehr Polizisten oder Ähnlichem dort eine Zone der Glückseligkeit hervorrufen zu können, ist schlichtweg naiv, Herr Grote. Herr Dr. Dressel, wir werden dieses Problem weiterhin so behandeln, wie wir es bisher behandelt haben, nämlich erfolgreich und direkt und da müssen Sie erst einmal hinkommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Farid Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eben ist von der Opposition die Bemerkung gefallen, man wäre nicht so sicher, ob wir alle das gleiche St. Pauli meinten. Ich sage dazu nur: Es gibt nur ein St. Pauli in Deutschland.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir sollten uns einmal das anschauen, wo die Sozialdemokraten meinen, wir müssten sofort handeln. Der Kollege Voet van Vormizeele hat eben schon etwas zum Glasflaschenverbot gesagt, was von der SPD vehement gefordert wird; darüber wird ja nachgedacht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie lange denn noch?)

– Ich sage Ihnen auch warum, hören Sie doch einmal zu.

Wenn man über Realitäten in St. Pauli spricht, dann muss man sich einmal anschauen, was das denn heißt. Bisher reden wir über einen freiwilligen Verzicht des Verkaufs an Tankstellen, Kiosken und Imbissen. Wenn wir was gesetzlich regeln wollen, dann bedeutet das auch ein Glasflaschenverbot für die Kneipen, denn da werden zum Beispiel Bierflaschen verkauft.

(Michael Neumann SPD: Silbersack zum Beispiel!)

– Genau, im Silbersack.

Und wir müssen ganz genau gucken, ob wir wollen, dass in den Kneipen keine Bierflaschen mehr über den Tisch gehen; diese Frage wird zurzeit geprüft. Das wäre meiner Ansicht nach ein Stück weit weniger St. Pauli, denn viele Kneipen haben überhaupt keine Zapfsäulen. Was sollen die dann ausgeben? Es haben auch nicht alle Bierhersteller Plastikflaschen. Man muss darüber nachdenken, ob sich das in dieser Stadt ohne Weiteres gesetzlich regeln lässt. Nein, ist es nicht. Da muss man sich Gedanken machen, was das in der Realität bedeuten würde.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das heißt nicht, dass wir nicht darüber nachdächten, was wäre, würde der freiwillige Verzicht nichts bringen. Wenn man die Leute zum Verzicht anhalten würde und dann prüft und merkt, dass das alles nicht geht, schauen wir gern, ob es härtere Maßnahmen gibt. Die erste Stufe ist in Hamburg-Mitte jedoch gar nicht richtig gestartet und dafür, dass auch nicht kontrolliert wird, ist schon einiges passiert.

(Farid Müller)

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Da muss die Bezirksversammlung mal ordentlich Dampf machen!)

Herr Dressel deutete die Frage an, warum überhaupt noch Alkohol in den Supermärkten auf dem Kiez verkauft werde. Sie wissen ganz genau, dass wir in dieser Stadt ein Verkaufsverbot von Alkohol in Flaschen in den Supermärkten gar nicht regeln können. Das ist Bundessache.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Zuhören! Das ist Ladenschlussgesetz!)

Überlegen Sie sich das, gehen Sie zu Ihrer Bundestagsfraktion und bringen es auf den Weg.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie heute von einem Alkoholverkaufsverbot gesprochen hätten. Ich bin froh, dass wir darüber zurzeit nicht diskutieren, denn das wäre nicht mehr St. Pauli. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Grote.

Andy Grote SPD: Lieber Farid Müller, ich stimme zu, dass wir nicht über ein Alkoholkonsumverbot auf St. Pauli reden sollten, denn das wäre in der Tat unrealistisch und Unsinn und hätte mit dem Vergnügungsviertel St. Pauli, wie wir es kennen, nichts zu tun. Das wollen wir nicht. Ich höre jetzt, dass Sie das nicht wollen. Aber Herr Ahlhaus kündigt dies seit einem Jahr in jeder öffentlichen Veranstaltung und in jeder Pressemitteilung an: Wenn die Freiwilligkeit nicht wirke, errichte man ein Alkoholkonsumverbot. Auch in den letzten Wochen und Monaten hat er das angekündigt. Klären Sie das innerhalb Ihrer Koalition, dann brauchen wir über diesen Punkt nicht mehr zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Sie eröffnen hier eine Scheindiskussion darüber, dass man dies in den Kneipen verbieten müsse. Sie wissen genau, dass das nicht der Punkt ist, über den wir reden. Unser Problem ist der Außer-Haus-Verkauf durch Einzelhändler, Kioske und andere Verkaufsstellen. Dies kann man sehr wohl gesondert regeln. Im Übrigen gibt es in vielen Bars, Diskotheken und in der Gastronomie durchaus das Verbot, mit einer Glasflasche die Örtlichkeit zu verlassen. Dies wird auch durchgesetzt. Das heißt noch lange nicht, dass man in einer Gastronomie nicht auch weiterhin Bier aus einer Glasflasche bekommen könnte. Ich höre, das sei unmöglich, das brauche man nicht und mit St. Pauli habe dies nichts zu tun – es halten sich dort bis zu 100 000 Menschen am Wochenende auf. Wenn sich in einem Fußballstadion 60 000 bis 100 000 Menschen in ähnlicher Zusammensetzung und in ähnlicher

Stimmung aufhalten, kommt in Deutschland kein Mensch darauf, dort noch Glasflaschen zu verkaufen. Nur der Senat meint, hier auf dem Kiez sei dies kein Problem.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Was ist denn das für ein Vergleich! Das ist wie ein Teddybär und ein Löwe!)

– Ich wünschte, Sie wären mehr Löwe als Teddybär in diesem Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Voet van Vormizeele, hier werden Zahlen aufgerufen.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Ja, das haben Sie verlangt!)

Aber wo sind denn die Vergleichszahlen? Sie nehmen Werte aus den ersten neun Monaten dieses Jahres. Um das vergleichen zu können und eine Steigerung zu sehen, brauche ich doch die Zahlen von vorher. Wo sind diese denn?

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Das sind die Fakten!)

– Das sind doch Fakten, die gar keine Bewertung zulassen. Sie behaupten, St. Pauli weise die höchste Polizeidichte auf, früher sei das nicht so gewesen. Das ist Unsinn. St. Pauli hatte schon immer, schon vor 50 Jahren die höchste Polizeidichte.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen aus den Antworten Ihres Senats auf Kleine Anfragen die Zahlen zur Davidwache nennen: 2002 gab es auf der Davidwache 146 Polizeivollzugsstellen, 2008 sind es 129. Das sind Zahlen.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Wie viele Polizeibeamte haben wir am Wochenende auf dem Kiez?)

Besetzte Stellen gab es 2002 130, jetzt sind es 128. Gut, Sie haben nur zwei abgebaut, aber Sie haben eine radikal veränderte Problemlage, auf die Sie überhaupt nicht reagieren. Das Einzige, was Sie bisher gemacht haben, ist, den bewährten, erfolgreichen Leiter der Davidwache kurzfristig ohne sachlich nachvollziehbare Begründung auszutauschen.

(Beifall bei der SPD)

Was 130 Polizisten der Davidwache nicht richten können, sollen jetzt 21 BODler aus dem Bezirk Mitte plötzlich leisten.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: 22 sind es, die dort ihre Aufgaben erledigen sollen!)

Da haben Sie wieder das Problem aus Ihrer Verantwortung verlagert.

– Sie können sich ja gleich noch einmal melden. Ich habe Ihnen auch zugehört.

(Andy Grote)

Sie wissen genau, wie es mit den BODlern ist. Erstens haben wir sehr lange um diese Aufstockung gekämpft. Sie ist jetzt einmal gerade zu einem kleinen Teil umgesetzt worden. Sie wissen, dass diese 22 Stellen für den gesamten Bezirk Hamburg-Mitte gelten. Sie wissen, dass in einer Schicht, wenn Sie Urlaub, Fortbildung und so weiter berücksichtigen, vielleicht sieben bis acht Leute tätig sind. Da glauben Sie, die könnten das leisten, was 130 Polizisten plus Bereitschaftspolizei am Wochenende nicht hinbekommen? Wie soll das denn funktionieren?

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal: Sie fordern, die Verbote müssten kontrolliert werden. Es gibt überhaupt kein Verbot. Insofern ist es für die Mitarbeiter sehr schwer, dort etwas zu kontrollieren. Die Mitarbeiter gehen hinein und stellen vielleicht fest, dass da eine Glasflasche ausgegeben wird – was sollen sie denn sagen? "Entschuldigung, wir möchten sie noch einmal bitten, sich an den freiwilligen Verkaufsverzicht zu halten?" Über diese Freiwilligkeit lacht ganz St. Pauli.

(Wolfgang Beuß CDU: Ihre Zeit ist vorbei!)

Sie können doch nicht mit einem Gewerbetreibenden, der 80 Prozent seines Umsatzes über Bierflaschenverkauf bestreitet, darüber reden, dass er dies freiwillig einstellt. Das hat im Leben noch nie funktioniert und das wird auch hier nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Ich komme extra noch einmal, weil Herr Neumann das gern wollte. Nur ein kurzes Wort zu dem, was Herr Grote gesagt hat. Herr Grote, Sie haben eben deutlich gezeigt, wie wenig Sie von der Sache verstehen. Die BOD-Leute sind nicht dazu da, um künftig die Aufgaben der Polizei zu übernehmen. Das dürfen und können sie gar nicht. Die BOD-Leute, die Ihr Herr Bezirksamtsleiter – das ist übrigens der mit dem neuen Sakko, auf dem "Bezirksamtsleiter" steht, sonst erkennt man ihn nämlich gar nicht ...

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Bloß kein Neid!)

– Nein, nein. Nur ist er der einzige Hamburger Bezirksamtsleiter, der sich ein Schild anheften muss. Sonst erkennt ihn nämlich keiner in diesem Bezirk.

(Beifall bei der CDU)

Das ist schon bemerkenswert. Dieser Herr Bezirksamtsleiter hat im Rahmen der Gewerbeaufsicht eine Pflicht, nämlich hierauf zu schauen. Genau dazu sind die BOD-Mitarbeiter da, nicht zu

mehr und nicht zu weniger. Da erzählen sie uns, 22 BOD-Mitarbeiter, über die er bereits verfügt, zusätzlich der restlichen Außendienstmitarbeiter aus der Gewerbeaufsicht ergeben zusammen 47 und die sind nicht in der Lage, herumzugehen und gelegentlich bei den Betrieben, den Imbissketten und Ähnlichem einmal nachzusehen, ob eine Art von Einhaltung stattfindet. Das ist genau der Punkt, an dem Herr Schreiber dem Problem nicht gewachsen ist. Genau dies schafft er nicht, und er wird es auch mit 15 weiteren Kräften nicht schaffen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

weil er es einfach nicht schaffen kann. Das ist eben die SPD Hamburg-Mitte.

(Beifall bei der CDU – Frank Schira CDU: Da müsst Ihr mal Herrn Kahrs ranlassen!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hätte gedacht, wir seien nach der ersten Runde schon ein bisschen weiter. Ich glaube, es gibt Einvernehmen darüber, dass man sich an mehreren Stellen zusammensetzen muss und dass gemeinsam gearbeitet werden muss. Wenn wir jedoch dazu kommen, dass die SPD-Kollegen aus Mitte ihre Sicht der Dinge darstellen ...

(Andy Grote SPD: Dressel kommt nicht aus Mitte!)

– Aber Sie doch, Herr Grote, oder? Und Sie waren schon zweimal hier vorn und haben schon zweimal deutlich die Defizite der bürgerschaftlichen Arbeit und der Arbeit des Senats an dieser Stelle dargestellt, statt dass Sie einmal gesagt hätten, Hamburg-Mitte sei dabei und wir arbeiteten gemeinsam an dem Problem. Das hat in Ihrer Rede gefehlt.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Elisabeth Baum DIE LINKE – Zuruf von Michael Neumann SPD)

– Die Grünen sind in Hamburg-Mitte tatsächlich mit der SPD in Koalition. Das ist schon richtig. Aber macht das die Koalition schlechter oder besser, Herr Neumann? Das ist die Frage.

(Michael Neumann SPD: Besser als das, was wir hier erleben!)

Ich plädiere dafür, von vorgezogenem Wahlkreisgötter wegzukommen und uns darüber zu verständigen, was wir brauchen: Straßensozialarbeit und Kinder- und Jugendarbeit. Die Kinder- und Jugendarbeit ist übrigens leicht angestiegen, Herr Grote, dies nur zur Klarstellung.

(Andy Grote SPD: Aber nicht in Mitte und St. Pauli!)

(Antje Möller)

Wir haben verabredet, dass es eine dezentrale Straßensozialarbeit geben wird. Wir haben weiterhin das Thema, wie man die Geschäfte und sonstigen Gewerbetreibenden auf dem Kiez an der Lösung dieses Problems beteilige. Das, was die Kollegin der LINKEN gesagt hat, ist mindestens ebenso wichtig, wo nämlich die Ursachen dieser verstärkten Gewalt und von Alkoholmissbrauch liegen. Das sind die gemeinsamen Themen. Nur so sollte diese Debatte geführt werden, damit wir dem Thema gerecht werden. Alles andere ist Zahlenspielei.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN)

Das haben wir bei der PKS schon immer festgestellt. Die Zahlen sind ein Ausblick. Aber wenn wir das, was wirklich passiert, verändern wollen, müssen wir andere Arbeit leisten. Dort sollten wir anfangen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN – Andy Grote SPD: Fangen Sie an!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Dressel für maximal vier Minuten.

Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin Frau Möller dankbar, dass sie versucht hat, von diesem Ablenkungsmanöver – denn nichts anderes war es, was Herr Voet von Vormizeele hier ausgeführt hat ...

(Antje Möller GAL: Ne, ne, ne!)

– So habe ich es verstanden. So ist es bei uns angekommen. Wir fangen kein Pingpongspiel Bezirk gegen Senat an. Der Bezirk stellt sich der Verantwortung. Herr Grote hat darauf hingewiesen, dass es im Bereich des BOD jetzt die Maßnahmen gibt. In der Straßensozialarbeit sollte natürlich auch noch viel mehr passieren. Hier liegt jedoch die Verantwortung beim Senat. Er legt die Schlüssel für die Jugendhilfe fest und bestimmt, wie viel Hamburg-Mitte bekommen kann. Wenn Sie den Schlüssel bei der Jugendhilfe so gestalten, dass Hamburg-Mitte immer verliert,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Warum macht er denn nichts? Wer verteilt denn das Geld?)

obwohl dort die größten Problemlagen sind, tragen Sie dafür die Verantwortung und niemand anders.

(Beifall bei der SPD)

Damit entkräftet sich auch der Vorwurf, dass wir angeblich zu stark auf Repression setzten. Unsere Konzepte, gerade im Bereich Jugendgewalt – Herr Voet van Vormizeele, unsere Anträge dazu können Sie noch einmal durchlesen –, setzen auf beide Seiten der Medaille, Prävention und Repression. Dazu habe ich nur gehört, dass es davon bei uns

zu wenig gebe. Lesen Sie es einfach in unseren Anträgen nach. Gerade im Bereich Alkoholprävention steht dort alles drin.

Noch einmal zur Polizei. Sie behaupten, wir fordern immer mehr Polizei. Nein, es geht gar nicht um mehr Polizei. Wir wissen, dass wir uns alle der Haushaltslage stellen müssen. Es geht einfach darum, dass die Polizeipräsenz in der Stärke, wie Sie sie im Wahlkampf gestellt haben – ich hatte am Anfang darauf hingewiesen –, gehalten werden muss. Ich lese in der "Hamburger Morgenpost" von einem sehr kundigen Kollegen, Thomas Hirschbiegel, der geschrieben hat – und ich glaube, dass er sich relativ gut auskennt, da er seit vielen Jahren Polizeireporter ist:

"Um die Gewaltexzesse am Wochenende einzudämmen, sind laut Experten der Davidwache mindestens 100 Beamte pro Nacht nötig."

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Haben wir doch!)

– Dann lesen Sie weiter. Es ist immer wichtig, Zeitungsartikel zu Ende zu lesen:

"Zu oft schickte die Polizeiführung aber aus Personalmangel nur die Hälfte der nötigen Leute auf den Kiez."

Das ist die Wahrheit, Herr Voet van Vormizeele.

(Beifall bei der SPD – Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist nicht die Wahrheit!)

Das ist Ihre Wahrheit und Ihre Verantwortung. Deshalb finde ich es so lachhaft, dass Sie fordern, wir sollten uns bei der Polizei bedanken. Was ist denn Ihr Dankeschön in Richtung Polizei: dass Sie weiter streichen,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wir streichen doch gar nicht!)

dass Sie die Engpässe im Objektschutz nicht beheben und so weiter? Das ist Ihr Dankeschön. Darauf können die Kollegen bei der Polizei wirklich verzichten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 42 auf, Drucksache 19/1466, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Zwischenbericht Arbeitsgruppe Universitätsneubau.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Zwischenbericht Arbeitsgruppe Universitätsneubau
– Drs 19/1466 –]**

(Präsident Berndt Röder)

Wird das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Heyenn bekommt es.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit dem Sommer ist in den Medien zu lesen, dass die Senatorin Gundelach Überlegungen anstelle, die gegebenenfalls darauf hinausliefen, die Universität auf den Grasbrook zu verlegen. Die Informationen, die vornehmlich über die Zeitung in die Öffentlichkeit gelangten, waren nicht eindeutig und widersprachen sich in vielen Punkten. Zunächst war die Rede davon, dass die gesamte Universität verlagert werden solle, dann wurde eingeschränkt, dass die Physik in Bahrenfeld, die Botanik in Klein Flottbek und die Sternwarte in Bergedorf bleiben solle. Es wurde mit Quadratmetern Nutzfläche der Universität operiert, die einmal als marode, einmal als sanierungsbedürftig und einmal als modernisierungsbedürftig bezeichnet wurde. In Interviews, in den Tageszeitungen wurden Szenarien entwickelt, die sich mit den Kosten eines Neubaus befassten. Unter anderem wurde Frau Senatorin Gundelach mit der Meinung zitiert, dass die Gebäude nicht unbedingt in öffentlichem Besitz sein müssten, sondern dass die Universität die Räume auch durchaus anmieten könnte. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die Universität insgesamt über einen Flächenbestand von etwa 272 000 Quadratmetern Hauptnutzfläche besteht. Davon sind es allein in den zentralen Standorten 220 000 Quadratmeter. Die Miete wage ich gar nicht auszurechnen. Hinzu kommt, dass die Ungereimtheiten über die Vergrößerung der Raumkapazität durch die Universitätspräsidentin noch verstärkt wurden, die davon sprach, dass die Universität, wenn sie denn verlagert werde, 350 000 Quadratmeter brauche. Der Versuch der Behörde für Wissenschaft und Forschung, im zuständigen Ausschuss informiert zu werden, scheiterte kläglich. Was geschah in der letzten Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 28. August 2008? Unter Verschiedenes hat die Abgeordnete der LINKEN, wie es im Protokoll steht – also ich –, um Auskunft zu dieser Thematik und über die in der Presse erwähnte Kommission gebeten. Ich wollte wissen, ob diese Kommission schon eingesetzt sei und wer gegebenenfalls in diese Kommission berufen worden sei. Wie aus unserem Antrag zu ersehen, mussten eindeutige Antworten mit der Kneifzange aus der Behördenvertreterin herausgeholt werden.

(Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: Das stimmt doch nicht!)

Auch die SPD-Abgeordneten baten um Information.

(Jörn Frommann CDU: Das ist ja richtig!)

In unserem Antrag finden Sie die den Satz:

"Die Kanzlei untersagte weitere Nachfragen mit Hinweis auf die Geschäftsordnung."

Rein formal hat die Vorsitzende nach der Geschäftsordnung gehandelt. Das sei eingestanden. Faktisch jedoch verhielt es sich so, dass die Kanzlei an dieser Stelle massiv eingriff. Ich zitiere aus dem Protokoll des Wissenschaftsausschusses:

"Die Vorsitzende machte darauf aufmerksam, dass die Bürgerschaftskanzlei ihr den berechtigten Hinweis gegeben habe, dass man sich fast schon in einer inhaltlichen Beratung befinde. In der Tat sei es so, dass unter 'Verschiedenes' inhaltliche Beratungen nicht zulässig seien. Sie erinnerte daran, dass die SPD-Abgeordneten eingangs die Frage gestellt hätten, ob es nicht zu einem nächsten Zeitpunkt eine Selbstbefassung des Ausschusses zu diesem Thema geben solle. Dies erscheine ihr der 'sauberere Weg' zu sein, bevor heute hier so detailliert eingestiegen werde. Entweder belasse man es nun heute bei dem Dargestellten oder der Ausschuss müsse sich ein anderes Verfahren überlegen."

(Jörn Frommann CDU: Wo ist das Problem?)

Nach einigem Hin und Her wurde dieser Antrag der SPD tatsächlich zur Abstimmung gestellt. Was passierte? Die CDU und die GAL lehnten dies ab. So viel zum sauberen Weg. Die Begründung war, es gebe keinen Gesprächsbedarf. Die Zeitungen waren zwar voll davon und es gab jeden Tag Neues, aber es gebe keinen Gesprächsbedarf. Dann wurde uns zwar zugesagt, dass die Senatorin, den Ausschuss über die Entwicklung zeitnah auf dem Stand halten werde. Das Problem war nur, dass die nächsten beiden Sitzungen des Wissenschaftsausschusses abgesagt wurden, weil nichts, aber auch gar nichts auf der Tagesordnung gestanden habe. DIE LINKE betrachtet dieses Vorgehen als schlichte Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir sehen keinen anderen Weg, als diesen Antrag heute einzubringen. Was wir fordern, halten wir für eine parlamentarische Selbstverständlichkeit. Uns ist mit dem Koalitionsvertrag mehr Transparenz von der GAL zugesagt worden. Was wir erleben, ist genau das Gegenteil. Das Traurige ist, dass das, was im Wissenschaftsausschuss passiert ist, leider kein Einzelfall ist. Wir haben gestern Ähnliches aus dem Sozialausschuss gehört. Diese Regierung nutzt ihren Informationsvorteil schamlos aus. Sie setzt auf die normative Kraft des Faktischen. GAL und CDU schaffen vollendete Tatsachen und denken gar nicht daran, das Parlament zu beteiligen. So kann nach unserer Meinung Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung und Para-

(Dora Heyenn)

graf 10 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft nicht ausgelegt werden. Darin heißt es,

"der Senat hat der Bürgerschaft und den von ihr eingesetzten Ausschüssen auf Verlangen Auskünfte zu erteilen".

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Das Vorgehen der Regierung betrachten wir als Missachtung des Parlaments.

(*Jörn Frommann CDU*: Das ist subjektiv!)

Ich muss Ihnen auch sagen: Sie behindern die Arbeit der Opposition. Ich weiß, dass Sie Oppositionsarbeit nicht hoch schätzen, aber Hochachtung vor der Opposition ist ein Qualitätsmerkmal der Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern ist das, was Sie tun und auch nicht tun, demokratiefeindlich. DIE LINKE hat diesen Antrag eingebracht, damit die Bürgerschaft und der zuständige Ausschuss begleitend in diesen Prozess einbezogen werden. Wir sind nicht nur neu im Parlament, wir sind auch unerschütterlich optimistisch, was die demokratischen Gepflogenheiten betrifft.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Deshalb hoffen wir, dass sich der Senat für den Rest der Legislaturperiode auf eine andere Informationspolitik und auf einen anderen Umgang mit dem Parlament besinnt. Wir hoffen, dass die Regierungsparteien genau wie wir und die SPD, wie uns gesagt wurde, diesem Antrag zustimmen und dass in Zukunft Informationen als Selbstverständlichkeit zugänglich gemacht werden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Herr Beuß, Sie haben das Wort.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das waren feine Worte, Frau Heyenn,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

die Sie für einen verdrehten Sachverhalt gefunden haben. Diesen würde ich gern aufklären. Erstens haben Sie das Wort "demokratiefeindlich" in den Mund genommen, was vielleicht in der Republik, aus der Ihre Vorfahren stammen,

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Sie haben ein Syndrom, Herr Beuß!)

ganz richtig gewesen ist, nämlich in der DDR. Dort galt Demokratiefeindlichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Dann mahnen Sie die Rolle der Opposition an. Es ist ganz richtig. Ich war jahrelang in der Opposition, sodass ich beurteilen kann, wie schwierig die Ar-

beit in der Opposition ist. Sie haben sie jedoch in Zusammenhang mit zwei ausgefallenen Wissenschaftsausschusssitzungen gestellt. Woran liegt es denn? Es liegt an der Opposition.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Wenn Sie alles ablehnen!)

Wenn Sie vernünftige Anträge auf den Tisch legen, können wir die gern in den Ausschuss überweisen, aber doch nicht irgendwelche Papiere, die es nicht wert sind, darüber noch weiter zu reden.

(Beifall bei der CDU – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Und was vernünftig ist, bestimmen Sie!)

Das genau war der Fall. Nun zu Ihrem heutigen Antrag: Wissen Sie, Frau Heyenn, wie ungelegte Eier aussehen?

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Nein, die kenne ich nicht!)

– Sehen Sie, die haben Sie noch nie gesehen. Genau das wollen Sie hier. Sie wollen über ungelegte Eier reden.

(*Ingo Egloff SPD*: Die liegen aber im Senatsnest!)

Darüber reden wir mit Ihnen nun einmal nicht, da wir nur über gelegte Eier reden und diese gelegten Eier werden in einiger Zeit in Form eines Papiers zu bestimmten Fragestellungen vorliegen, was aus der Universität hinsichtlich ihres Standorts werden soll. Bevor dies nicht klar ist, reden wir jedoch auch nicht darüber, weil es keinen Sinn ergibt. Sie können ja in Ihren Zirkeln gern darüber inhaltlich diskutieren, aber bitte nicht mit uns hier im Parlament.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Das werden Sie wohl müssen!)

Die Entwicklungsszenarien – ich bitte Sie, genau zuzuhören – sind vorgelegt worden. Erstens soll eine Modernisierung ohne Abriss am derzeitigen Standort geprüft werden, zweitens Modernisierung mit Abriss und erheblichem Neubauanteil am derzeitigen Standort, als dritter Prüfauftrag die Verlagerung von Teilen der zentralen Universitätsbereiche an einen neuen Standort und viertens die vollständige Verlagerung der zentralen Bereiche der Universität an einen neuen Standort.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Und darüber hätte ich gern einen Zwischenbericht!)

Die Bewertung der vier Szenarien soll jeweils in vier Prüffeldern erfolgen. Die Arbeit und die Ergebnisse dazu sollen zentral koordiniert werden. Das ist ein deutlicher Prüfauftrag. Halten Sie doch bitte ein bisschen die Füße still.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Nein, daran denken wir gar nicht!)

(Wolfgang Beuß)

Bevor diese Ergebnisse nicht vorliegen, brauchen wir hier im Parlament nicht weiter darüber zu reden, denn es ist angekündigt worden, dass uns diese Ergebnisse vorgelegt würden, sobald sie vorlägen. Sie scharren mit den Füßen und gackern wie das liebe Federvieh herum, weil Sie vermeintlich glauben ...

(Christiane Schneider DIE LINKE: Jetzt frage ich mich, woher Ihre Vorfahren kommen! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, Ihre Semantik zu überprüfen.

Wolfgang Beuß (fortfahrend): Gut, das nehme ich zurück.

Sie haben selbst gesagt, Sie wüssten nicht, wie ungelegte Eier aussähen. Also brauchen wir zurzeit auch nicht über diese ungelegten Eier zu reden.

Kommen wir zu Ihrem Antrag. Sie beklagen sich – so interpretiere ich es –, dass Sie in dieser Sitzung am 28. August 2008 abgewürgt worden seien.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Der Antrag ist abgelehnt worden!)

– Der Antrag ist abgelehnt worden. Das war ein demokratischer Prozess. Da haben Sie nun einmal nicht die Mehrheit gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist der Antrag der SPD abgelehnt worden. Jetzt aber besitzen Sie in Ihrem Antrag die Frechheit, der Kanzlei etwas unterzujubeln, was gar nicht deren Aufgabe ist. Sie schreiben,

"die Kanzlei untersagte weitere Nachfragen mit Hinweis auf die Geschäftsordnung."

Das ist wirklich bodenlos.

(Beifall bei der CDU – *Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist nicht bodenlos. Das war so!*)

Sie sind noch nicht lang im Parlament, aber das sollten Sie wissen: Eine Sitzung wird von der Vorsitzenden geleitet.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Sagen Sie bloß!)

– Ja, so ist das nun einmal.

Sie meinen nun, die relativ neue Vorsitzende in solch einem Ausschuss müsse eigentlich von Anfang an mit allen Wassern gewaschen sein. Ich habe auch vier Jahre lang den Vorsitz des Wissenschaftsausschusses innegehabt und musste mich in diese Arbeit hineinfinden. Da war ich immer sehr dankbar, wenn ich von der Bürgerschaftskanzlei – das möchte ich an dieser Stelle erwähnen – entsprechend beraten wurde, um im Sinne der Ge-

schäftsordnung zu verfahren. Ein Dank also an die Bürgerschaftskanzlei.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie behaupten, die Bürgerschaftskanzlei habe dies untersagt. Nein, es war die Vorsitzende, die dies untersagt hat, nachdem sie einen Rat von der zuständigen Sachbearbeiterin erhalten hat, was völlig in Ordnung ist und auch hier im Präsidium erfolgt, wenn Unklarheiten in der Sache bestehen. Das hat nichts damit zu tun, dass hier bestimmte Sachen von der Kanzlei abgewürgt worden wären. Ich finde, dass Frau Dr. Wunderlich als zuständige Sachbearbeiterin völlig richtig und korrekt gehandelt hat. Wir stehen schützend vor der Kanzlei und lassen uns nicht so einen Kram unterjubeln, wie Sie ihn formuliert haben. Allein dieser Satz ist bereits ein Grund, diesen Antrag gänzlich abzulehnen.

(Andy Grote SPD: Sagen Sie einmal etwas zur Universität!)

– Das waren die Fakten, die hier genannt worden sind. Diese müssen einmal berichtigt werden.

Ich hatte eben schon gesagt, dass zwei Ausschusssitzungen abgesagt wurden, weil die Opposition offenbar nicht in der Lage ist, diskussionsfähige Anträge in diesen Ausschuss zu bringen. Stellen Sie solche Anträge, dann können wir auch darüber diskutieren. Aber wenn Sie es nicht tun, ist es eben Schicksal.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Sie lehnen sie ja alle ab!)

Sie fordern des Weiteren nun, in der 17. oder 18. Bürgerschaftssitzung im Dezember einen Zwischenbericht über ungelegte Eier zu erhalten. Wie soll das funktionieren? Die Eier sind noch nicht gelegt.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ich wusste gar nicht, dass Sie ein Huhn sind! – Ingo Egloff SPD: Und nur gackern hilft auch nicht!)

Dann kann man auch nicht darüber diskutieren. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Mein Fazit zu Ihrem völlig unausgegorenen Antrag: Wir haben jetzt Vorgaben. Ich habe Sie eben benannt, Sie können diese gern in meinem Redeprotokoll noch einmal nachlesen, damit Sie wissen, worum es überhaupt geht. Es wird jetzt geprüft. Wir warten auf eine Entscheidungsgrundlage. Sie ist für das Frühjahr nächsten Jahres angekündigt. Dann, Frau Heyenn, stellen wir uns auch gern einer Diskussion über die alternativen Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe, aber doch bitte nicht vorher. Dann werden wir – allerdings mit unserer Mehrheit – eine politische Entscheidung in dieser Sache fällen. Das wird im Interesse der Universität eine gute Entscheidung sein. – Vielen Dank.

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zu Ihrem Antrag komme, Frau Heyenn, möchte ich zu Herrn Beuß sagen: Ihre Sprache hier im Parlament ist nicht nur heute, sondern zu oft unirdisch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Wolfgang Beuß* CDU: Sie sind nicht mehr Präsidentin, Frau Stapelfeldt! Das ist arrogant, was Sie sagen! – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

– Ich darf als Mitglied dieses Hauses eine Meinung dazu haben und wenn Sie über Rumgackern und ungelegte Eier reden, während die Universität vergammelt, dann ist das nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nichtinformation und Geheimniskrämerei machen die Planungen zur Universität unglaublich. Es muss doch für Senat und Bürgerschaft selbstverständlich sein, dass über weitreichende Planungen für die Stadt Hamburg informiert wird, und zwar angemessen, sachlich und ohne große Verzögerungen. Das halte ich für eine Grundbedingung unserer parlamentarischen und auch demokratisch-parlamentarischen Arbeit und dabei geht es um zwei große Themenbereiche.

Erstens: Die Hamburger Universität verdient unsere größte Aufmerksamkeit, weil sie eine der wichtigsten Institutionen für die Bildung in Hamburg und damit für die Zukunft unserer Stadt ist. Als Landesuniversität verdient sie höchste Anstrengungen, um ihre Gebäude für akademische Lehre und Forschung in einen dieser Rolle angemessenen Zustand zu bringen. Das erfordert klare Prioritätensetzung im Haushalt, über den wir jetzt beraten, und auch eine politische Standhaftigkeit, um sie auf längere Sicht durchzusetzen.

Zweitens geht es um die für die Stadt sehr wesentliche Frage, wie die Flächen südlich der HafenCity, auf dem Kleinen Grasbrook, in Wilhelmsburg und weiter nach Harburg für zukünftige Stadtentwicklung zu bewerten sind und welche Potenziale sie in sich bergen.

(*Wolfgang Beuß* CDU: Das machen wir doch gerade, das tun wir doch alles!)

Potenziale für Bildung und Wohnen und natürlich auch für die Wirtschaft. Das heißt, Sie müssen auch die Frage nach den wirtschaftlichen Perspektiven der Stadt beantworten. Eine kleine Geschichte am Rande: Als wir mit der HHLA zum Grasbrook gefahren sind, um uns die Flächen anzugucken, wurden wir mit offenen Armen empfangen und es hieß: Herzlich willkommen auf den Brachflächen zur Verlagerung der Universität Hamburg.

Selbstverständlich muss ein Bericht über die Planung für die Universität während der Haushaltsberatungen vorgelegt werden und nicht nach deren Abschluss im März.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Dora Heyenn* DIE LINKE: Richtig!)

Die Bürgerschaft muss die Möglichkeit haben, über weitreichende Planungen zu beraten, sich eine Meinung zu bilden, diese in den Entscheidungsprozess einfließen zu lassen und daraus natürlich auch parlamentarische Initiativen zu entwickeln. Schließlich entscheiden wir in wenigen Monaten mit einem Doppelhaushalt für zwei Jahre über wesentliche Grundlinien der städtischen Politik, also auch über die Frage, ob und wie sich die Universität entwickeln soll. Nach dem, was wir in der Bürgerschaft gewohnt sind und zum Beispiel gestern gehört und erlebt haben, könnte das so ablaufen: Die Bürgerschaft beschließt den Doppelhaushalt über 20 Milliarden Euro im März. Im April, wie vorgesehen, entscheidet dann der Senat, dass die Universität von dem Jahre 2015 bis 2020 auf den Grasbrook verlegt wird

(*Wolfgang Beuß* CDU: Wer sagt denn das?)

und bis zu dem Zeitpunkt würden alle weiteren Investitionen für die Universität an ihrem jetzigen Standort eingestellt. Es ist eine Spekulation.

(*Wolfgang Beuß* CDU: Ja, genau!)

Eine zweite Alternative wäre, dass entschieden wird, die Universität zu zerschlagen und einen Teil, nämlich die Naturwissenschaften, auf den Kleinen Grasbrook zu verlagern. Auch dann gäbe es für diese Fächer für lange Zeit keinerlei Investitionen aus dem Haushalt. Eine weitere Alternative, die einzige, die dann noch übrig bliebe, weil eine Sanierung ohne weitere Maßnahmen, glaube ich, keiner hier im Haus will, nämlich dass die Universität an ihrem jetzigen Standort bliebe mit erheblichem Baubedarf. Das würde bedeuten, dass für die von der Wissenschaftssenatorin als dringend erkannten Sanierungsmaßnahmen kein Geld in den Doppelhaushalt 2009/2010 eingestellt wäre, also nichts weiter geschähe oder es gäbe Nachforderungen in Millionenhöhe und dann sind die jetzt beginnenden Haushaltsberatungen tatsächlich ein schlechter Scherz.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Um einmal die Dimensionen zu erklären, es geht hier entweder um eine Größenordnung von mindestens 500 bis 600 Millionen Euro für Maßnahmen am Standort selbst oder um eine Größenordnung von bis zu 3 Milliarden Euro, wenn nicht weitaus mehr, für eine Verlagerung auf den Kleinen Grasbrook. Eine Entscheidung mit diesen Dimensionen – nicht nur von den Kosten her, sondern auch zeitlich – für eine solch wichtige Institution in der Stadt muss gut bedacht sein. Es wäre doch fatal, wenn

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

über Jahre in den Haushaltsplänen nichts dazu stünde. Das heißt, Sie würden die Entscheidung verlagern. Nach dem, was man jetzt von Ihnen hört, wäre es durchaus möglich, dass wir nichts für die nächsten zwei Jahre beschließen.

Sie hätten sogar, meine Damen und Herren von der CDU und der GAL, nach der Entscheidung über den Haushalt im März die geschäftsordnungsmäßige Mehrheit in diesem Hause, eine Drucksache des Senats ohne Befassung irgendeines Ausschusses zu beraten und sofort zu beschließen, sodass auch eine Beratung über die verschiedenen Varianten, Entwicklungsszenarien und daraus folgende Konsequenzen für uns überhaupt nicht möglich wäre. Deswegen ist es in Ordnung und im Sinne der Verfassung, dass der Senat die Bürgerschaft informiert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen ist es notwendig, dass wir das im Dezember vorgelegt bekommen.

Transparenz, Offenheit und proaktives Verhalten des Senats wären für Vorhaben und Planungen in dieser Dimension angemessen.

Viertens: Offenheit, Information und Diskurs sind im Zusammenhang mit der Entwicklungsplanung für die Universität Hamburg, aber – so sehen wir das – Fremdworte für die Wissenschaftssenatorin und auch für die Präsidentin der Universität. Dazu nur wenige Beispiele:

Wie erblickten diese Ideen das Licht der Welt? Zu einem turnusmäßigen Routinegespräch beim Bezirksamtsleiter von Eimsbüttel eingeladen, erklärten die Wissenschaftssenatorin und die Präsidentin der Universität, was sie sich für Entwicklungsszenarien vorstellen könnten und erklärten das danach in einem Hintergrundgespräch der Presse. Ist das eine offensive Information des Parlaments oder der Öffentlichkeit? Mitnichten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dann, Frau Gundelach, haben wir darüber an verschiedenen Stellen diskutiert. Sie haben mir am Rande einer Fernsehaufzeichnung versprochen, dass Sie den Wissenschaftsausschuss informieren würden und haben mich gebeten, dieses nicht für den August zu beantragen, sondern für den September. Genau das habe ich einen oder zwei Tage später gemacht, indem ich die Fraktionssprecher angeschrieben und darum gebeten habe, dass wir dieses Thema als Selbstbefassungsangelegenheit auf die Tagesordnung des Ausschusses im September nehmen, genau Ihrem Wunsch entsprechend. Wir haben gesehen, was daraufhin passiert ist: GAL und CDU haben schlicht mit ihrer Mehrheit eine solche Selbstbefassung abgelehnt, was ich unmöglich finde.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zur Universität selbst will ich gar nicht so viel sagen. Man bekommt über gewisse Schreiben, die einem zugehen, mit, dass es dort jedenfalls keine Diskussionen gibt. Ich muss sagen, dass ich es schade finde, wenn die Präsidentin der Universität ihre eigene Einrichtung mit diesen Themen nicht befasst hat, denn mit welcher abgestimmten Meinung soll die Universität Hamburg in diesen vier Arbeitsgruppen agieren?

(Wolfgang Beuß CDU: Jetzt fängt sie gleich an zu weinen!)

Welche Meinung wird dort vertreten, repräsentiert? Welche Anforderungen für die Universität werden dort überhaupt vorgelegt?

Vollständig unglaublich werden Sie, die Fraktionen von CDU und GAL, wenn Sie zwar selbst in den exekutiven Planungs- und Lenkungsprozess eingebunden werden, aber anderen Parlamentariern jede Möglichkeit auf Information und Meinungsbildung absprechen. Sie haben sowohl in der Ausschusssitzung im August als auch auf eine Kleine Anfrage von mir erklärt, dass die Mitglieder der Koalitionsfraktionen über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen informiert werden. Sie haben nicht gesagt nachträglich, sondern, ich vermute, parallel,

(Wolfgang Beuß CDU: Ja, Vermutung! Das stimmt nicht!)

weil nämlich die Senatorin im Ausschuss ausgeführt hat, dass es eine Steuerungs- und Lenkungsgruppe gebe – so steht es im Protokoll des Wissenschaftsausschusses – und dort seien für die CDU Herr Beuß und Herr Kleibauer und für die GAL Frau Gümbel und Frau Weggen vertreten. Was bedeutet denn eine Steuerungs- und Lenkungsgruppe für einen solchen exekutiven Planungsprozess? Doch wohl, dass Sie eingebunden sind. Insofern ist es unerhört, dass Sie uns die Informationen verweigern, Sie selbst sie aber genießen. Ich hoffe, es kommt zu einem anderen Vorgang, aber so, wie ich Sie kenne, wird das vermutlich nicht sein und das ist schade für das Parlament und auch für die Universität.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, ich habe Ihren Ausführungen zunehmend fassungslos lauschen müssen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Frau Stapelfeldt, ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll.

(Dr. Eva Gumbel)

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Theatralik, liebe Kollegin, kennen wir ja von Ihnen! Die können Sie sich sparen!)

– Na ja. Das Problem ist, dass Sie das Verfahren nicht verstanden haben. Deshalb möchte ich jetzt noch einmal von ganz vorne anfangen.

Wir haben eine Diskussion in die Stadt hineinbekommen und diese wollten wir nicht im luftleeren Raum führen, sondern aufgrund von Daten. Um diese Daten zu erheben, haben wir von behördlicher Seite aus viele verschiedene – ich will das gar nicht im Einzelnen ausführen – Arbeitsgruppen eingesetzt. Uns ist sehr wichtig, dass wir die Diskussion dann führen, wenn die Daten vorliegen und darin liegt, glaube ich, das Missverständnis. Ich hoffe, es handelt sich wirklich nur um ein Missverständnis und ist keine Absicht. – Grummel, grummel, Herr Grote, wir sind nicht auf dem Kiez. –

(Beifall bei der CDU)

Können wir bitte zum eigentlichen Thema zurückkehren.

(Arno Münster SPD: Darauf warten wir doch die ganze Zeit!)

Ganz entscheidend ist, dass wir in den Diskussionsprozess noch nicht eingetreten sind, weil wir noch keine Grundlagen haben, um über diese Dinge zu diskutieren.

(Arno Münster SPD: Weil Sie nichts verstehen von der Sache!)

Frau Stapelfeldt, Sie haben vorhin gesagt, dass es sich um eine schwerwiegende Entscheidung für die Stadt handelt. Ja genau deshalb, weil es sich um eine so weitreichende Entscheidung für die Stadt handelt, wollen wir diese Diskussion ernsthaft und mit Ihnen gemeinsam führen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Wann denn?)

– Frau Heyenn, auch mit Ihnen wollen wir diese Diskussion gemeinsam führen, aber nicht jetzt irgendwie, sodass wieder in der Zeitung steht, dass die eine Variante soundso viel kosten soll und die andere soundso viel. Das bringt doch nichts. Wir müssen im Augenblick überhaupt nicht spekulieren. Im Augenblick geht es doch darum, dass für die vier Szenarien, die im Prinzip nur Abstufungen darstellen, die Grundlagen geschaffen werden können, um überhaupt diskutieren zu können. Was sollen wir zwei uns denn jetzt darüber unterhalten, ob die Universität dort bleiben soll oder vielleicht auf dem Kleinen Grasbrook. Dafür haben doch weder Sie die Grundlagen in der Hand noch habe ich sie. Das heißt, es bringt doch nichts. Das Einzige, was es bringen würde, wäre große Aufregung in der Zeitung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn Sie glauben, dass wir Ihnen irgendetwas vorenthalten wollen, dann sind Sie auf dem Holzweg. Wir wollen Ihnen überhaupt nichts vorenthalten. Das Einzige, was wir wollen – und das ist mir sehr ernst –, ist, im Augenblick nicht eine Diskussion zu führen, die unsolide ist und die der Ernsthaftigkeit der Angelegenheit nicht gerecht wird. Das ist mein Anliegen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir wollen einen langen Diskussionsprozess mit Ihnen führen, der beginnen kann und in den wir eintreten, wenn die Daten vorliegen und nicht vorher. Danach wollen wir entscheiden. Wann die Entscheidung nach der Debatte stattfinden wird, das wissen wir dann, wenn wir in die Debatte eingetreten sind, wenn wir sie geführt haben und wenn wir zu einem Ende gekommen sind. Wenn Sie tatsächlich glauben, dass wir im März in einer Nacht- und Nebelaktion nach den Haushaltsberatungen irgendeine geheime Drucksache vorlegen werden, dann sind Sie so etwas von falsch gewickelt. Das haben wir überhaupt nicht vor.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Jan Quast SPD: Niemand will eine Mauer bauen! – Jens Kerstan GAL: Das ist genau Euer Niveau!)

Die Senatorin hat die Struktur dieser Arbeitsgruppen im letzten Wissenschaftsausschuss dargestellt. Ich bin sehr dafür, dass Sie das im nächsten Ausschuss noch einmal etwas näher darlegt, wo wir stehen. Ende Januar – so ist der verabredete Zeitplan, der uns im August vorgestellt wurde – werden dann die Ergebnisse vorliegen und dann können wir darüber reden. Dann möchte ich sehr ernsthaft mit Ihnen darüber reden und gemeinsam mit Ihnen die Debatte führen, was für die Stadt gut und was nicht gut ist. Das zum inhaltlichen Teil.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das war keine inhaltliche Diskussion!)

Jetzt möchte ich gerne zu dem formalen Teil kommen. Frau Heyenn, ich fand es einigermaßen verdreht – Herr Beuß hatte schon angefangen, das zu erläutern –, und es geht wirklich nicht, dass Sie die Geschäftsordnung nicht kennen, aber sie zu Ihren Gunsten auslegen wollen und sich dann zum Schluss darüber beschweren, dass wir die Geschäftsordnung herangezogen haben. Wir haben sie noch nicht einmal ganz korrekt ausgelegt, wenn Sie das im Protokoll nachlesen, haben wir uns gemeinsam im Wissenschaftsausschuss darauf verständigt, dass wir sagen, es ist ein inhaltlicher Punkt, es ist ein Informationspunkt und Sie haben eine viertel Stunde nachgefragt. Darauf haben wir uns einvernehmlich geeinigt. Eigentlich steht in der Geschäftsordnung, dass unter Verschiedenes inhaltlich nicht geredet werden darf.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass es verkehrt ist, dass das in der Geschäftsordnung steht, so kann

(Dr. Eva Gümbel)

man dieser Meinung sein. Dann kann man einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen und die Geschäftsordnung regeln. Es geht aber nicht, dass Sie sich über die Ordnung des Parlaments hinwegsetzen und hinterher so tun, als sei die Kanzlei daran schuld. Das finde ich ungeheuerlich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Beuß, zu Ihrer Information, ich komme von der Insel Fehmarn und ich komme vom Bauernhof und über Ackerbau und Viehzucht kenne ich mich sehr gut aus. Wenn Sie von Ihren ungelegten Eiern reden, dann kann ich nur sagen, dass wir solche Hühner nicht hatten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die CDU hat das in Ihrer Person deutlich gesagt, dass Sie mit uns als Opposition nicht über die Dinge reden wollen. Die Überschriften sagen gar nichts. Wir haben nicht gesagt, dass wir einen kompletten Endstand haben möchten, sondern wir haben extra gesagt, dass wir einen Zwischenbericht haben wollen. Ein Zwischenbericht kann auch in der Form gegeben werden, dass man darstellt, was in den einzelnen Arbeitsgruppen untersucht und nach folgenden Kriterien überlegt wird. Das ist durchaus möglich, aber das wollen Sie nicht. Sie haben gesagt: Mit Ihnen werden wir nicht darüber reden. Dann habe ich aber auch die Bitte, dass keiner von Ihnen ständig mit der Presse darüber redet. Das sind zwei Dinge, die überhaupt nicht gehen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Nun zum Verfahren. Wir mögen naiv und neu sein, aber zu glauben, dass Sie im Frühjahr einen Bericht abgeben, wo die einzelnen Arbeitsgruppen ihre Arbeit abgeschlossen haben, und es dann noch ergebnisoffen ist, das glaube ich keine Sekunde. Das heißt, Sie machen genau das, was ich gesagt habe, Sie stellen uns vor vollendete Tatsachen. Dann kommt von Ihnen immer der dezente Hinweis, das werden wir mit unserer Mehrheit schon hinbekommen und genauso wird das dann ablaufen, Sie legen uns etwas vor und dann müssen wir das schlucken oder auch nicht. Wir sind nicht beteiligt an dem Prozess, es sind auch die anderen nicht daran beteiligt und das wäre es wert, auch in den Stadtteil zu gehen und offen darüber zu diskutieren und nicht in dieser Geheimniskrämerei zusammen mit der Springer-Presse solche Dinge loszutreten. Das ist schlechter demokratischer Stil, was Sie machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Damit haben Sie sich wieder einmal entzaubert. Springer-Presse, das waren sicherlich die Parolen der DDR und der 68er Jahre, aber heute nicht mehr zeitgemäß. Das möchte ich einmal deutlich sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn Sie anmahnen, dass Frau Dr. Gümbel und ich mit der Presse über eventuelle Wasserstände, was die Verlagerung der Universität angeht, reden würden, dann ist das schlichtweg gelogen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das stimmt nicht, Sie sind doch dort rübergegangen!)

Weder Frau Gümbel noch ich haben seitdem das bekannt ist, dass dort etwas geprüft wird, in irgendeiner Weise der Presse irgendwelche Statements gegeben. Sie – SPD und die LINKE – schüren genauso wie bei den Studiengebühren nur Legenden, verbreiten Panik und machen irgendwelchen Blödsinn, den Sie uns unterstellen und dagegen verwehre ich mich.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Beuß, Sie erinnern sich daran, dass der Präsident Sie bei einer anderen Rede schon einmal daran erinnert hat, etwas semantischer zu sein. Dem möchte ich mich unbedingt anschließen.

Wolfgang Beuß (fortfahrend): Okay, ich nehme den Blödsinn zurück und sage ganz deutlich, dass wir uns bestimmte Dinge von Ihnen nicht unterjubein lassen.

Ich erkläre noch einmal ganz eindeutig – zumindest für die CDU, Frau Gümbel hat es schon für ihre Person getan –, dass wir keinerlei Informationen über irgendwelche Zwischenstände der Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe haben. Wir sind genauso wie Sie in diese Sachen nicht eingebunden. Das müssen Sie uns glauben. Wenn man das hier offen sagt, dann ist das einfach so. Frau Stapelfeldt, da braucht man hier auch nicht mit moralinsauerem Gesicht zu stehen und zu sagen, das sei alles ganz furchtbar, das sei Verrat und sie nutzen ihre Macht. Das tun wir nicht, sondern wir warten genauso geduldig auf die Prüfergebnisse. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Wenn die vorliegen, dann setzen wir uns gemeinsam zusammen und wägen ab. Dass wir als Mehrheitsfraktion vielleicht nachher eine andere Entscheidung treffen werden als es Ihnen in der Opposition möglich ist, ist doch völlig klar. Das war zu Ihrer Zeit genauso.

Ich möchte noch einmal auf den Vorwurf von Frau Stapelfeldt kommen, wir würden nach den Haus-

(Wolfgang Beuß)

haltsberatungen haushaltstechnisch weitreichende Entscheidungen treffen, was die Verlagerung oder Teilsanierung angehe. Auch das ist Unsinn. Es geht hier um finanzielle Dimensionen, die Sie mit einem Haushalt alleine überhaupt nicht wuppen können, sondern es werden mittel- und langfristige Gelder sein, die wir benötigen. Deswegen hat das aus heutiger Sicht mit dem Haushalt 2008/2009 relativ wenig zu tun. Es kann vielleicht kurzfristig noch eine Nachsteuerung erfolgen, weil man bestimmte Dinge auf dem Universitätsgelände nicht mehr so hinnehmen kann wie sie sind, aber die wirklich tragfähigen Entscheidungen finanzieller Art werden erst viel später entschieden werden. Deswegen brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen, dass der Haushalt von uns in irgendeiner Weise unterlaufen wird. Das ist nicht der Fall.

Noch einmal ganz deutlich: Wir sind eingebunden worden, Frau Dr. Gümbel, noch zwei Kollegen und ich, in die Fragen der Fragestellung und das finde ich auch völlig opportun, uns die konkreten Prüfungsaufträge mitzuteilen, weil – das ist in dem Antrag auch angesprochen worden – das auch Geld kostet und das Geld organisieren wir. Wenn wir anschließend gesagt hätten, das passt uns alles nicht, dann hätten wir das ablehnen müssen und deswegen finde ich es klug, dass Frau Senatorin Gundelach uns vorher in diese Entscheidung mit eingebunden hat. Das ist eine weise Entscheidung gewesen, aber, um es abschließend noch einmal zu betonen – ich bin ja Sonderschullehrer und weiß, dass man durch häufiges Wiederholen eine Sache vielleicht dann doch in den Kopf hineinbekommt –,

(Ingo Egloff SPD: Das sagt auch Franz Müntefering!)

meine Damen und Herren von der Opposition, wir haben als CDU- und GAL-Abgeordnete keine konkreten Informationen dergestalt erhalten, dass wir einen Wissensvorsprung vor Ihnen hätten, wie der Sachstand in diesen Arbeitsgruppen ist. Ich hoffe, dass Sie uns das nun endlich abnehmen

(Gerhard Lein SPD: Nein!)

und nicht weiter durch die Lande ziehen und irgendwelche Märchen erzählen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kühn.

Philipp-Sebastian Kühn SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Beuß, genau das glauben wir Ihnen eben nicht. Deswegen kann ich es mir auch nicht verkneifen, noch einmal nach vorne zu gehen und für meine Fraktion ein paar Punkte richtigzustellen, vor allem noch einmal auf diese ominöse Sitzung des Wis-

senschaftsausschusses zu kommen, auf dessen Protokoll schon verwiesen wurde.

Ich kann mir aber nicht verkneifen, Herr Beuß, am Anfang meiner Rede noch einmal auf einen Punkt zu kommen, den Sie am Anfang Ihrer Rede angesprochen haben, nämlich dass diese Ausschusssitzungen nicht stattfinden würden, weil die Opposition keine Anträge schreibt. Das ist mir komplett neu im Parlamentarismus, zumindest der westlichen Welt, dass die Oppositionsfaktionen dafür verantwortlich sind, den Regierungsfaktionen Anträge zu schreiben, damit Ihre Regierung arbeiten kann.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was das für eine Phrasendrescherei ist, ist wirklich unglaublich, Herr Beuß. Es ist nicht die Aufgabe der Opposition, für Sie Anträge zu schreiben.

Es ist auch ein merkwürdiger Umstand, dass in dieser Stadt keine Ausschusssitzungen des Wissenschaftsausschusses mehr stattfinden. Das legt doch auch den Schluss nahe, dass es anscheinend niemanden mehr gibt, der in dieser Stadt noch Wissenschafts- oder Forschungspolitik betreibt. Das wäre zumindest mein Rückschluss. Ansonsten gebe es nämlich Punkte, über die wir in dem zuständigen Ausschuss reden könnten.

(Wolfgang Beuß CDU: Fangen Sie doch mal an!)

Natürlich ist es ein elementares Mitwirkungsrecht der Opposition, dass sie bei einer solch entscheidenden und finanziell umfangreichen Frage beteiligt wird und mitdiskutieren kann, zumindest aber überhaupt einmal die Möglichkeit bekommt, ihre Meinung zu sagen. Man muss noch einmal deutlich machen, wie der Verfahrensweg war. Da führt die Senatorin ein Pressegespräch und überrascht die Stadt mit der Ankündigung, ernsthaft zu überlegen, die Universität komplett oder auch teilweise auf den Grasbrook zu verlegen. Es hat nicht ein einziges Mal zu diesem Thema eine Debatte in diesem Hause gegeben, geschweige denn in dem Ausschuss haben Sie uns die Möglichkeit gegeben, überhaupt einmal unsere Meinung dazu zu sagen. Das ist doch ein Unding bei einem solch wichtigen politischen Thema, uns nirgendwo den Raum und die Möglichkeit zu geben, unsere Meinung vorzutragen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb ist es auch richtig und wichtig, noch einmal festzustellen, dass die Regierungsfaktionen sehr wohl an diesen Arbeitsgruppen beteiligt sind und wir als Opposition überhaupt nicht die Möglichkeit haben, in irgendeiner Art und Weise Informationen aus den Arbeitsgruppen zu bekommen.

(Jens Kerstan GAL: Ich weiß das auch nicht! Skandal! – Wolfgang Beuß CDU: Genau, wir wissen das auch nicht!)

(Philipp-Sebastian Kühn)

– Allerdings ist es sehr merkwürdig, wenn selbst Sie diese Informationen nicht haben. Aber, Herr Beuß, Sie haben auch darauf verwiesen, dass Sie ungern über ungelegte Eier reden und es ablehnen, darüber politisch zu diskutieren. Dann frage ich mich allerdings, wie Ihre Senatorin und die Universitätspräsidentin anscheinend solch ein ungelegtes Ei in die Öffentlichkeit der Stadt platzieren können, wenn die anscheinend selber keine Informationen zu diesem Zeitpunkt haben, denn die Informationen, die Sie angeblich jetzt erst sammeln, können die beiden betroffenen Personen auch nicht gehabt haben. Aber ich frage mich, warum die dann solch eine Diskussion führen? Ach, das wissen Sie auch nicht. Das sollten Sie dann allerdings noch einmal mit Ihrer Senatorin besprechen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Nun noch einmal zu dieser Ausschusssitzung. Es ist mitnichten so gewesen, wie Sie das hier dargestellt haben, sondern ich war bei der Sitzung dabei und wir haben von Anfang an als Opposition angeregt, dass wir bei dieser Ausschusssitzung auch über dieses Thema reden. Sie haben es vielleicht clever, aber immerhin hinbekommen, bei uns den Eindruck zu erwecken, dass diese Möglichkeit auch bestehen würde. Dann sind wir unter dem Punkt Verschiedenes genau zu diesem Punkt gekommen und dann hieß es plötzlich vonseiten einer Mitarbeiterin der Bürgerschaftskanzlei, dass das zumindest schwierig sei. Daraufhin kam es überhaupt zu dieser heftigen Diskussion, die unter anderem noch dazu führte, dass ein Ausschussmitglied meiner Fraktion sehr deutliche Worte auch in Richtung der Mitarbeiterin der Bürgerschaftskanzlei gefunden hat, Herr Beuß, Sie werden sich noch erinnern können. Dass das hier noch einmal thematisiert und dargestellt wird, ist wohl ein legitimes Recht der Opposition, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Das hat nichts damit zu tun, dass wir die Geschäftsordnung nicht kennen würden, sondern das ist – mit Verlaub – ein ganz eigenwilliger Stil. Das ist Ihr Stil, Sie können gerne so weitermachen. Ich würde mich als Parlamentarier nur freuen, wenn Sie auch mich als Oppositionspolitiker ernst nehmen und mich an diesen Diskussion beteiligen, zumindest mir die Möglichkeit geben, Ihnen meine Meinung zu sagen. Sie müssen sie noch nicht einmal teilen, aber dass Sie wenigstens den Respekt aufbringen, sich meine Meinung anzuhören, das darf ich wohl noch verlangen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Stapelfeldt, es ist wirklich schade, dass Sie es uns einfach nicht glauben. Es ist aber tatsächlich so, dass wir diese Debatte mit Ihnen führen wollen.

(Arno Münster SPD: Das ist ja das Gleiche wie vor fünf Minuten!)

Wir wollen die Debatte so führen, dass sie ein anderes Niveau hat als die Debatte, die wir hier gerade führen. Wir wollen eine solide Debatte führen, wir wollen eine Debatte führen, die dem Gegenstand angemessen ist und dazu braucht es Informationen. Es ist keineswegs so, dass wir irgendwelche Informationen bunkern und Ihnen vorenthalten würden, um dann später schnell Entscheidungen treffen zu können. Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen, damit das alles wieder ein bisschen runterkochen kann. Ich glaube, diese Idee, die im Sommer in den Raum gestellt wurde von einer sehr rührigen Uni-Präsidentin zusammen mit einer Senatorin, die Wissenschaftssenatorin geworden ist und vorher Staatsrätin in der BSU war, hat uns alle überrascht.

Da ist eine Idee aufgegriffen und entwickelt worden, die für die Stadt eine ungeheure Bedeutung haben würde, wenn sie denn wahr werden würde ähnlich wie dem Sprung über die Elbe. Dies wurde in der Stadt über 20 bis 25 Jahre diskutiert, an der Sie auch einen wesentlichen Anteil hatten. Ich sage das jetzt nicht, um vorausschauend zu sagen, dass diese Idee umgesetzt werden wird, sondern um Ihnen deutlich zu machen, wie groß und umfänglich diese Entscheidung ist. Sie glauben doch nicht, dass etwas, was so umfänglich ist, mal eben mit einer Senatsdrucksache im März von uns verabschiedet wird; das ist doch schlicht unrealistisch.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte hier für Geduld und Sorgfalt werben. Ich verstehe, dass die Opposition misstrauisch ist und sich ausgeschlossen fühlt von Informationen und den Eindruck hat, dass etwas laufen würde, ohne dass sie davon Kenntnis bekomme. In diesem Fall haben wir aber Arbeitsgruppen eingesetzt und ich bin sehr optimistisch, dass sie im Januar das Ergebnis vorstellen werden. Frau Gundelach ist auch einverstanden und hat in der letzten Sitzung des Wissenschaftsausschusses angekündigt, sie werde dem Ausschuss einen Sachstandsbericht vorlegen. Natürlich gibt das nur einen winzig kleinen Einblick in das, was wir im Januar gemeinsam vorliegen haben werden. Dann kann es losgehen und ich glaube, es wird sehr ausführlich debattiert werden müssen.

Natürlich hat sich die Welt, seitdem diese Idee in den Raum gesetzt worden ist, sehr stark verändert; wir haben das gestern in der Haushaltsdebatte deutlich gehört. Diese Idee ist im Sommer in die Welt gesetzt worden, da gab es die Finanzkrise in

(Dr. Eva Gümbel)

diesem Umfang noch nicht. Wir befinden uns im Augenblick mitten in einer riesigen Finanzkrise und insofern ist es auch sinnvoll, vor diesem Hintergrund den Ball flach zu halten und nicht wild herumspekulieren, sondern zu warten, bis die Ergebnisse vorliegen, um dann eine gute und richtige Entscheidung zu treffen.

Herr Kühn, noch einmal zu Ihnen. Sie sind auch neu in diesem Ausschuss und ich verstehe, dass Sie auf eine Befassung gedrängt haben. Aber man muss sich – das gilt auch für Sie – an die Spielregeln halten. Ich habe vorhin schon gesagt, dass man Spielregeln verändern kann, sich aber vorher darauf verständigen muss, dass man es tut, man kann es nicht einfach so machen. Und man kann vor allen Dingen dann, wenn man unterliegt und wenn die Spielregeln so sind, dass das, was man gerne hätte, nicht durchgesetzt wird, nicht so tun, als wären die anderen daran schuld. Die Spielregeln haben immer Geltung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kleibauer.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich als jemand, der von dieser Seite angesprochen wurde, zwei oder drei Sätze dazu sagen.

Erstens: Herr Kühn, ich finde es schon putzig, wenn Sie eine inhaltliche Debatte einfordern, die Chance dazu haben und dann nichts Inhaltliches dazu beitragen,

(Beifall bei der CDU und der GAL)

sondern nur Oppositionsrhetorik vorbringen und Vorwürfe aufwärmen, die schon widerlegt sind.

Zweitens: Sie hatten auch Presseartikel angesprochen. Das finde ich interessant, denn in jedem dieser Presseartikel wurden Frau Heyenn und Frau Stapelfeldt zitiert, durchaus auch mit einer gewissen Meinungsbildung. Es hat vielleicht schon ein Meinungsbildungsprozess stattgefunden und Sie wollen jetzt die Debatte nachreichen; das ist ein bisschen merkwürdig. Im Übrigen, Frau Dr. Stapelfeldt, äußern Sie sich gerne unterschiedlich. Sie haben heute interessanterweise, kurz nachdem Sie dem Kollegen Beuß eine unterirdische Wortwahl vorgeworfen haben, wörtlich gesagt, die Universität vergammele.

(Ingo Egloff SPD: Das ist eine Tatsachenbeschreibung!)

Herr Egloff, am 18. August hat Frau Dr. Stapelfeldt aber im "Hamburger Abendblatt" gesagt, was wollt ihr eigentlich, die Uni bekam aus dem laufenden Haushalt umfangreiche Mittel, die Hälfte der Uni ist bereits saniert.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL – Ingo Egloff SPD: Ja, und die andere Hälfte vergammelt!)

Was wollen Sie eigentlich, Frau Dr. Stapelfeldt? Das können Sie uns gleich erzählen. Sie setzen kurzfristig auf Stimmungsmache, versuchen kurzfristig, Themen zu besetzen, sind dabei aber selber sehr sprunghaft.

Ein letzter Punkt ist das Thema der parlamentarischen Rechte, Transparenz, Offenheit, Information; das haben Sie eingefordert. Zu dem Bild gehört auch – das ist Ihr gutes Recht –, dass Sie sehr viele Kleine Anfragen zum Thema Raumbestand, Flächenbedarf, Baumaßnahmen, Investitionen der Universität, Gebäudeverkäufe aus der Universität heraus, Beauftragung von Gutachten und so weiter gestellt haben. Ich finde es gut und richtig, dass Sie diese Kleinen Anfragen stellen – ich habe sie interessiert durchgelesen, da ich mit dem Thema befasst bin –, muss aber auch feststellen, dass sie sehr offen und transparent beantwortet worden sind. Es liegen dem ganzen Haus aus der Beantwortung dieser Anfragen viele Informationen vor, die für die Diskussionen auch wertvoll sind und dann soll man nicht so tun, als würde es hier um Geheimhaltung und Missachtung parlamentarischer Rechte gehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es ist klar geworden, dass es darum geht, Entscheidungen dann zu treffen und zu diskutieren, wenn die Grundlagen dafür gelegt sind, wenn die Fachleute ihre Arbeit gemacht haben. Das sollten wir noch abwarten und uns damit auf Anfang 2009 vertagen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Kleibauer, mit Ihrer Frage machen Sie deutlich, dass Sie eigentlich in der Sache wenig verstehen,

(Wolfgang Beuß CDU: Dreist!)

denn tatsächlich gibt es diese beiden Seiten der Universität Hamburg. Es gibt den Umstand, dass mit 152 Millionen Euro seit 2002 circa 50 Prozent der Universität großräumig saniert worden sind und teilweise mit sehr guten Ergebnissen – davon kann man sich auch überzeugen, wenn man durch die Universität geht – und es gibt solche Situationen, die auch der Grund waren, warum Frau Gundelach und Frau Auweter-Kurtz die Dringlichkeit der Sanierungsmaßnahmen noch einmal hervorge-

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

bracht haben. Natürlich geht es auch um bestimmte Gebäude, die tatsächlich saniert werden müssen. Ich will gar nicht auf die Zoologie verweisen, die abgesperrt ist, weil die Betonfassade herunterfällt. Es gibt also diese beiden Seiten und es muss für die Zukunft der Universität eine gute Lösung gefunden werden. Ich werde auch über diese Inhalte nicht weiter reden, das werden wir an anderer Stelle tun. Aber wenn Sie die Frage so aufwerfen, heißt das, dass Sie es eigentlich nicht verstanden haben.

Zweiter Punkt: Herr Kleibauer, Herr Beuß und auch andere, es geht nicht nur um die Frage, wie man sich Informationen beschafft, wenn sie einem selbst in Sitzungen vorenthalten werden, sondern es geht auch um die Frage, ob über das, was an Informationen vorhanden ist, auch diskutiert und beraten werden kann. Das ist doch wohl eine absolute Selbstverständlichkeit und mehr ist nicht eingefordert worden. Ich möchte gerne zwei Angebote der Koalitionsfraktionen aufnehmen.

Erstens: Es wurde gesagt, Sie würden dem Antrag der LINKEN nicht zustimmen, weil es morgen im Wissenschaftsausschuss einen Bericht der Senatorin zu diesem Thema geben werde. Dann stellen Sie bitte, Frau Gundelach, den Bericht vor und erklären uns dabei auch, welche Bedeutung diese sogenannte Lenkungs- und Steuerungsgruppe hat, von der Sie gesprochen haben. Stellen Sie doch die zusätzlichen Fragen und Prüfaufträge vor, von denen Herr Beuß gesprochen hat, die von Ihnen zu den Hauptüberschriften da hinein gebracht worden sind. Es ist ja toll, wenn Sie das gemacht haben, dann werden Sie das auch vorstellen können.

Zweitens: Frau Gümbel hat gesagt, wenn die Ergebnisse Ende Januar vorlägen, dann würden Sie mit uns diskutieren. Dann gibt es ja noch Möglichkeiten, das vor dem Abschluss der Haushaltsberatungen zu machen. Ich bin gespannt, ob Sie Ihr Versprechen noch einlösen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/1466 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 11 der Tagesordnung, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Wissenschaft und Geschlechtergerechtigkeit in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion der CDU: Wissenschaft und Geschlechtergerechtigkeit in Hamburg]

– Drs 19/1223 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/1580 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der CDU: Wissenschaft und Geschlechtergerechtigkeit in Hamburg – Drs 19/1580 –]

Wer wünscht das Wort? Frau Koop, bitte.

Karen Koop CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schlagartig leert sich der Saal.

Nun wollen wir nach den vielen ungelegten Eiern mal wieder über gelegte Eier sprechen. Ich finde es sehr schön, dass wir auch heute am zweiten Sitzungstag eine Genderdebatte auf der Tagesordnung haben. Vielleicht sollten wir einführen, in jeder Sitzung wenigstens einmal zu dem Thema zu sprechen, damit es sich im Gedankengut aller im Raume verfestigt.

(Gabi Dobusch SPD: Wir machen das mit!)

Mit der Geschlechtergerechtigkeit an der Hochschule haben wir uns schon längere Zeit beschäftigt. Ich erinnere mich, dass ich im Juli 2007 dazu schon eine Rede gehalten habe. Ich habe sie noch einmal durchgelesen und dabei festgestellt, dass vieles als Daueraufgabe heute noch aktuell ist und man hier eigentlich wiedergeben könnte. Aber eine Grundaussage meiner damaligen Rede hat sich verändert, und zwar die Aussage, dass die Alma Mater eine Rabenmutter wäre. Wenn man das streng biologisch nehmen würde, dann stimmt es, aber sprichwörtlich gesehen ist sie das nicht mehr, da hat sich doch eine ganze Menge getan.

Wer die Anfrage sorgfältig semantisch durchleuchtet – da wir heute soviel über Semantik gesprochen haben –, der merkt, dass die Antworten in einem ganz anderen Tenor geschrieben worden sind; es hat sich gewandelt. Wir werden nicht mit Tabellen und Statistiken zugeschüttet, hinter denen man sich prima verstecken kann, wenn man Aktivitäten nicht so ganz umgesetzt hat oder Defizite nicht deutlich werden lassen will. Sie wissen alle, dass der berühmten Datenflut immer auch die Gedankenebbe folgt und das wollen wir nicht erreichen. Man spürt den Willen der Berichtenden, dass sich tatsächlich etwas ändern soll und dass sich auch etwas geändert hat. Dabei reicht es nicht, Gesetze und Verordnungen aufzulegen, sondern das, worauf es wirklich bei der Geschlechtergerechtigkeit ankommt, ist der Mentalitätswandel und da sehen wir deutlich, dass der vorangekommen ist.

Die geschlechtergerechte Universität ist in erster Linie eine familiengerechte Hochschule, denn in dem Moment, wo Studierende oder Lehrende eine Familie haben, merken sie, dass sie benachteiligt

(Karen Koop)

werden. Die familiengerechte Hochschule ist also eine Frauensache, weil es leider noch überwiegend Frauen betrifft. Langsam, wenn auch sehr langsam, aber stetig verändert sich dieses Bild. Wenn man heute über die Universitäten oder Hochschulen geht, dann gibt es in der Cafeteria eine Spielecke, es gibt Wickel- und Stillräume,

(Wilfried Buss SPD: Hier? – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

in denen man der Vorlesung folgen kann.

– Doch nicht hier, in der Universität, Herr Buss. Ab und zu sollten Sie vielleicht kontinuierlich zuhören und nicht nur zwischendurch aufwachen.

Wir haben Kindergärten und Krippen auf dem Campus, wir haben Beratungsstellen für Familien und die Zertifizierung familiengerechte Hochschule hat eine ganze Menge dazu beigetragen. Die HAW ist hier ein deutlicher Vorreiter; sie ist es gewesen und wird es auch weiterhin sein, weil dort ein aufgeschlossener Geist dafür herrscht. Es zeigt sich, dass man es wollen muss und auch die Energie und Einsatzbereitschaft dazu haben muss, denn dann ändert sich auch etwas.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die erfreuliche Hinwendung zur Familiengerechtigkeit und damit auch zur Geschlechtergerechtigkeit hat natürlich auch andere Gründe. Wenn ich sehe – das mögen Sie mir als Feministin der ersten Stunde einmal gönnen –, dass eine Frau die Universität führt und jetzt auch eine Frau Wissenschaftssenatorin ist, dann muss das nicht unbedingt der Grund dafür sein, aber es hilft ungemein, wenn man aus der eigenen Lebenserfahrung ein wenig Entscheidungsfreudigkeit mitbringt.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Ich glaube nicht, dass bei Frau Professor Auweter-Kurtz und bei Frau Dr. Gundelach irgendwelche spätfeministische Erweckungen stattgefunden haben, sondern es ist einfach die Notwendigkeit und auch der Wille, etwas zugunsten der Geschlechtergerechtigkeit zu verändern. Es ist natürlich auch der pragmatische Blick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen. Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe brauchen wir wirklich jede Frau und jeden Mann, die uns was zu bieten haben. Wir müssen die Fähigen hier halten, wir müssen die neuen Talente zu uns herziehen und wir müssen vor allen Dingen auch für eine Verstärkung der Exzellenz sorgen, denn diesen Brainrain in andere Länder müssen wir stoppen, nicht nur den in andere Bundesländer, sondern auch in andere europäische und außereuropäische Länder. Natürlich muss auch die Hochschule etwas bieten zum Wohlbefinden der Studierenden und der Lehrenden und die Bedürfnisse haben sich in den letzten Jahrzehnten entscheidend geändert.

Wir müssen internationalen Standards genügen, denn wenn man einmal über den großen Teich guckt, was man dort an familienfreundlichen Einrichtungen vorfindet, dann können den Studierenden und Lehrenden bei uns nur die Augen übergehen. Das persönliche Umfeld, die angenehmen Umstände sind wichtig geworden. Universitäre Dienstleistungen werden verschärft nachgefragt und wenn sie nicht geleistet werden, dann geht man eben woanders hin beziehungsweise kommt erst gar nicht hierher.

Dem wird Rechnung getragen, aber es ist leider so, dass Frauen und Männer unterschiedliche Bedürfnisse haben.

(Arno Münster SPD: Stimmt!)

Diese unterschiedlichen Bedürfnisse beziehen sich auch auf das Leben auf dem Campus. Ich bin erstaunt, dass das jetzt bemerkt worden ist, denn schließlich ist die Hälfte der Studierenden weiblich. Außerdem studieren sie schneller und zielgerichteter und auch bei den Promotionen sind sie noch zu 40 Prozent vertreten. Besorgniserregend ist allerdings die berühmte leaking pipeline, dass das plötzlich bei den Habilitationen und auch weiteren wissenschaftlichen Qualifikationen gewaltig ausdünn. Man muss sich ernsthaft die Frage stellen, wo die Frauen bleiben, wo sie sind, die wir im bundesdeutschen und internationalen Wettbewerb brauchen. Das kann man nicht einfach so abtun und sagen, wenn sie nicht kommen, dann nehmen wir eben jemand anderen. Die Frage ist, wen nehmen wir dann. Es gibt eine Untersuchung, dass wir 2015 eine halbe Million Führungspositionen neu besetzen müssen; das lässt sich aus dem rein männlichen Bestand überhaupt nicht besetzen. Also woher sollen wir sie nehmen, wenn wir nicht auf unsere Frauen, auf unsere natürliche und gute Ressource vor Ort zurückgreifen? Wir können natürlich auch ganz Ostasien einladen, aber dann werden unsere Enkelkinder eines Tages vielleicht nicht mehr Deutsche sein, sondern Chinesen. Damit habe ich keine Probleme, das ist ja auch nicht so schlimm.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ist doch auch egal!)

Aber es ist doch einfacher, auf unsere natürliche Ressource zurückzugreifen und die Frauen müssen heute ausgebildet werden, damit sie dann auch zur Verfügung stehen.

Das große Problem ist natürlich, dass bei Studiumende meist die Familienphase beginnt oder der Wunsch nach einer Familie besteht. Es ist den Menschen offensichtlich nicht auszutreiben, sich fortzupflanzen. Man hat manchmal das Gefühl, dass sich große Mühe gegeben wird, gerade den Akademikerinnen das möglichst schwerzumachen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Studium findet auf dem Campus auch statt beziehungs-

(Karen Koop)

weise findet nicht statt, wenn keine Möglichkeiten da sind. Eine gute und verlässliche Kinderbetreuung ist die beste Voraussetzung für eine verlässliche Karriereplanung, und dass sowohl Frauen als auch Männer ihre Karriere planen müssen, hat sich hoffentlich auch bald bei allen herumgesprochen.

Wir haben gute Beispiele, wir haben den Kinder-Campus und es ist interessant zu sehen, dass das vom letzten Senator in dem Moment gepusht wurde, wo er selber Vater wurde, wo er nämlich mit dem Problem konfrontiert wurde, dass seine Frau – auch wissenschaftlich tätig – sich nicht nur zu Hause um die Kinder kümmern wollte, und das ist auch nicht unbedingt nötig. An der Universität hat sich eine ganze Menge getan. Großes Vorbild bleiben die Kitas an der HAW. Ich würde mir wünschen, dass das auch an den anderen Hochschulen noch viel mehr genutzt und verbreitet wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Aber es bleibt die Rushhour des Lebens, die für Frauen besonders gefährlich wird, weil sie sich dann in der Entscheidung zwischen Karriere und Kind leider häufiger mit dem Kinderwunsch zu lange zurückhalten. Es herrscht die Mentalität "erstmal" vor: erstmal das Studium, erstmal die Promotion, erstmal ein Auslandsaufenthalt, sich erstmal im Beruf bewähren und dann auch erstmal einen Partner finden – das ist auch nicht so ganz einfach.

Eines müssen wir auch einmal sagen: Bei den 40 Prozent Akademikerinnen, die angeblich keine Kinder mehr bekommen, muss man den Betrachtungswinkel einmal ein bisschen ausweiten; bis Mitte vierzig sind es dann nur 30 Prozent. Dem stehen aber 60 Prozent Herren gegenüber, die überhaupt keine Kinder haben wollen und die es, wenn überhaupt, dann erst mit 50 oder dergleichen tun wollen. Darüber spricht leider niemand und das ist ein viel größeres Problem. Die Frauen können natürlich ihren Kinderwunsch befriedigen, aber dann sitzen sie alleine da mit der Belastung von Studium und Alleinerziehung. Ich bin alleinerziehende Mutter gewesen und hatte einen gefestigten Beruf und das war hart genug. Da muss man also auch einmal die richtigen Schuldigen sehen und nicht immer auf die Akademikerinnen zeigen.

(Wolfgang Beuß CDU: Einen Schuldigen wollen wir jetzt aber nicht finden!)

– Nein, das muss auch nicht sein.

Es gibt natürlich gute Gründe,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Welche denn?)

keine Kinder haben zu wollen. Darüber könnten wir trefflich philosophieren, aber dann würden wir morgen Abend noch hier sitzen.

Die Möglichkeit zur Unterstützung, die wir heute schon auf dem Campus vorfinden, ist ermutigend,

ob es die Arbeitszeit, die Arbeitsorte oder die Arbeitsorganisation betrifft. Das ist alles schon sehr erfreulich, aber natürlich noch zu verbessern. Und wenn man einmal einen Blick auf andere Universitäten wirft, dann hat sich dort schon ein bisschen mehr getan. Mir erzählte eine Professorin aus Heidelberg, dass sie ein halbes Jahr lang ihr Kind ganz selbstverständlich mit in die Vorlesung gebracht habe.

(Zuruf von Arno Münster SPD)

Das hat niemanden gestört. Wahrscheinlich war es ein pflegeleichtes Kind, das weiß ich nicht, aber ich erinnere mich selber, dass mein Vater mich, als ich zehn Jahre alt war, auch eine längere Zeit mit zu seinen Lehrveranstaltungen genommen hat.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Deswegen bist du Lehrerin geworden!)

– Nein, nicht Lehrerin –. Und aus der Zeit stammen meine Vorlieben für Physik und Mathematik, denn das hat er unterrichtet, und das fand ich damals schon sehr spannend.

Eine Aufgabe ist auch, die Kinder in unsere Lebensmitte zurückzubringen, sie nicht an die Seite zu schieben und da kann man noch eine Menge an Pionierarbeit leisten. Es muss nicht sein, dass der Hörsaal voller Kinder ist, aber im Ausnahmefall schon: Kinder an die Macht.

(Wolfgang Beuß CDU: Kinderuni Hamburg!)

Die Nüsslein-Volhard-Stiftung entlastet zum Beispiel Doktorandinnen, Studenten und auch Professoren von den häuslichen Arbeiten. Das heißt, die Stiftung gibt kein Geld für den wissenschaftlichen Alltag, sondern für den häuslichen Alltag. Vielleicht können wir bei der Wissenschaftsstiftung mal ins Auge fassen, dass auch dafür Gelder da sind.

Andere Bundesländer sind da schon ein bisschen weiter, aber Hamburg hat aufgeholt und auch die Uni hat eine hervorragende Beurteilung im Bundesvergleich bekommen. Die Ausrichtung auf eine familiengerechte Hochschule ist nicht nur eine Wohltat für die einzelnen Bedürftigen, sondern sie wird heute Gott sei Dank als Standortfaktor verstanden und in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen finden wir das auch. Es wäre natürlich wunderbar, wenn das noch ausgebaut würde.

Eine ganz besondere Idee, an der mein Herz hängt und die ich auch mit einem Runden Tisch in der letzten Legislatur schon angestoßen habe, ist eine Entzerrung der Zeit für die Familienplanung, also eine Entzerrung der Rushhour des Lebens, wie es so schön heißt. Lasst doch die Leute die Kinder schon während des Studiums bekommen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das fällt bei den Studiengebühren schwer!)

– Die Studiengebühren fallen nach der neuen Regelung erst nach dem Studium an.

(Karen Koop)

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wer im Studium seine Kinder bekommen hat, hat nachher, wenn er in den Beruf kommt, die Hände frei; dann ist die größte Belastung schon vorbei. Aber das ist natürlich Zukunftsmusik, zu der wir vielleicht noch kommen. Wenn sich dann auch noch der eine oder andere Herr aus der Rolle des Reproduktionsassistenten löst und wirklich Vater wird, ist es vielleicht noch ein bisschen einfacher.

Im letzten Jahr haben der Wissenschaftsrat und die Hochschulrektorenkonferenz ein Programm aufgelegt, eine Offensive zur Chancengleichheit in Forschung und Lehre. Das gilt es jetzt intensiv in die Realität umzusetzen; unser eingebrachter Antrag soll dazu beitragen. Wir brauchen mehr Frauen in der Forschung, wir brauchen im Übrigen auch mehr Forschung, die sich mit den Frauen beschäftigt. Aber wenn man mehr Professorinnen will, dann braucht man auch mehr Frauen in den Entscheidungsgremien, in den Berufungskommissionen.

Ich denke, dass man das mit deutlichen Zielvorgaben erreichen kann. Ich eiere hier so ein bisschen um die Quote herum. Ich persönlich habe nie Schwierigkeiten damit gehabt, weil ich als Quotenfrau immer wusste, was ich wert war. Aber vielleicht kommen wir nicht drumherum, mit einer gemeinsamen Initiative ein bisschen nachzusetzen, denn die Männer können sehr viel von Frauen in der Wissenschaft mit Familie lernen, was Organisation, was Zusammenarbeit und auch was Resilienz anbetrifft.

Wir haben eine Menge erreicht, wir werden noch eine Menge erreichen und ganz zum Schluss wollen wir noch mal ein bisschen üben. Es ist eine Genderdebatte. Vielleicht können Sie sich inhaltlich damit auseinandersetzen, dass es Gender Mainstreaming gibt. Vielleicht kann der eine oder andere das einmal nachsprechen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt Gender Studies und letztendlich – dies für einen Herrn, der leider im Augenblick nicht da ist, den ich aber hoch schätze – auch ein Gender Budgeting. So schwer ist das nicht.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will etwas nachliefern, was Frau Koop ausgelassen hat. Da fehlte ein großer Teil: Der Fortschritt ist eine Schnecke. Niemals war dieser Spruch so angebracht wie jetzt, da wir über dieses Thema sprechen. Das Beharrungsvermö-

gen von Männern in Wissenschaft und Forschung ist phänomenal

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

und, möchte ich anfügen, eigentlich auch die Gerechtigkeit der Frauen in der CDU. Auf einer Konferenz der Bundesregierung Anfang dieses Jahres wurde von kognitiver Verweigerung gesprochen, anders sei nämlich das konsequente Verleugern der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern einerseits und das Ignorieren von Zielvorgaben – die gibt es je nach Land bereits seit Jahrzehnten – und das Unterlaufen sämtlicher Frauenfördermaßnahmen andererseits kaum zu erklären.

Die Universitäten in Deutschland – Hamburger Universitäten machen da überhaupt keine Ausnahme – sind Organisationen, bei denen die Rekrutierung hochgradig geschlechtshierarchisch verläuft; das möchte ich hier noch einmal festhalten. Die Weichen hierfür werden bereits in der Promotionsphase gestellt, danach öffnet sich die Schere zwischen Männern und Frauen weit, sehr weit, bis wir von an die 50 Prozent weiblichen Studierenden über 23 Prozent Habilitierte schließlich bei peinlichen 8 bis 9 Prozent C4-Professorinnen angekommen sind. Das ist die Schere, die wir derzeit immer noch haben. Es führt überhaupt kein Weg daran vorbei. An deutschen Universitäten wird nicht nach Qualitätsgesichtspunkten berufen. Es lässt sich gar nicht anders formulieren, wir haben nichts als Quotenmänner in dieser Universität. Nun hat sich in den letzten Jahrzehnten zwar wenig aber doch etwas zum Positiven verändert. Es könnte also sein, dass es Hamburg nicht wie die meisten deutschen Universitäten erst am Ende dieses Jahrhunderts schafft, eine echte Gleichstellung der Geschlechter in der Forschung zu erreichen, sondern – man höre und staune – bereits in 50 Jahren. Ich sehe hier links vielleicht zwei Damen, die das noch erleben werden. Der Rest von uns wird zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht mehr hier sein.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Was?)

– Nicht mehr unter den Lebenden weilen, kann ich auch formulieren. So ist es einfach. Wir erleben das nicht mehr.

Es gibt aber aktuell ein Zeitfenster, das wir nutzen sollten, wenn wir klug sind. In den nächsten Jahren werden nämlich gehäuft Professuren frei, die wir ganz gezielt mit Frauen besetzen sollten. Das wäre die einzig positive Botschaft an die jungen Frauen da draußen, die bis dahin ein bisschen wie bei Kafka zwar an die Türen der Alma Mater klopfen dürfen, aber nur ins Kellergeschoss hineingelassen werden. Im Jahr 2007 lag der Frauenanteil bei den Neuberufungen der Universität Hamburg zwar bei 40 Prozent – und auf den ersten Blick ist das eine wunderbare Zahl –, aber das täuscht, denn wir müssen im Blick behalten, von welcher Basis wir

(Gabi Dobusch)

kommen. Der Frauenanteil insgesamt verändert sich dadurch nämlich überhaupt nicht. 2010 wird der Frauenanteil an den Professuren trotzdem nur bei planmäßigen 24,8 Prozent liegen. Das ist wirklich großartig.

Frau Koop, Sie haben sich wirklich viel Mühe damit gemacht, alles, aber auch wirklich alles, abzufragen, was man an der Universität unter dem Aspekt Familie so machen kann.

Ja, es ist ein großer Fortschritt, wenn Wissenschaft und Forschung familien- und kinderfreundlicher werden. Das ist überhaupt keine Frage.

Aber klar ist doch auch: In Deutschland allgemein und in den letzten Jahren im Besonderen in dieser Stadt verengt sich die Debatte sehr oft, sehr gern und sehr schnell auf die Kinder- und Familienfrage. Das kann aber nicht alles sein in dieser Beziehung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gleichstellungsförderung in Wissenschaft und Forschung lässt sich keineswegs auf die Vereinbarkeitspolitik und auf Double Career-Maßnahmen reduzieren. Es geht auch um Diskriminierung in einem umfassenderen Sinne. Frauen beklagen zum Beispiel eine im Vergleich zu männlichen Kollegen deutlich geringere Rückendeckung durch ihre Betreuenden und Vorgesetzten, der Zugang zu Netzwerken bleibt ihnen versperrt, Vorbilder fehlen. Mentoring-Programme könnten hierbei zum Beispiel helfen, die gibt es ab und zu schon. Ich möchte Sie noch einmal an unsere durchaus engagierte Debatte von letzter Woche, oder wann es war, erinnern, als wir über männliche Personen in Kita und so weiter gesprochen haben. Das Verhältnis an der Universität ist ähnlich katastrophal und das schon von Beginn an, also seit Jahrzehnten.

Ich frage mich aber auch ein bisschen, was dieser Alleingang der CDU mit der Großen Anfrage soll. Angesichts der Ankündigung im Koalitionsvertrag hätte ich eher erwartet, dass GAL und CDU gemeinsam konkret werden. Wo ist denn jetzt das hochschulübergreifende Programm, das die Verantwortung der Stadt und der Hochschule für die Nachwuchs- und Frauenförderung aufzeigt? Wo sind denn eigentlich die konkreten Informationen über die verbindlichen Ziel- und Leistungsvereinbarungen zur Frauenförderung nach dem Kaskadenmodell für 2009/2010? Stattdessen kommt die CDU-Fraktion jetzt mit einem Antrag, in dem es eigentlich nur um eines geht, nämlich den zweifellos erfreulichen Erfolg von zwei Hamburger Hochschulen beim Professorinnen-Programm zu feiern. Das ist wunderbar, aber wirklich nicht genug. Das ist angesichts der Lage der Frauen im Hamburger Wissenschaftsbetrieb wirklich entschieden zu wenig.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der frühere Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Winnacker hat sich dazu durchgerungen zu sagen, es sei im internationalen Vergleich peinlich, dass nur 13 Prozent aller Professoren Frauen sind und es unter den C4-Professuren nur 8 Prozent sind. Eine solche Ressourcenverschwendung könne sich nicht leisten, wer an die Spitze wolle. Das wollen wir doch aber in Hamburg. Oder haben Sie das nicht mehr vor? Verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und GAL, wir hoffen sehr, dass von Ihnen noch etwas Konkretes kommt als in diesem CDU-Antrag. Sie wissen: Für die Quote waren wir von der SPD schon immer und dazu stehen wir natürlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Dr. Gumbel.

Dr. Eva Gumbel GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bedanken für die ausführliche Beantwortung der Großen Anfrage der CDU durch die Behörde. Das war recht ausführlich und bildet eine gute Grundlage, um weiterarbeiten zu können. Weiterhin ist natürlich auch sehr erfreulich, dass wir bei zwei Hamburger Hochschulen Spitzenbewertungen bekommen haben und in dieses Professorinnen-Programm, das ein Bund-Länder-Programm ist, aufgenommen worden sind. Das ist richtig gut.

Wenn man die Antworten liest, dann stellt sich heraus, dass die HAW besonders gut abschneidet. Das ist auch kein Zufall, denn die HAW hat an diesem Auditierungs-Verfahren der Hertie-Stiftung als familiengerechte Hochschule teilgenommen. Genau an diesem Auditierungs-Verfahren orientiert sich auch die Fragestellung der Großen Anfrage. Wir würden es insofern sehr begrüßen, wenn auch die Universität – auch die anderen Hochschulen, aber insbesondere die Universität – an einem solchen Auditierungs-Verfahren teilnehmen würde. Das hilft Defizite zu erkennen, sie zu beheben und Vorhandenes besser kenntlich zu machen. Defizite, das konnten wir in der Großen Anfrage lesen, gibt es noch reichlich. Es gibt einige gute Ansätze, aber wichtig ist dabei auch, dass das, was vorhanden ist, deutlich gemacht wird. Zum Beispiel gibt es bei der Universität für Verwaltungsangestellte die Möglichkeit zum einmonatigen Sabbatical. Verwaltungsangestellte, die Kinder haben, können also, wenn sie zwölf Monate auf ein Zwölftel des Gehalts verzichten, einen Monat freimachen. Das hilft sowohl Frauen als auch Männern über die schwierige Phase der sechswöchigen Sommerferien ganz gut hinweg. Es hilft nur alles nichts, wenn diese Maßnahme so gut wie unbekannt ist. Es gibt also viele Maßnahmen, die vorhanden sind, die sich aber so verstecken, dass es fast so ist, als gäbe es sie gar nicht. Die eine Seite ist sozusagen das Un-

(Dr. Eva Gümbel)

terstützen der Eltern in der Hochschule, sei es, dass sie studieren, sei es, dass sie Lehrende sind, sei es, dass sie sich in akademischen Programmen befinden. Das ist wichtig und da gibt es viel zu tun. Ich will das jetzt gar nicht mehr im Einzelnen nennen. Frau Dobusch und Frau Koop haben darauf hingewiesen. Da herrscht große Einigkeit.

Die andere Sache hat Frau Dobusch auch genannt: Natürlich kann man es nicht darauf reduzieren, dass man in der Hochschule Kindergärten, Wickelplätze und Stillzimmer einrichtet und sagt, damit wäre dann die Sache getan. So ist es nicht. Der 50-prozentige Anteil an weiblichen Studierenden ist relativ gut, da kann man nicht meckern. Bei den Promotionen ist das dann immer noch so, das unterscheidet sich natürlich je nach Fachgebiet, das ist soweit in Ordnung. Dramatisch, darauf hatte Frau Dobusch auch schon hingewiesen, wird es dann ab den Postdocs und ganz schlimm sieht es aus bei den Professorinnen. Ich hatte anfänglich schon gesagt, dass es gut ist, dass zwei Hamburger Hochschulen, nämlich die HAW und die Uni, diese Spitzenpositionierung bekommen haben und deshalb zusätzliche Professuren bekommen haben. Das ist gut, das begrüßen wir auch ausdrücklich, ebenso wie den Antrag der CDU, das mit Maßnahmen zu flankieren. Aber, was sich deutlich zeigt, ist, dass wir dazwischen einen Gap haben, nämlich zwischen den Frauen, die promovieren, und denen, die dann die wissenschaftliche Karriere so weitergehen, dass sie hinterher C4-Professorinnen werden. Das sind 8 Prozent, das ist mehr als kläglich.

Man muss sich fragen, warum das so ist, und ich glaube, dass ein wichtiger Aspekt zur Klärung in der dramatischen Unsicherheit der Lebensplanung von akademischen Karrieren zu sehen ist. Das wirkt abstoßend sowohl auf solche Leute, die in der Familienplanung sind, aber auch auf andere. Ich glaube, neben diesem ganzen Aspekt, den Sie schon angesprochen hatten, Frau Dobusch – der Diskriminierung –, wirkt auch das so abstoßend, dass viele begabte Frauen der Hochschule den Rücken kehren und anderswo ihre Zukunftschancen suchen. Das kann sich eine Hochschullandschaft nicht erlauben. Eine Hochschullandschaft muss so aufgestellt sein, dass sie auf dieses wichtige Kapital nicht verzichtet und eben diesen Nachwuchswissenschaftlerinnen Angebote macht.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

Deshalb denken wir, dass es ganz wichtig ist, hierbei zu unterstützen. Wir brauchen in größerem Maße, und zwar in wesentlich größerem Maße, Stipendien für Postdocs, für Wiedereinsteigerinnen und für solche, die nach der Geburt oder der Kleinkindphase wieder in den akademischen Bereich zurück wollen.

Ich will noch einmal festhalten, dass wir die Förderung der akademischen Spitze durch das Profes-

sorinnen-Programm gut finden. Es ist auch gut, das zu unterstützen, wie das in dem Antrag geschieht, aber wesentlich ist, den Flaschenhals im Mittelbau zu weiten und hier Nachwuchsstipendien zu installieren. Das wird für uns alle gemeinsam in diesem Haus Aufgabe sein und wir haben im Koalitionsvertrag dazu auch schon die Weichen gestellt. Ich denke aber, dass wir das alle gemeinsam die nächsten vier Jahre bewegen werden, und ich hoffe sehr, dass wir – so wie Frau Koop das am Anfang ihrer Rede bilanziert hat, wo sie gesagt hat, dass wir vor zwei oder vier Jahren schon einmal zum gleichen Thema diskutiert hätten und jetzt schon ein bisschen weiter seien –, wenn wir das in zwei Jahren noch einmal tun, dann gemeinsam festhalten werden können, dass wir hoffentlich wieder ein Stückchen und vielleicht ein etwas größeres Stückchen weiter gekommen sind. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Die Große Anfrage der CDU trägt den Namen Wissenschaft und Geschlechtergerechtigkeit. Dieser Titel ist ein durchaus erfreulicher Anblick im Wust dieser ganzen parlamentarischen Dokumente. Doch beim genaueren Lesen bin ich ins Stocken geraten. Erst einmal sind wir es nun wirklich nicht gewohnt, dass so knapp formulierte Fragen mit einer derartigen Fülle und Detailgenauigkeit beantwortet werden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Bei unseren Fragen ist das Verhältnis oft andersherum. Außerdem fehlt der so vertraute Verweis auf die Unmöglichkeit der Beantwortung der Fragen in der zur Verfügung stehenden Zeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Wolfgang Beuß* CDU: Das ist ja auch eine Große Anfrage. Das ist bei Kleinen anders!)

Wie sieht es inhaltlich aus mit dem Stand der Geschlechtergerechtigkeit in der Hamburger Wissenschaft? Ein überwältigender Anteil der Anfrage und der Antwort des Senats bezieht sich ausschließlich auf die Fragen der Familienfreundlichkeit des Hamburger Hochschulbetriebs. Dass Geschlechtergerechtigkeit weit darüber hinausgeht, rückt leider völlig in den Hintergrund und wurde von meinen Vorrednern auch schon entsprechend angemerkt. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Jede Maßnahme, die es Frauen erleichtert, die weiter anhaltende strukturelle Benachteiligung durch die immer noch ungleich verteilte Familienarbeit zu mildern, ist zu begrüßen. Die Bemühung, Studentinnen mit Kindern eine verbesserte Betreuung zu gewährleisten und den Hochschulbetrieb in seiner Struktur familienfreundlicher zu gestalten, ist

(Kersten Artus)

lange überfällig. Wobei die Beantwortung der Anfrage keine Zweifel daran lässt, woher das gesteigerte Interesse kommt. Gleich auf der ersten Seite wird betont, dass der Senat die Steigerung der Attraktivität der Hamburger Hochschulen für Familien auch als strategischen Wirtschaftsfaktor versteht. Die selbstverständliche Forderung, dass es Frauen möglich sein muss, Ausbildung, Beruf und Familie zu verknüpfen, wird erst dann für die politischen Entscheider relevant, wenn sie mit einem wirtschaftlichen Vorteil verknüpft ist.

Neben der Familienfreundlichkeit wird – zwar in sehr bescheidenem Umfang, aber immerhin – noch auf einige andere Punkte eingegangen, die eine genauere Beachtung verdienen. Frauen stellen zurzeit sowohl circa die Hälfte der Studierenden als auch die Hälfte des Hochschulpersonals. Aber dies bedeutet noch lange keine Gleichstellung. Zum einen muss die Entwicklung der Studierenden genau beobachtet werden. Die Befürchtungen, dass Frauen überdurchschnittlich durch die Einführung der Studiengebühren betroffen sein werden, sind inzwischen wissenschaftlich belegt. Die Ende Oktober vom Hochschulinformationssystem vorgelegte und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Untersuchung bestätigt, dass der Studienverzicht aufgrund von Studiengebühren, ob sofort zu zahlen oder nachgelagert, bei jungen Frauen und Kindern aus hochschulfernen Elternhäusern überdurchschnittlich ausgeprägt ist.

Zum anderen ist die Verteilung der Geschlechter in den verschiedenen Karriereabschnitten bezeichnend. Während Frauen nach den Daten des Statistischen Bundesamts noch in gleichem Maße wie Männer einen Studienabschluss erreichen und auch 41 Prozent der Dokortitel erwerben, stellen sie nur noch 22 Prozent der Habilitationen. Gerade einmal 15 Prozent der Professorenstellen sind weiblich besetzt und die höchstdotierten C4- beziehungsweise W3-Stellen liegen gerade noch mit 10 Prozent in Frauenhand. Die Antwort des Senats spricht von einer deutlichen Steigerung der W3-beziehungsweise C4-Professuren, es werden aber leider keine konkreten Zahlen genannt. Hier ist die genannte Teilnahme am Professorinnen-Programm des BMBF ein richtiger Schritt aber natürlich bei Weitem nicht ausreichend.

Ein weiterer Aspekt, der ganz besondere Aufmerksamkeit verdient, ist die Betonung der Genderkompetenz als Schlüsselqualifikation. Lobend für Hamburgs Qualifikation auf diesem Gebiet wird in der Antwort des Senats die Möglichkeit, ein Zertifikat Genderkompetenz zu erwerben, erwähnt. Die Geschichte dieses Zertifikats ist allerdings ein wahres Trauerspiel im Kapitel Geschlechtergerechtigkeit in der Hamburger Wissenschaftslandschaft. Im Wintersemester 2002/2003 starteten an Hamburger Hochschulen der Master-Studiengang Gender und Arbeit an der damaligen Hochschule für Wirtschaft

und Politik sowie ein Magister- und Diplom-Nebenfach-Studium Gender und Queer Studies an der Universität Hamburg. Beide Studiengänge wurden hochschulübergreifend und interdisziplinär zwischen der TU Hamburg-Harburg, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der Hochschule für bildende Künste, der Hochschule für Musik und Theater und der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit angelegt. Die Zusammenarbeit ermöglichte es trotz geringer eigener Kapazitäten, den Studierenden in jedem Semester 80 bis 100 Lehrveranstaltungen anzubieten. Diese Studiengänge wurden begeistert von den circa 180 Studierenden im universitären Magister- und Diplom-Nebenfach-Studium und weiteren 60 Studierenden im Master-Studiengang Gender und Arbeit aufgenommen.

Doch hier endet die Erfolgsgeschichte. Beide Studiengänge sind inzwischen von der Universität Hamburg mit einem Zulassungsstopp belegt und drohen eingestellt zu werden. Die Universität stoppt ein Projekt, in dem Hamburg Vorreiterin war und das nun an anderen Hochschulen wie Berlin, Bremen und Bielefeld mit viel Erfolg fortgesetzt wird – ein Projekt, das übrigens in der Anfangsphase durch die Stadt Hamburg mit Millionen gefördert wurde. Anstatt die traurigen Überreste wie das Zertifikat Genderkompetenz, das – obwohl inhaltlich hervorragend – leider nur etwas für die Bewerbungsmappe ist, zu loben, sollte der Hamburger Senat darauf dringen Lösungen zu suchen, wie die anfängliche Erfolgsgeschichte der Gender und Queer Studies gerettet und gesichert in der Hamburger Hochschullandschaft verankert werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Gründe dafür gibt es viele. So sind zum Beispiel die Hamburger Gender und Queer Studies gerade durch die Integration der technischen und künstlerischen Hochschulen sehr innovativ und tatsächlich interdisziplinär ausgelegt. Das Hamburger Konzept ist bundesweit führend in der Queer-Theorie und es gibt breite Erfahrung der hochschulübergreifenden Zusammenarbeit unter anderem auch mit einem Graduiertenkolleg. Darüber hinaus wird in Hamburg derzeit der Ansatz der Intersektionalität vorangetrieben, mit dem Diskriminierungen und soziale Ungleichheiten auf der Grundlage von Geschlecht und Sexualität verknüpft werden mit anderen Herrschaftsverhältnissen, mit denen die Differenzkategorien Klasse, Ethnie und Alter einhergehen.

Es gibt kaum eine gleichstellungsorientierte Arbeitsgruppe oder frauenpolitische Menschenrechtsorganisation in Hamburg, die nicht über einzelne ihrer Mitglieder direkt von dem Lehrangebot der Gender und Queer Studies und den öffentlichen Vorträgen, Workshops und Diskussionen zusammenhängend profitiert, die rund um diese Studienangebote in Hamburg entstanden sind. Um

(Kersten Artus)

nicht bei einer sicherlich notwendigen aber nicht ausreichenden Karriereförderung von Frauen stehen zu bleiben, muss der Senat dafür Sorge tragen, dass die Zulassungsstopps sofort aufgehoben werden

(Beifall bei der LINKEN)

und die Studiengänge Gender und Queer Studies erhalten bleiben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt jetzt Frau Senatorin Dr. Gundelach.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich auf ein paar wenige Bemerkungen beschränken, denn ich glaube, es ist schon eine Vielzahl von den Dingen erwähnt worden, die in der Großen Anfrage sehr ausführlich beantwortet wurden. Aber ich möchte eins noch vorweg betonen. Ich glaube, Senat und Hochschulen haben in den vergangenen Jahren – und da möchte ich ganz ausdrücklich auch die Vorgängersenate einschließen – schon eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen und sind dabei, auch weitere einzuplanen und vorzubereiten. Die gegenwärtig laufende Struktur- und Entwicklungsplanung an den Hochschulen ist auch ein geeignetes Vehikel, um hierbei weiterzukommen.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt: Bei den Studierenden sind wir auf einem guten Weg. Es ist schon erwähnt worden, dass wir seit 2002 eine ausgewogene Geschlechterverteilung bei den Studienanfängern haben. Bei den Promotionen sieht es dann schon etwas schlechter aus, da sind wir bei 39 Prozent angekommen, obwohl die jungen Damen – und das muss man sagen – in der Regel die besseren Examina machen. Bei den Habilitationen sinkt der Anteil noch einmal deutlich auf rund 23 Prozent und dabei gibt es ganz erhebliche fächerspezifische Unterschiede.

Worin aber liegen nun die Ursachen? Ganz offensichtlich bereitet jungen Akademikerinnen nach wie vor die Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Familie ganz erhebliche Schwierigkeiten. Kaum anders ist es zu erklären, dass bei Akademikerinnen eine überdurchschnittliche Kinderlosigkeit zu verzeichnen ist. Wie können wir dem nun begegnen? Ich möchte betonen, dass das nur eine Facette ist. Frau Koop hat in ihrem Beitrag schon viele einzelne Maßnahmen erwähnt, die die Hochschulen anbieten, um die Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft zu erleichtern. Deswegen möchte ich sie auch nicht wiederholen, sie sind zudem in der Antwort auch sehr ausführlich nachzulesen. Ich möchte diese Vielzahl von Maßnahmen einmal im Wesentlichen als sogenannte harte Faktoren bezeichnen.

Es gibt aber meines Erachtens noch eine ganze Menge weicher Faktoren, die den Weg junger Wissenschaftlerinnen steinig werden lassen. Diese weichen Faktoren sind oftmals weitaus schwieriger in den Griff zu bekommen, denn sie bedeuten mentale Änderungen innerhalb der Gesellschaft. So haben es meines Erachtens bis heute immer noch zu viele auch und gerade junge Männer nicht verstanden, dass Familien oder familienähnliche Gemeinschaften den Einsatz von Mutter und Vater benötigen um zu gelingen. Auch sie sollten sich deshalb durchaus schon während des Studiums zu Kindern bekennen und dabei auch erkennen lassen, dass sie später bereit sind, einen Teil des Pakets auch tatsächlich gemeinsam zu schultern. Auch junge Männer können die gebotenen Möglichkeiten wie Teilzeitstudium, Teilzeitbeschäftigung, Erziehungsurlaub und anderes nutzen. Aber auch die Gesellschaft als Ganzes ist gefragt. Noch immer ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein selbstverständliches gesellschaftliches Leitbild.

(Zurufe: Das Mikro ist nicht in Ordnung!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Kann die Technik sich bitte einmal um den Ton bemühen?

Senatorin Dr. Herlind Gundelach (fortfahrend): – Geht es jetzt besser?

(Zurufe: Ja, ja!)

– Okay.

Aber auch die Gesellschaft als Ganzes ist gefragt. Noch immer ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein selbstverständliches gesellschaftliches Leitbild, und zwar eins, das auch gelebt und nicht nur in Reden und Diskussionen vorgetragen wird. Weil dies leider immer noch so ist, legen sich viele Mütter selber den Zwang auf, möglichst in beiden Feldern perfekt zu sein und dadurch zu beweisen, dass es auch geht. Leider führt dies dann sehr häufig dazu, dass am Schluss doch ein Feld aufgegeben werden muss. In der Regel ist das dann die wissenschaftliche Karriere oder der Beruf. Oder sie lassen sich von vornherein abschrecken, Kinder zu bekommen. Ein Blick in das benachbarte Ausland, von dem wir in dieser Hinsicht eine ganze Menge lernen können, zeigt, dass es geht.

Neben dem persönlichen Schicksal bedeuten solche Entscheidungen gegen den Beruf oder gegen die Wissenschaft aber immer auch einen Verlust für die gesamte Gesellschaft. Deutschland benötigt seine hellsten Köpfe, wenn wir auf Dauer ein wirtschaftlich erfolgreiches Land bleiben wollen, und Hamburg hat, was die Zahl seiner sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschulabschluss angeht, noch deutlichen Nachholbedarf. Da sind Städte wie München und Stuttgart schon

(Senatorin Dr. Herlind Gundelach)

deutlich besser aufgestellt. Also schon aus schi-
erem Eigennutz sollten Hochschulen, Wirtschaft und
Gesellschaft, alle drei zusammen, alles daran set-
zen, dass junge Menschen die Chance haben, Fa-
milie und Karriere miteinander zu verbinden. Ich
betone noch einmal: Junge Menschen sind für
mich junge Menschen beiderlei Geschlechts. Des-
halb sollten wir auch nach außen ganz klar artiku-
lieren, dass es ein sehr erwünschtes gesellschaftli-
ches Leitbild ist, wenn auch Männer sich um Kin-
der kümmern. Das sollte noch viel stärker nach
draußen propagiert werden. Dann werden wir auch
ein ganzes Stück weiterkommen und dann werden
Hochschulleitungen wie die unserer Universität, die
einen sehr ausgewogenen Frauenanteil ausweist,
nicht mehr die Rarität sein, sondern eine endlich
benötigte Normalität.

Frau Dobusch, Sie haben in Ihrem Beitrag er-
wähnt, dass in den nächsten Jahren eine Vielzahl
von Berufungsmöglichkeiten ansteht. Wir haben ei-
ne relativ große Zahl an Professorinnen und Pro-
fessoren, die in den nächsten Jahren ausscheiden
werden. Das ist ein wichtiger Zweig, den wir auch
in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den
Hochschulen ganz deutlich ansprechen wollen,
nämlich dass in den Berufungskommissionen dar-
auf geachtet werden muss, dass Frauen – wo im-
mer möglich – zum Zuge kommen. Das ist nach-
vollziehbar, und ich denke nach dem, was ich bis-
lang an Berufungskommissionen innerhalb der
Hochschule erlebt habe, ist man deutlich weiter,
als man das noch vor einigen Jahren war.

Es gibt aber auch durchaus positive Beispiele. Ich
habe vor wenigen Tagen das CAN besucht und
konnte feststellen, dass dort die wissenschaftlichen
Mitarbeiter, und zwar durchaus auch an verant-
wortlichen Stellen, bereits zur Hälfte weiblichen
Geschlechts sind und eine sehr erfolgreiche Arbeit
leisten. Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir
haben noch einen langen Prozess vor uns, bis die
ganzen Berufungsverfahren abgeschlossen sind
und bis auch die nachfolgende wissenschaftliche
Generation so aufgewachsen ist, dass wir sie dann
auch in der nötigen Anzahl tatsächlich in die ver-
antwortlichen Positionen bringen. Das ist ein Pro-
zess, der andauert. Aber, wie gesagt, es ist ein
Prozess, der nicht alleine die Hochschulen betrifft,
es ist ein Prozess, der die gesamte Gesellschaft
betrifft. Deswegen muss auch die gesamte Gesell-
schaft dafür sorgen, dass die Leitbilder, die wir für
die Gesellschaft und für Familie und Beruf haben,
auch diejenigen sind, die die jungen Leute motivie-
ren, tatsächlich danach zu verfahren. – Herzlichen
Dank.

(Beifall bei der CDU und GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmel-
dungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur
Abstimmung. Zunächst stelle ich fest, dass die

Große Anfrage aus der Drucksache 19/1223 be-
sprochen worden ist.

Wer möchte dann dem Antrag der CDU-Fraktion
aus der Drucksache 19/1580 zustimmen? – Ge-
genprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann
einstimmig so angenommen worden.

Ich rufe dann auf den Punkt 12 der Tagesordnung,
die Große Anfrage der SPD-Fraktion: Hürden des
Hamburger Schulsystems.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Hürden des Hamburger Schulsystems
– Drs 19/1226 –]**

Das Wort hat Frau Ernst, bitte.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, sehr geehrte
Damen und Herren! Hürden des Hamburger Schul-
systems ist der Titel unserer Großen Anfrage und
wir wollen ein wenig den Blick auf die eine oder an-
dere Hürde legen und darauf, welche Konsequen-
zen das eigentlich für die Schulen in Hamburg hat.
Im Jahr 2004 hat der anerkannte Bildungsforscher
Klaus Klemm eine umfassende Untersuchung zur
Frage der Durchlässigkeit des deutschen Schul-
systems vorgelegt. Hierbei wurde sehr eindrucks-
voll dargestellt, dass die Durchlässigkeit nach
oben, also zu höheren Schulabschlüssen, im ge-
gliederten Schulsystem recht schwer ist, dass es
nach unten hingegen oft sehr schnell geht. Der Be-
such einer Haupt- und Realschule kann in
Deutschland bedeuten, dass man über den middle-
ren Abschluss nicht hinauskommt, obwohl die Ju-
gendlichen vielleicht doch Talent und Begabung
hätten, wenn sie anders gefördert werden. Auch
werden viele Kinder verspätet eingeschult oder zu-
rückgestellt, viele Kinder besuchen auch Sonder-
und Förderschulen und geraten somit auch leicht
aus dem Blickfeld der Schulpolitik, weil diese Grup-
pe häufig gar keine Lobby in der Elternschaft hat,
die sich um deren Belange kümmert.

Für Hamburg gibt es leider keine vergleichbare Un-
tersuchung, obwohl wir seit vielen Jahren gerne
mehr über die Bildungswege der Kinder wissen
würden und eigentlich auch wissen müssten. So
eine Untersuchung wurde leider nie in Auftrag ge-
geben und wir haben in Hamburg auch seit Jahren
keine Bildungsberichterstattung, obwohl das mehr-
fach angemahnt wurde, daher diese Große Anfra-
ge. Das ist die dritte dieser Art, die die SPD in Fol-
ge gestellt hat.

In Hamburg – das zeigt die Große Anfrage – gibt
es ebenfalls viele Hürden im Schulsystem. Aussor-
tieren, Sitzenbleiben, Abschulen ist nach wie vor
im Schulsystem fest verankert. Obwohl wir seit
Jahren fordern, das Sitzenbleiben abzuschaffen
und in eine individuelle Förderung der Kinder um-
zuwandeln, sind die Veränderungen marginal. In

(Britta Ernst)

Hamburg gibt es – das zeigt die Große Anfrage – rund 20 Modellprojekte, wo das Sitzenbleiben reduziert werden soll. Die Ergebnisse werden im Jahr 2010 erwartet. Das ist viel zu spät, wenn man weiß, wie viel Schulen es gibt und wie viele Schülerinnen und Schüler nach wie vor nicht gefördert werden, sondern sitzen bleiben. Das ist unbefriedigend, vor allem für die Kinder und Jugendlichen, die so das Gefühl des Versagens bekommen, statt gezielt unterstützt zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Auf einen Punkt will ich etwas mehr eingehen. Völlig unzureichend ist die Situation der ersten Schuljahre, wo man es häufig gar nicht vermutet. Die Quote derjenigen, die an Hamburgs Grundschulen sitzen bleiben, ist mit 2,3 Prozent fast genauso hoch wie an den gesamten hamburgischen Schulen, wo sie bei 2,5 Prozent liegt, gerade an den Grundschulen, wo wir glauben, dass dieses Instrument, dieses scharfe Schwert der Pädagogik noch gar nicht angewandt wird, um den Kindern nicht zu schaden.

Ernüchternd sind aber auch weitere Befunde. 3,4 Prozent der Kinder werden recht spät eingeschult. Sie sind siebeneinhalb Jahre alt. Das ist ein später Zeitpunkt. Wir haben in vielen Bundesländern eine Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre durchgesetzt und beachten gar nicht, dass viele Kinder nach wie vor recht spät eingeschult werden. 2,3 Prozent werden zurückgestellt und fast 3,5 Prozent werden gar nicht erst in die zuständige örtliche Grundschule eingeschult, sondern landen direkt in einer Sonder- oder Förderschule. Auch das ist noch nicht alles, sondern aus den Grundschulen heraus werden rund 2 Prozent an Sonder- oder Förderschulen abgeschult. Das ist ein erschreckender Befund, denn wenn man das zusammenzählt, kommt man auf 13,4 Prozent Kinder, die, bis sie zehn Jahre alt sind, aussortiert, zurückgestellt werden, ein Gefühl von Versagen haben und nicht durch das reguläre Schulsystem aufgefangen werden. Ich glaube, das ist eine erschreckend hohe Quote, an der dringend etwas verändert werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Guckt man noch ein bisschen genauer hin, stellt man fest, dass das sehr viele Kinder mit Migrationshintergrund sind, die auf den Sonder- und Förderschulen landen. Leider ist die Statistik völlig unzureichend, Frau Senatorin. Es wird häufig nur die Kategorie Aussiedleranteil erhoben. Wir wissen aber, dass das nur ein Bruchteil derjenigen ist, auf die wir ein besonderes Augenmerk haben. Wir müssen genau hingucken, denn zwei Drittel dieser Kinder sind Jungen. Wir haben hier deutlich das Problem, dass Jungen im Schulsystem schlechter mitkommen als die Mädchen.

Der Türkische Elternbund in Hamburg hat sich als Schwerpunkt die Situation an Sonder- und Förderschulen gesetzt. Die haben reagiert, weil sie in der Elternschaft immer wieder mit Abschulen an Förderschulen konfrontiert werden und die Eltern häufig nicht wissen, was sie machen sollen. Der Elternbund hat sich aufgemacht und wirbt dafür, dass sich Elternhäuser mehr für die Bildung anstrengen, wollen aber auch verhindern, dass diese hohe Anzahl von Kindern nach wie vor auf den Sonder- und Förderschulen landet, weil dieser Skandal endlich beendet werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Schwarz-Grün hat aber leider im Koalitionsvertrag geregelt, dass ein wichtiger Punkt der Schulpolitik aufs Eis gelegt wurde, nämlich nach und nach die Abschaffung von Förder- und Sprachheilschulen und die Integration in den Grundschulen, worüber wir seit vielen Jahren reden und dachten, in der Stadt ein wenig weitergekommen zu sein. Sie haben im Koalitionsvertrag verankert, dass hier in den nächsten vier Jahren nichts passieren darf und fallen damit zurück hinter einen Diskussionsstand, den es längst in der Stadt gibt und den diese Kinder brauchen, um nicht weiter aussortiert zu werden.

Die grüne Schulsenatorin muss daher damit leben, obwohl sie – das wissen wir aus vorigen Debatten – anderer Überzeugung ist. Sie ist durch den Koalitionsvertrag gebunden und das bedeutet in Wahrheit, dass wir weiter zugucken, wie dieses große Ausmaß an sozialer Ungerechtigkeit fortgeführt wird. Ich finde, das ist unerhört.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Dass das Schulsystem unzureichend ist, ist uns auch durch die PISA-Länderstudie in diesen Tagen dokumentiert worden. Die letzten Jahre haben in Hamburg zu keiner Verbesserung geführt. Bei den Kindern mit Migrationshintergrund haben wir sogar eine Verschlechterung in 2006 im Verhältnis zu 2003. Das ist nach vielen Jahren PISA-Diskussion ein beschämendes Ergebnis. Hürden im Schulsystem, große Klassen, Abitur nach zwölf Jahren, überstürzt eingeführt, Einsparungen bei der Sprachförderung und der Abbau von vielen Lehrstellen in den letzten Jahren haben ihren Preis gehabt, den die Schülerinnen und Schüler zahlen müssen, ein hoher Preis, verursacht durch die Politik der letzten Jahre, was sich in dieser PISA-Studie sehr deutlich niederschlägt.

Im Übrigen zwingt uns diese Studie auch zu einer anderen Auseinandersetzung, die man in den Medien verfolgen konnte. Wir haben nach wie vor eine sehr hohe Zahl von Schülern, die wir Risikoschüler nennen. Das sind diejenigen, die so wenig lesen, schreiben und rechnen können, dass sie nicht gut in einen Beruf einsteigen können, aber

(Britta Ernst)

auch sonst Probleme haben. Das sind für Deutschland rund 20 Prozent, für Hamburg sind es mehr, ungefähr 25 Prozent. Ich frage mich, wenn man diese Zahlen liest, wie es sein kann, dass die Zahl derjenigen, die in Deutschland keinen Schulabschluss erreichen, bei 8 Prozent und in Hamburg zwischen 10 und 11 Prozent liegt. Da klappt etwas auseinander. Wenn uns eine empirische Untersuchung bestätigt, dass zwischen 20 und 30 Prozent zu den Risikoschülern zählen und diejenigen, die keinen Hauptschulabschluss haben, viel niedriger ist, dann stellt sich wirklich die Frage der Qualität der deutschen Hauptschulabschlüsse. Das zeigt die PISA-Studie sehr deutlich und da darf man sich vor den Erkenntnissen nicht herumdrücken.

Wer den Hauptschulabschluss bekommt, muss lesen, schreiben und rechnen können, und zwar nicht auf Grundschulniveau,

(Wilfried Buss SPD: Richtig!)

und das scheint dort etwas auseinanderzuklaffen. Damit hat sich – das haben vielleicht einige verfolgt – auch die Kultusministerkonferenz beschäftigt, nachdem die PISA-Ergebnisse vorlagen, die gerade damit beschäftigt sind, Standards für die Hauptschulabschlüsse zu setzen. In diesem Kreis hatte man kurzzeitig die Idee, darauf zu verzichten, diese Standards an den Hauptschulen zu setzen, weil 60 bis 70 Prozent der Hauptschüler sie nicht erfüllen würden. Man muss sich das einmal vorstellen. Statt endlich Anstrengungen zu machen, die Zahl der Risikoschüler zu senken und diesen Schülern zu helfen, entscheidet diese Runde gemeinsam, das Niveau des deutschen Hauptschulabschlusses abzusenken, um nicht völlig in die Blamage zu gehen.

(Zuruf von Marino Freistedt CDU)

– Herr Freistedt, nicht alles ist Parteipolitik. Es gibt auch Sachfragen, bei denen ich zutiefst empört bin und vielleicht teilen Sie das.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten als Erstes einmal sagen, ob Sie das richtig oder falsch finden und nicht, welcher Partei man angehört. Wenn es bundesweit so ist, dass der Hauptschulabschluss derartig infrage gestellt wird, dann sollten alle Bildungspolitiker aufschreiben und nicht als Erstes mit dem Finger aufeinander zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will sehr deutlich sagen, dass aus meiner Sicht der Weg der Vergleichsarbeiten und der Standards unerlässlich ist. Wir sind in Hamburg damit konfrontiert, dass viele Eltern glauben, dass das bayrische Abitur viel mehr Wert sei als das hamburgische und ich möchte das endlich vom Tisch haben. Ich möchte auch sicher sein, dass die Eltern wissen, wenn ihr Kind in Billstedt die Mittlere Reife hat, dass dort genauso viel vermittelt wird wie in

Eppendorf. Das muss doch erreicht werden und da kann man nicht an Standards herumfummeln, sondern muss es auf den Weg bringen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der Befund für Hamburg ist eindeutig. Die letzten Jahre waren ein bildungspolitischer Stillstand. Da sehe ich mehr Verantwortung auf der von mir aus rechten Seite des Hauses. Das darf nicht fortgesetzt werden. Wir brauchen dringend den Abbau von Hürden und den Ausbau der individuellen Förderung. Wir müssen uns endlich um die große Gruppe der Risikoschüler kümmern und dafür müssen wir die Idee einer guten Stadtteilschule endlich auf den Weg bringen. Dort haben wir ein Problem, weil wir eine Schulsenatorin haben, der der Begriff der Stadtteilschule nur zögernd über die Lippen kommt. Der Primarschulbegriff geht leichter über die Lippen. Es ist ein Schwerpunkt zu setzen und die PISA-Ergebnisse zeigen noch einmal, dass der Schwerpunkt in Hamburg falsch gelegt wird.

Auch die Ergebnisse am Gymnasium sind unzureichend. Statt die Bedingungen besser zu fördern, weiß eigentlich keiner, wie künftig die Klassen 5 und 6 organisiert werden sollen. Das ist doch erkennbar. Statt die bestehenden Probleme zu lösen, schaffen Sie neue, wo keiner weiß, wie man das regeln soll. Wir können es uns nicht leisten, weitere Jahre durch Nichtstun und falsche Schwerpunkte zu verschenken. Ich will sehr deutlich sagen, weil das in diesen Tagen immer deutlicher wird, dass es für das, was zurzeit in Hamburg an Schulpolitik auf den Weg gebracht wird, keine richtige Mehrheit in der Stadt gibt. Es gibt sie noch nicht einmal in dem Haus. Dieser Teil ist nicht einverstanden. Inzwischen äußern sich täglich CDU-Politiker öffentlich, die sagen, dass der Weg der Primarschule ein falscher Schwerpunkt ist.

(Wilfried Buss SPD: Genau!)

Deshalb möchte ich zum Schluss sagen: Wenn alle etwas für falsch halten, dann sollte man es vielleicht einfach mal lassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Freistedt.

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem bildungspolitischen Rundumschlag, den wir gerade gehört haben und wo zwar gesagt worden ist, dass wir als Bildungspolitiker zusammenarbeiten müssen, aber dann eindeutig der Finger zur CDU zeigte, also nicht das, was demokratischer Anstand wäre, müssen wir einiges klarstellen.

(Marino Freistedt)

(Wilfried Buss SPD: Wer hat denn seit sieben Jahren hier regiert?)

Sie müssen daran denken: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Die jetzt Fünfzehnjährigen sind in den Kindergarten, sind in die Grundschule gegangen, als hier nicht Ole von Beust saß, sondern es war Ihre Regierung, die es versäumt hat, eine Grundlage in den ersten Jahren zu legen.

(Beifall bei der CDU – Thomas Völsch SPD: Lächerlich! – Ingo Egloff SPD: Wann übernehmen Sie eigentlich mal Verantwortung!)

Insofern müssen Sie sich da in die Kritik nehmen lassen. Wenn etwas versäumt worden ist, dann ist es sicherlich die Politik aller hier im Hause vertretenen Parteien und nicht, wie Sie gerade agiert haben.

Ich hatte gehofft, Sie hätten das zu Beginn Ihrer Rede Gesagte tatsächlich ernst gemeint, Frau Ernst, als Sie so nebenbei sagten, eigentlich müssten wir zusammenarbeiten. Nein, meine Damen und Herren, hier ging es darum, eine erfolgreich gestartete Koalition zu beschädigen,

(Wilfried Buss SPD: Wo seid Ihr denn erfolgreich gestartet?)

hier ging es darum, Ihr Süppchen zu kochen mit teilweise falschen Argumenten und darauf werde ich jetzt eingehen.

Wir beschäftigen uns mit Ihrer Großen Anfrage und Sie bemühen sich, den Fraktionen der CDU und GAL Versäumnisse in der Schulpolitik vorzuhalten. Wir haben 2001 die Bildungsbehörde übernommen nach einer sehr langen Zeit der Stagnation unter einer SPD-Regierung.

(Andy Grote SPD: Was haben Sie denn gemacht?)

In den Jahren unserer Bildungsverantwortung haben wir Vieles angepackt und auf den Prüfstand gestellt. Dass solche Prüfungen Zeit in Anspruch nehmen,

(Ingo Egloff SPD: Chaos haben Sie veranstaltet!)

ist uns allen bewusst. Wir haben uns in den vergangenen Jahren einen Instrumentenkasten geschaffen, mit dem jahrzehntelanges, ideologisch geleitetes Schulmanagement endlich in zielführendes Lehren und Lernen für die Hamburger Schülerinnen und Schüler verwandelt wurde. Eine wichtige Tatsache.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Natürlich ist es nicht immer leicht, auf Versäumnisse entsprechend zu reagieren, dass man sofort Ergebnisse und Erfolge sieht. Aber alle mit der Leitung und Verwaltung von Schulen beauftragten Personen wissen, dass wertvolle Reformen in den

letzten Jahren in Hamburg angestoßen wurden und wir vieles verbessert haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns den Problemen in den letzten Jahren gestellt, haben sie angenommen und sie Schritt für Schritt angepackt und das führen wir auch weiter durch.

(Wilfried Buss SPD: Sagen Sie doch mal welche!)

Die umfangreichen Statistiken, die von der SPD-Fraktion vorgelegt oder erfragt wurden – nebenbei unter erheblicher Arbeitsbelastung der Behörde –, zeigen im Endeffekt an den Antworten, auf wie vielen Arbeitsgebieten tatsächlich erfolgreich gearbeitet worden ist. Wir haben Verbesserungen erreicht. Wir haben in der letzten Legislaturperiode Dinge angeschoben, die tatsächlich in den nächsten Jahren wirken und übernommen worden sind. Mit der neuen Koalition haben wir noch zusätzliche Reformanstrengungen unternommen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Doch eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, schafft natürlich das Wühlen in Statistiken nicht: Es erklärt nicht die tatsächlichen Probleme und es gibt auch noch zu wenige Hinweise, wie diese Probleme schnell zu lösen sind.

Wir wissen aus der Vergangenheit, dass die SPD gerne ihre eigene Ratlosigkeit mit Zahlenspielerien zu verdecken trachtet. Doch in der Schulpolitik werden solche Zahlenspiele nicht zu Ergebnissen führen.

(Wilfried Buss SPD: Ach!)

Ergebnisse gewinnt man durch Einbindung der beteiligten Personen und Untersuchungen vor Ort in den Schulen sowie durch anerkannte fachliche Beratungen, die über dem eigenen ideologischen Anspruch stehen. Genau diese Einbindung haben wir mit der Enquete-Kommission zum Beispiel über eine lange Zeit parteiübergreifend gemacht und Untersuchungen finden durch die Schulinspektion – auch von uns eingeführt – in ihrer Rolle als Qualitätsgarant statt.

(Wilfried Buss SPD: Einstimmig!)

– Eben. Sie hatten vor zwei Minuten noch behauptet, da hätte es überhaupt nichts gegeben.

Wir sind mit der Einführung der Stadtteilschule auf dem richtigen Weg.

(Wilfried Buss SPD: Wo denn?)

Die Fragen, die die verschiedenen Schulformen in Hamburg in den letzten Jahren aufgeworfen haben, beantworten wir. Ich erinnere daran: Schülerinnen und Schüler – so haben wir beschlossen – erhalten mehr Chancen zu höher qualifizierten Abschlüssen. Ich zitiere unsere Senatorin:

(Marino Freistedt)

"Talente werden, wo immer es geht, gefördert und gefordert."

Eine ganz wichtige Sache.

Durch die Abschaffung der Hauptschulen und die geplante Verlängerung der Phase des gemeinsamen Lernens werden wir die Unterschiede, die unser Bildungssystem bisher nicht beseitigt hat, beseitigen. Wir werden mehr Chancengerechtigkeit für die Hamburger Schülerinnen und Schüler herstellen. Auch die Senkung der Klassenfrequenzen in den KESS-1- und KESS-2-Gebieten bekämpft genau das System, welches Sie eben angeprangert haben, nämlich die hohe Rate an Schulabbrechern in Problembezirken.

Während Sie noch bei der Diagnose sind, haben wir bereits mit dem Kurieren begonnen. Die Schwächen des Hamburger Schulsystems – seit Jahrzehnten begleiten sie uns – sind von uns in den letzten Jahren systematisch und ohne ideologische Vorbehalte analysiert worden und werden jetzt beseitigt und dies – und das ist das Interessante – in einem Prozess mit allen Beteiligten. Viele Antworten auf Fragen, die Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten von der SPD, gestellt haben, haben wir schon vor einem Jahr gefunden.

(Wilfried Buss SPD: Welche denn?)

Anscheinend waren Sie damals – das geschieht ja häufig – mit innerparteilichen Auseinandersetzungen so belastet und haben vergessen, was wir gemeinsam in der Enquete-Kommission erarbeitet haben.

(Beifall bei der CDU)

Es sind fünf Bereiche: PISA-Risikogruppen senken – wir haben die Schritte unternommen, Hebung des Bildungsniveaus, Qualität von Schule verbessern, Bildungsfinanzierungen überprüfen. Wir stellen auch wesentlich mehr Geld ein und zu guter Letzt die Vielseitigkeit des Hamburger Schulsystems zu reduzieren. Im Endeffekt haben Sie inhaltlich auch dazu Ja gesagt.

Meine Damen und Herren von der SPD, vielleicht dürfte auch Ihnen aufgefallen sein, dass sowohl der alte als auch der von Ole von Beust neu geführte Senat genau an diesen Themen arbeitet. Die Antworten auf die Probleme werden seit einhalb Jahren umgesetzt.

Zum Thema Sitzenbleiben: Wir haben natürlich die Maßnahmen getroffen, damit an einigen ausgewählten Schulen überlegt wird, wie man das gerecht gestalten kann und wie man, ohne dass zusätzlich neue Reformen übergestülpt werden, das Sitzenbleiben abschaffen kann. Dazu brauchen wir aber Erfahrungen. Wir haben in diesem Bereich Fördermaßnahmen eingesetzt und sie greifen. Wir werden diesen Weg konsequent weiter beschreiten.

Wenn man Ihre Große Anfrage liest, könnte man meinen, Sie wären in den letzten eineinhalb Jahren in einen Dornröschenschlaf versunken. Aber wir müssen gar nicht in die Geschichte gehen. Angesichts Ihrer inneren Zerstrittenheit kann ich den Sinn Ihrer Großen Anfrage nur als Kitt für parteiinterne schulische Grabenkämpfe sehen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie stellen Suggestivfragen. Das kann jeder politische Neuling. Aber eindeutig Stellung zu Lösungsansätzen zu nehmen, das scheinen Sie sich nicht zu trauen.

(Ingo Egloff SPD: Wie steht denn Ihre Partei zur Primarschule?)

Sie erfüllen Ihre eigenen Erwartungen nicht. Hatten Sie sich nicht vorgenommen, eine konstruktive Opposition zu betreiben? Wir sehen stattdessen, dass Sie einem Entwicklungsprozess der regionalen Schulentwicklungskonferenzen ständig vorgreifen wollen und so den demokratischen Beteiligungsprozess ad absurdum führen.

(Wilfried Buss SPD: Was ist denn daran demokratisch?)

Nun haben Sie durch Ihre Große Anfrage wertvolle Ressourcen gebunden, obwohl wir doch den Befund und Ihre Kritik, die wir in vielen Dingen teilen, schon vor eineinhalb Jahren festgestellt haben. Der Unterschied zu uns besteht darin, dass wir die Zeit in den letzten Monaten genutzt und die Weichen gestellt haben. Sie hingegen sind im Damals stehengeblieben und betrachten immer noch die alten Gleise. Wenn Sie heute die PISA-Reform kritisieren, dann sei Ihnen gesagt: PISA 2006-E hat für Hamburg auch Verbesserungen gezeigt. Sie müssen es genau lesen. Sie reichen uns nicht aus, aber es sind Verbesserungen. Lesen Sie bitte den genauen Befund. Zunächst sei allerdings noch auf die schlechte Vergleichbarkeit von Stadtstaaten und Flächenstaaten hingewiesen.

(Wilfried Buss SPD: Ausreden!)

Dazu brauche ich nichts zu sagen, denn Ihr Parteifreund Zöllner in Berlin hat in den letzten Tagen mehrere Interviews dazu gegeben und das können wir verstehen. Wenn Sie dem Parteifreund Zöllner nicht glauben, dann können wir Ihnen auch nicht helfen.

(Michael Neumann SPD: Können Sie sowie-so nicht!)

Sie können sich vorstellen, dass wir uns als CDU natürlich nicht nur auf Zöllner verlassen, aber wir wissen, dass die Faktoren, die zu dem Ergebnis geführt haben, von uns auch weiterhin bearbeitet werden. Ich habe eben schon gesagt, dass wir mit den Ergebnissen nicht zufrieden sind. Aber mit der Abschaffung der Hauptschule – das haben wir gemeinsam gemacht –, mit der Einführung des zwei-

(Marino Freistedt)

gliedrigen Schulsystems, von dem Sie eben auch gesprochen haben, mit der Verkleinerung von Grundschulklassen in sozialen Problemstadtteilen haben wir die richtigen Maßnahmen eingeleitet. Für ganz Deutschland ist es erfreulich, dass sich die Leistungsergebnisse der Gymnasien in dieser PISA-Studie nochmals verbessert haben. Daraus leiten wir den Anspruch ab, weiterhin in Hamburg leistungsfähige Gymnasien, aber auch leistungsfähige Schüler in allen Schulformen mit ihren Neigungen, Talenten, Hoffnungen und Erwartungen zu fördern. Den Eltern können wir sagen, dass wir uns weiterhin für Schulqualität einsetzen.

(Wilfried Buss SPD: Das merken die nur nicht!)

Ich hoffe, wenn Sie die Große Anfrage gut gelesen haben, dass sich die SPD jetzt genug in Zahlen gewälzt hat und wieder als konstruktiver Gesprächspartner für den schon lange von uns eingeleiteten Reformprozess des Hamburger Schulsystems zur Verfügung steht.

Der Erste Bürgermeister, Ole von Beust, Christa Goetsch, die Schulsenatorin, die CDU und die GAL,

*(Michael Neumann SPD: Und der liebe Gott!
– Wilfried Buss SPD: Und Marino Freistedt!)*

sind Garanten für eine kluge und erfolgversprechende Gestaltung und Verbesserung des Hamburger Schulsystems. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Leider ist es so, dass wir nach wie vor noch zu viele Hürden im Hamburger Schulsystem haben. Darüber sind wir uns, glaube ich, auch einig. Das hat die Antwort auf die Große Anfrage der SPD gezeigt und das zeigen auch die gerade erschienenen PISA-Ergebnisse. Der Anteil der Jugendlichen, die an ihren Lesekompetenzen scheitern, ist in Deutschland erschreckend hoch und am höchsten leider bei uns in Hamburg.

Was wir nicht genau wissen, ist, wie es mit der Lesekompetenz der Eltern aussieht.

(Wilfried Buss SPD: Und der CDU!)

Doch die Vermutung liegt nahe, dass es hier teilweise auch nicht besser aussieht, denn der Zusammenhang zwischen schulischem Erfolg und sozialer Herkunft ist noch immer hoch.

Angesichts dieser mangelnden Lesekompetenzen ist ein Schulsystem, das sich mit derart komplizierten Grafiken, wie zum Beispiel der Grafik aus dem Elternratgeber "Den richtigen Weg wählen" darstel-

len lässt, eines, das für viele Beteiligte undurchschaubar und unverständlich bleibt. Ein so wenig verständliches Schulsystem mit seiner Vielgliedrigkeit baut zwischen den verschiedenen Schulformen zu viele Hürden auf. Auf der Suche nach dem richtigen Weg für das jeweilige Schulkind bleiben logischerweise diejenigen hängen, die diese Komplexität nicht durchschauen.

Diese Komplexität des Schulsystems führt zu einem ersten großen Hindernis. Welches der richtige Weg für die Schullaufbahn ist, ist für viele nicht erkennbar. Die zweite große Hürde in diesem komplexen System belegt die Antwort auf die Große Anfrage. Deutlich mehr Schülerinnen und Schüler werden von weiterführenden Schulformen nach unten durchgereicht. Den umgekehrten Weg zu weiterführenden Schulen finden dagegen nur wenige. Ich glaube, in der Analyse des Ist-Zustandes, sind wir uns alle einig.

(Wilfried Buss SPD: Nee, Herr Freistedt nicht!)

Aus diesem Grund sind wir es Hamburgs Kindern und Jugendlichen schuldig, das Schulsystem drastisch zu vereinfachen. Mit den beiden künftigen Säulen Gymnasium oder Stadtteilschule steht allen Schülerinnen und Schülern der direkte Weg zum höchstmöglichen Schulabschluss offen. Einen Weg, der die Schullaufbahn in eine Sackgasse führt, soll es dann nicht mehr geben.

Ein zweiter wichtiger Schritt unserer gemeinsamen Bemühungen ist die Verlängerung des gemeinsamen Lernens. Dieses hat zunächst einen wichtigen Vorteil. Der Zeitpunkt des Übergangs auf die weiterführende Schule verschiebt sich. Wir wissen heute, dass die spätere Leistungsentwicklung der Kinder in der vierten Klasse nicht sicher zu diagnostizieren ist.

(Wilfried Buss SPD: In der sechsten Klasse auch nicht!)

Diese Unsicherheit führt dazu, dass sich die Übertrittsempfehlungen zu häufig an sozialen Kriterien orientieren. Auch das ist eine Hürde im Schulsystem. Leider zeigen Untersuchungen auch, dass die Eltern diese Orientierung an der sozialen Herkunft noch verstärken. Am Ende haben wir dadurch – auch das belegen die jüngsten PISA-Ergebnisse wieder – eine erstaunliche Bandbreite an Leistungen in jeder Schulform und dabei auch bemerkenswerte Überlappungen zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium sowie all den anderen Schulformen.

Indem wir den Übertritt auf die weiterführende Schulform um zwei Jahre nach hinten verlegen, ermöglichen wir einen längeren Beobachtungszeitraum, um eine sichere Prognose für den weiteren Werdegang des Kindes zu ermöglichen. Parallel dazu nimmt das Zwei-Säulen-Modell der Empfehlung dann die Dramatik. Es geht nicht mehr um die

(Michael Gwosdz)

Frage, ob das Kind abiturfähig ist oder nicht, sondern nur noch darum, welche der beiden Wege passend für das Kind ist. Längeres gemeinsames Lernen führt damit zu mehr Gerechtigkeit und baut Hürden ab.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Doch natürlich gibt es nicht nur Hürden zwischen den Schulformen, sondern auch innerhalb der Schulen selbst und darauf fokussiert die Anfrage unter anderem auch. Ein wesentliches Problem dabei ist das Sitzenbleiben. Die Zahl der Klassenwiederholungen betrug auch im letzten Schuljahr über 4000 Fälle. Das weist auf einen fahrlässigen Umgang mit Ressourcen hin, sowohl mit finanziellen, aber auch mit der Ressource Zeit. "Verschwende deine Jugend" hieß ein Song der frühen Achtzigerjahre. Aber die Jugend zu verschwenden durch erzwungenes Sitzenbleiben war sicherlich nicht gemeint. Klassenwiederholungen resultieren aus der Vorstellung, es gebe ein Standardtempo des Lernens. Doch ein solches Standardtempo stellt keinen Wert an sich dar. Es darf nicht über jahrgangsweise Wiederholung von Schulzeit durchgesetzt werden, zumal dies – auch das wissen wir – kaum Erfolge zeigt. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler werden aus dem vertrauten Umfeld des Klassenverbandes gerissen, müssen oft das wiederholen, was sie bereits können, erfahren in ihren Schwächen keine individuelle Förderung und machen daher kaum noch Lernfortschritte. Daher gilt es – und da sind wir uns ebenfalls einig –, die Gestaltung wie die Nutzung des schulischen Angebotes zu individualisieren. Dadurch wird eine gleichzeitige Beschleunigung beziehungsweise Verlangsamung von Lernprozessen ermöglicht, während die Zahl der Klassenwiederholungen reduziert wird. Genau dieses Ziel streben wir gemeinsam mit der Reform des Unterrichts an. Es ist weitaus sinnvoller, die Zeit der Kinder und Jugendlichen, aber auch die Haushaltsmittel für individuelle Förderung als für Wiederholungen einzusetzen. Zwischen 5000 und 7000 Euro pro Schüler an einer Regelschule kostet ein Jahr Wiederholung. Dieses Geld ist in einer individuellen Förderung weitaus besser angelegt.

(Beifall bei der GAL und bei *Marino Freistedt* und *Alexandra Dinges-Dierig*, beide CDU)

Eine dritte Hürde möchte ich abschließend kurz ansprechen und das ist die Phase der Einschulung, Frau Ernst hat es bereits dargestellt. Es gibt eine Reihe von Kindern, die sich zügiger entwickeln als andere. Auch die Zahl der vorzeitig eingeschulten Kinder ist gestiegen. Das zeigt der Rückblick auf Ihre älteren Anfragen. Dennoch ist das mittlere Alter bei der Einschulung konstant bei ungefähr sechseinhalb Jahren. Daher wird es künftig nicht nur einen, sondern zwei Einschulungstermine in die Primarschule geben.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Damit können Kinder schneller an das schulische Lernen herangeführt werden, wenn sie zum Beispiel den Umgang mit Buchstaben oder Zahlen entdecken und soweit sind, in die Schullaufbahn einzusteigen. Die unnötige Wartezeit, weil das Kind diesen Schritt zum Umgang mit Zahlen und Buchstaben erst kurz nach dem jährlichen Einschulungstermin gemacht hat, wird dadurch verkürzt. Gleichzeitig wird es der jahrgangsübergreifende Unterricht in der Eingangsphase der Primarschule ermöglichen, diese Eingangsphase je nach dem individuellen Förderbedarf in unterschiedlicher Zeit zu durchlaufen. Dieser Schritt erhöht zusammen mit den Maßnahmen im vorschulischen Bereich die Chancen, die unterschiedlichen Voraussetzungen, die Kinder in die Schule mitbringen, anzugleichen. Unser Ziel ist klar: In der Zukunft werden wir nicht mehr von Hürden im Schulsystem sprechen. Es wird keine Hürden mehr geben, zu deren Überwindung die Kinder exzellente Hürdenläufer sein müssen. Das ist natürlich weit in die Zukunft gedacht. Allenfalls – so sollte die Zukunft im Schulsystem aussehen – wird es noch Schwellen geben, aber Schwellen, die die Kinder gerne über treten werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD hat eine sehr umfangreiche Anfrage gestellt und den Fokus auf die Probleme im Hamburger Schulwesen gelegt. Es ist einiges besprochen worden, die hohe Zahl der Klassenwiederholungen mit der mangelnden Durchlässigkeit, die nur in eine Richtung funktioniert, nämlich nach unten und der hohen sozialen Selektivität unseres Schulsystems, was uns vor einigen Tagen wieder bestätigt worden ist.

Herr Freistedt, ich kann nun wirklich an der PISA-E-Studie, die am 18. November erschienen ist, nichts beschönigen, was Hamburg betrifft. Wir sind in allen drei Kompetenzen auf dem vorletzten Platz. Da wäre es fatal zu sagen, an dem Punkt und hinter dem Komma ist noch etwas Positives.

(Beifall bei der LINKEN)

Die gesamte Anfrage betrifft natürlich die komplexe Situation im Schulsystem. Das geht schon über Jahre und Jahrzehnte, aber jetzt befindet sich das Schulsystem in Hamburg in besonderer Unruhe, es sollen Dinge auf den Weg gebracht werden. Ich persönlich glaube nicht daran, dass das Zwei-Säulen-Modell und der Einstieg in die Primarschule problemlos gehen wird und die Ursache dafür liegt in der Koalition und weniger woanders. Deshalb

(Dora Heyenn)

möchte ich auf Herrn Beuß zurückkommen. Der würde jetzt bestimmt sagen, man sollte nicht über ungelegte Eier reden.

Insofern möchte ich mich auf einen Problembereich im Hamburger Schulsystem beschränken, der ein bisschen geglättet wurde und in der Öffentlichkeit anders wahrgenommen worden ist, als es tatsächlich praktiziert wird. Wir haben, gleich nachdem die Koalition gestartet ist, gemeinsam beschlossen, dass es die isolierte Hauptschule nicht mehr geben soll. Sechs Wochen später habe ich dann im Amtsblatt die Ausführungsverordnung zur Abschaffung der isolierten Hauptschule gelesen. Ich bin ganz sicher, dass viele in der Stadt glauben, dass es die Hauptschule ab Klasse sieben nicht mehr gibt und das ist ein grundlegender Irrtum. Ich habe mir die Ausführungsbestimmungen durchgelesen und danach sieht es so aus, dass es im Januar bei den Zeugniskonferenzen dann eben H-Noten und R-Noten geben wird und die Schüler, die überwiegend H-Noten bekommen, bekommen zum Halbjahr entweder ein Hauptschulzeugnis oder ein Realschulzeugnis, sodass die Vorstellung, die Hauptschule sei abgeschafft, leider überhaupt nicht zutrifft und es nach wie vor auch Hauptschüler gibt. In dieser Ausführungsverordnung ist auch vorgesehen, dass Schülerinnen oder Schüler, die überwiegend H-Noten haben, nach der neunten Klasse wieder mit einem Hauptschulzeugnis abgehen. Das heißt, die Stigmatisierung, Hauptschüler zu sein und keine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben, ist leider überhaupt nicht abgeschafft.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe allerdings auch mit Interesse vernommen, dass es in der Schulbehörde ein Papier gibt, das genau an diesem Punkt ansetzt, wenn ich das richtig sehe, und man genau das abschaffen will, um einheitliche Abschlüsse zu bekommen und diese Stigmatisierung abzuschaffen. Uns von der LINKEN ist ganz wichtig, dass man, wenn man schon die Hauptschule abschafft, ob nun isoliert oder nicht, das auch mit Inhalten füllt, dass man einen einheitlichen Abschluss findet und deshalb alle Schüler zehn Jahre in die Schule gehen und man nicht junge Leute auf den Arbeitsmarkt schickt, wo sie absolut keine Chance haben.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal daran erinnern, dass wir auch noch reguläre Hauptschulklassen haben und die wahrscheinlich in eine ganz schwierige Situation kommen werden. Es sind besondere Förder- und Begleitungsmaßnahmen erforderlich, damit die auch wirklich Chancen auf einen Start ins Leben haben. Wir haben noch gerade ein Dreivierteljahr Zeit, um da wirklich etwas zu tun.

Unser Anliegen ist, dass genau an dieser Stelle – die höchste soziale Auslese findet bei den Hauptschülern statt, das sind noch 9 Prozent aller Schüler – verstärkt versucht wird, genau das Ge-

genteil zu machen, dass sie mehr Chancen bekommen, die Abschlüsse mehr angeglichen werden und die Stigmatisierung aufhört.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir ein paar Vorbemerkungen. Zum einen, Frau Heyenn, sind wir der KMK verpflichtet und somit müssen weiterhin alle Abschlüsse gegeben sein. Auch in einem integrierten System ist man verpflichtet, einen Hauptschulabschluss zu geben. Die Frage ist natürlich, was man mit dem Hauptschulabschluss noch anstellen kann und was er wert ist.

Zweite Vorbemerkung: Der Bildungsbericht ist in Arbeit, er kommt wie gefordert, auch, um eine Fortschreibung der Schulentwicklung in Hamburg zu haben.

Dann finde ich es sehr spannend, dass ein kleiner Kampf zwischen den A- und B-Ländern entbrannt ist. Ich könnte mich jetzt als C-Land hinstellen, aber es bringt nichts, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, denn wenn ich mir das aus neutraler Sicht anschau, dann gab es sicherlich in den Neunzigerjahren Entscheidungen, die wegbereitend waren – das muss man an dieser Stelle sagen – und die alle anderen Bundesländer nachgemacht haben. Das ist die Einführung der verlässlichen Halbtagsgrundschule gewesen, in deren Genuss leider nur ein Viertel der Fünfzehnjährigen, die jetzt getestet wurden, gekommen sind. In Hamburg ist in den Neunzigerjahren durch Frau Raab die empirische Wende eingeleitet worden; auch das war ein wichtiger Schritt. Als Rot-Grün gemeinsam regiert hat, wurde aber versäumt, zum Beispiel Deutsch als Zweitsprache verbindlich in den Schulen zu unterrichten. Das ist erst in den letzten zwei Jahren gemacht worden.

Ich könnte jetzt viele Dinge aufzählen, die gemacht wurden und nicht gemacht wurden, die einen zu spät, die anderen nicht verbindlich. Wir konnten damals zum Beispiel die Hauptschule nicht gemeinsam abschaffen; das war vor zehn Jahren nicht möglich, obwohl wir Grüne es wollten. Dafür haben wir zehn Jahre länger gebraucht. Ich könnte eine Stunde darüber referieren, das werde ich jetzt aber nicht tun, sondern auf die Große Anfrage eingehen.

Es gibt nichts schönzureden, es gibt auch nichts bei PISA-E schönzureden, weil wir wirklich dramatische Ergebnisse haben und wir uns natürlich in der Analyse fragen müssen, wo gezielt weiter gearbeitet werden muss mit den Maßnahmen, die wir zum Teil eingeleitet haben. Das Beste wäre natür-

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

lich, da jedes Kind ein Unikat ist, 220 000 Schulen in Hamburg zu bauen, um jedem Kind gerecht zu werden. Wir müssen aber den anderen Weg gehen und die Schulen so gestalten, dass diese Hürden abgebaut werden und die Abschlüsse so lange wie möglich offengehalten werden, ohne dass die Kinder zu früh abgeschult oder sortiert werden. Jeder von Ihnen, der Kinder hat, weiß, dass es Kinder gibt, die mit acht Jahren durchstarten, dann in der Pubertät einen Hänger haben und schließlich das Abitur mit Bravour machen. Andere quälen sich vielleicht durch die Grundschule und werden später Klassenprimus; es sind unterschiedliche Entwicklungen.

Wir wollen mit den sechs Jahren gemeinsamen Lernens diese Hürden abbauen und gehen zwei Wege. Ich nehme mit Freude das Wort Stadtteilschule in den Mund. Wir wollen über zwei Wege zum Abitur führen und diese Stadtteilschule wird hervorragend ausgestattet sein, weil wir sie sonst nicht in der Form durchführen können und sie nicht angewählt wird. Am Rahmenkonzept wird zurzeit gearbeitet und es muss der Weg offen bleiben für alle Kinder, egal in welches Elternhaus ein Kind hineingeboren wurde. Ich bin überrascht, dass da kein Applaus kommt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich bin wirklich überrascht, da müsste vom ganzen Haus Applaus kommen, denn der Skandal ist, dass wir es immer noch nicht schaffen, die Spreizung zwischen sozialer oder kultureller Herkunft zu überwinden. Das ist das Drama, das geht uns alle an und damit haben wir alle etwas zu tun, egal, wann wir wo regiert haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die PISA-E-Studie macht deutlich, dass Kinder, deren Eltern über weniger Einkommen verfügen, deren Eltern eine schlechtere Schulausbildung oder Ausbildung haben oder Eltern aus bildungsfernen Milieus systematisch in unserem System an den Rand gedrängt werden. Sie sind es, die an den Hürden scheitern, sie scheitern nicht an der Schule, sondern sie werden durch die Schule an den Rand gedrängt, weil die Schule es nicht schafft; ich komme im Einzelnen noch darauf zurück. Es geht darum, diesen Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Hintergrund und Schulleistungen endlich aufzulösen.

Ich komme noch einmal zu den Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Wie Sie alle wissen, habe ich dieses Anliegen nicht erst jetzt als Schulsenatorin, sondern seit 30 Jahren. Hier ist die Analyse von Frau Ernst richtig – das war vor 20 Jahren übrigens genauso und das ist das Schlimme –, dass überproportional Kinder mit Migrationshintergrund in die Förderschulen gesteckt werden, und zwar nicht, weil sie dümmer sind oder Lernbehinderungen haben, sondern weil die Kollegen und Kolle-

ginnen in den Grundschulen sie dahin abschieben, da sie nicht die Sprache beherrschen, und das ist eine Schande.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Da muss in den Köpfen etwas anderes passieren neben der vielen Fortbildung, die schon stattfindet; an diesem Punkt müssen wir ansetzen. Die jetzt getesteten Fünfzehnjährigen kamen nicht in den Genuss einer konsequenten Sprachförderung, die nach der Viereinhalbjährigenuntersuchung nun stattfindet. Sie haben keine Sprachcamps erlebt und viele andere Dinge nicht, die erst seit einigen Jahren systematisch und verbindlich gemacht werden.

Es kommt noch ein anderer Punkt hinzu, an dem mir sehr gelegen ist und den wir nur schaffen, wenn wir gemeinsam die Ausbildung an der Universität verändern. Es kann nicht angehen, dass Lehrer und Lehrerinnen, die immer mit Kindern aus Einwanderungsfamilien zusammenkommen, nicht verbindlich und verpflichtend während ihres Universitätsstudiums den Umgang mit sozialer, kultureller und Leistungsheterogenität lernen müssen, und zwar verpflichtend und nicht fakultativ. Das müssen wir bei aller Autonomie der Hochschule gemeinsam durchsetzen, auch gemeinsam mit der Wissenschaftsbehörde. Es darf nicht heißen, ich mache das einmal oder als Chemielehrer habe ich doch mit Migrantenkindern nichts zu tun. Das kann und darf in Zukunft nicht mehr sein und daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Fachunterricht ist Sprachunterricht und das heißt, dass Deutsch als Zweitsprache in der Methodik und Didaktik nicht nur für Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer etwas ist, sondern für jeden Lehrer und auch in der Lehrerfortbildung. In unserer Fortbildungs-offensive individualisierter Unterricht wird das eine zentrale Querschnittsaufgabe sein. Alle Fächer müssen durchforsten, inwieweit sie in der Lage sind, nicht nur auf verschiedenen Leistungsniveaus Kompetenzstufen anzubieten, sondern auch dieses Thema zu behandeln.

Ich will noch einmal zur sozialen Situation kommen. Die PISA-E-Studie zeigt deutlich, dass sich in Hamburg soziale und mit ihnen leistungsbezogene Probleme kleinräumig in bestimmten Stadtregionen konzentrieren. Das wiederum schafft dann für einzelne Schulen extrem schwierige Bedingungen für erfolgreiches Unterrichten. Verschärft wird die Situation noch dadurch, dass in der Region die Schüler auf verschiedene Schulen verteilt werden und dann kommt dieser Effekt der Restgruppenbildung. Insofern kommt zu der räumlichen Trennung noch eine schulformbezogene soziale Aufteilung und deshalb ist es so wichtig, die Schulstrukturen zu vereinfachen und die Vielgliedrigkeit zu reduzieren. Herr Gwosdz hat eben diese Übersicht hoch-

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

gehalten. Wenn man das liest und nicht im pädagogischen Dschungel drin ist, dann kann man nur sagen, um Gottes willen, was haben wir hier für eine Vielgliedrigkeit, eine Zergliedertheit. Das haben wir auch gemeinsam in der Enquete-Kommission festgestellt.

Ich möchte aber noch eine andere Hürde ansprechen, nämlich den Übergang in die weiterführenden Schulen. Er muss neu gestaltet werden, das heißt, es muss bei den Entscheidungen nach der sechsten Klasse auch diagnostisch professionell eine bessere Beratung stattfinden, um eine höhere prognostische Validität zu erreichen. Wir müssen uns neben den Strukturfragen von der Illusion verabschieden, homogene Lerngruppen bilden zu können. Wir brauchen einen Unterricht, der individualisiert und den Schülern ein Lernen ermöglicht, wo es nicht darum geht, das man sozusagen auswendig lernt, sondern wir brauchen einen kompetenzorientierten Unterricht, der durch unseren Schulversuch – 54 Schulen machen ihn mit – gestartet wird.

Dann komme ich noch einmal zum Sitzenbleiben. Frau Ernst hat es sehr deutlich gesagt und über diesen Punkt reden wir seit vielen Jahren. Sitzenbleiben ist pädagogisch höchst fragwürdig und nur Deutschland hat diese hohe Sitzenbleiberquote im europäischen Vergleich. Wir wissen, dass Wiederholer, die die Klasse zum zweiten Mal machen, praktisch nichts dazulernen und es ist noch immens teuer dazu. Wir könnten Hunderte von Lehrern dafür einsetzen, individuell zu fördern, als Wiederholer zu unterrichten. Und noch ein weiterer Aspekt hierzu: Die Hürde könnte beseitigt werden, wenn wir viel mehr jahrgangsübergreifende Lerngruppen bilden, dann gibt es das Phänomen des Wiederholens überhaupt nicht mehr.

Dann noch eine Ergänzung zur Frühförderung. Frau Ernst, Sie haben nur die Spätestentwickler, die Spätestingeschulten erwähnt. Wir müssen aber dazu sagen, dass auch 13,4 Prozent der Hamburger Kinder vorzeitig eingeschult werden und das ist auch richtig so, weil man die Schnellen und Frühen nicht bremsen sollte. Die vorzeitige Einschulung, die damals große Aufregung erregt hat, hat übrigens Rot-Grün 1998 eingeführt. Man muss dann auch genau hingucken und wir müssen das für alle Kinder, je nach ihrer Entwicklung, entsprechend gestalten; Herr Gwosdz hat schon von der flexiblen Eingangsstufe gesprochen. Also unter dem Strich: Wir brauchen hier nichts schönzureden.

Nebenbei bemerkt werden wir uns vielleicht im Schulausschuss noch in den Details mit PISA-E auseinandersetzen. Die Gymnasien in Hamburg schneiden miserabel ab, sie stehen auf dem drittletzten Platz. Also wir können überhaupt nichts schönreden,

(Wilfried Buss SPD: Macht Herr Freistedt aber!)

wir müssen uns an allen Stellen anstrengen. Wir schaffen es auch nicht, die Spitzen genug zu fordern; auch da haben wir zu tun. Man würde salopp sagen, wir packen es an und unsere Schulreform bietet dazu gute Möglichkeiten, eine Qualitätsoffensive, Fortbildung und eben nicht das frühe Ausortieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Buss.

Wilfried Buss SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Gwosdz, vielen Dank auch Frau Senatorin für diese ehrlichen Sätze, die sich als Konsequenz sowohl aus der Großen Anfrage unserer Fraktion als auch aus den Ergebnissen der PISA-E-Studie ergeben. Wir haben gerade von der Senatorin gehört, Herr Freistedt, dass da nichts schönzureden sei. Sie werfen uns vor, wir wühlten nur in Statistiken herum und dann haben Sie selber mit dem Elektronenmikroskop in dieser Statistik herumgewühlt, um irgendwo irgendwas vermeintlich Positives zu finden und haben nichts angeführt. Sie wollen doch mit all dem Getöse, das Sie in Ihrem Beitrag über uns losgelassen haben, nur von der Zerstrittenheit ablenken, die Sie bei diesem Thema in Ihrer Koalition haben,

(Jens Kerstan GAL: Nö, nö!)

denn der Beitrag sowohl von Herrn Gwosdz, den ich zu hundert Prozent unterstreichen kann, als auch der Beitrag der Senatorin haben deutlich gemacht, welchen Nachholbedarf Ihre gesamte Fraktion im Bereich von Bildungspolitik hat und wie zerstritten Sie insgesamt beim Thema Primarschule sind. Da brauche ich nur die Aussage der früheren Senatorin im heutigen "Hamburger Abendblatt" zu zitieren.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum
DIE LINKE)

Wer so aufgestellt ist, kann doch nicht die Verantwortung für Hamburgs Schülerinnen und Schüler und deren Schulerfolg übernehmen und das auch noch für sich reklamieren; das ist nur noch Schönrederei.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn
DIE LINKE)

Dann behaupten Sie auch noch, Sie hätten sich den Problemen in den letzten sieben Jahren gestellt; darüber kann ich nur mühsam lächeln. Schon 2000 hat die damalige rot-grüne Regierung begonnen, sich gerade mit der frühkindlichen Sprachförderung auseinanderzusetzen und diese Sache auf den Weg zu bringen. Dann gab es 2001 und 2002 die entsprechenden Ergebnisse, die die damalige Schulsenatorin Rosemarie Raab bezie-

(Wilfried Buss)

hungsweise ihre Nachfolgerin Ute Pape auf den Weg gebracht haben. Die wurden im Schulausschuss vorgestellt und waren die Masterpläne für die HAVAS-Projekte, auf die Sie sich jetzt so stolz zurückziehen und glauben, das war alles toll. Der Anschlag ist damals unter Rot-Grün gelaufen und seitdem verfolgt die SPD dieses Thema der frühkindlichen Bildung ununterbrochen und Sie haben es immer wieder ausgebremst.

(Beifall bei der SPD)

Diese Große Anfrage zeigt erneut, dass sich die Hürde des Sitzenbleibens

(Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: Das heißt Wiederholung!)

überhaupt nicht verändert hat. Die größte Hürde, meine Damen und Herren von der CDU, wird im Übrigen das Beibehalten der Gymnasialempfehlung sein, die jetzt sogar noch verschärft wird. Wir werden bayerische Verhältnisse in der sechsten Klasse haben, wo die Eltern alles daransetzen, dass Ihre Kinder diese verfluchte Gymnasialempfehlung bekommen. Diese Kinder werden reihenweise – da braucht man nur Artikel aus Bayern zu lesen, die sich mit diesem Thema auseinandergesetzt haben – immer wieder das Versagen bescheinigt bekommen, weil sie Erwartungen, die an sie gestellt werden, nicht erfüllen können. Solange Sie damit Kinder beschämen, solange werden Sie an dieser entscheidenden Hürde auch nichts ändern können und es wird immer diese negativen Entwicklungen geben, egal ob Zweigliedrigkeit jetzt auch von Ihrer Seite gesungen wird und damit plötzlich die große Einigkeit am Ende der Enquete-Kommission steht; damals gab es diese ja nicht. Um das hinzubekommen, muss gerade in Ihrer Fraktion und Ihrer Partei ein entscheidender Lernprozess stattfinden und darauf bin ich gespannt. Solange wir solche Reden von Ihnen hören, glaube ich Ihnen nicht, dass Sie weiterentwickelt sind

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

und in der schulpolitischen Liga mitspielen können, wenn es darum geht, Verbesserungen für die Kinder im System herzustellen. Da sind Sie ganz unten und abstiegsbedroht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1226 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung der Drucksache 19/1226 einstimmig an den Schulausschuss überwiesen worden.

Ich rufe Punkt 28 auf, Drucksache 19/1382, Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses: Evaluation der Hamburger Privattheater.

[Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses zum Thema: Evaluation der Hamburger Privattheater (Selbstbefassungsangelegenheit) – Drs 19/1382 –]

Wer wünscht das Wort? Frau Martens, Sie haben das Wort.

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kulturfreunde! Das Gutachten für die Förderrichtlinien der Privattheater liegt uns seit Frühjahr 2008 vor. Das Gutachten ist auf breiter Fläche in der Privattheaterszene selbst gelobt worden und das ist für die Akzeptanz sowohl bei den Fachleuten als auch den Kulturpolitikern besonders wichtig. Es bietet eine gute Grundlage für die Förderstruktur der nächsten vier Jahre und darüber hinaus. An dieser Stelle sollten wir im ganzen Haus ein herzliches Dankeschön an die Gutachter richten.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Ziel dieser Privattheaterevaluation ist es, Kriterien für die Förderungswürdigkeit zu entwickeln und Vorschläge für die Vergabe der Mittel zu unterbreiten. Dieser Kriterienkatalog ist von den Gutachtern in Kooperation mit den Theatern in enger und vor allen Dingen vertrauensvoller Zusammenarbeit entwickelt worden. Dabei kam heraus, dass das Theaterangebot in Hamburg in besonderer Weise auch von der Vielzahl und Vielfalt der privaten Theater geprägt wird. Neben den staatlichen Bühnen existieren rund 30 betriebene Theater mit fester Spielstätte. Diese Theater haben circa 1,6 Millionen Besucher pro Jahr, ein beeindruckender Wirtschaftsfaktor in der Hamburger Kultur.

Mit dem Gutachten als Grundlage reformieren wir die Privattheater in Hamburg wie folgt: Für insgesamt – ich bitte das zu beachten – 26 Theater, vorher zehn Theater, die jetzt institutionell gefördert werden, besteht die Möglichkeit, ihre Konzepte mit verlässlicher staatlicher Unterstützung kontinuierlich über mehrere Jahre weiter zu entwickeln. Besonders wichtig: Vier von diesen Theatern sind Kindertheater. Das heißt, wir schaffen für 87 Prozent der Privattheater Planungssicherheit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die institutionelle Förderung ist an nachvollziehbare qualitative Kriterien gebunden und insofern transparent. Dieser Kriterienkatalog berücksichtigt insbesondere die Umsetzung des inhaltlichen Konzepts, die Akzeptanz des Theaters und die Wirtschaftlichkeit des Theaters. Es sind jetzt 2 Millio-

(Brigitta Martens)

nen Euro mehr im Doppelhaushalt 2009/2010 für die institutionelle Förderung der Privattheater in Form einer zweijährigen oder vierjährigen Förderstruktur vorgesehen. Das heißt auch hier Planungssicherheit für die Theater in der Spielzeit 2009/2010.

Besonders wichtig ist außerdem, dass die Projektmittel in Höhe von 302 000 Euro ebenso wie die Insertionsförderung von 100 000 Euro erhalten bleiben und allen Theatern, auch denen mit zweijähriger Förderung, offenstehen. Die Evaluation zeigt in ihrer ganzheitlichen Betrachtung der Privattheaterlandschaft eine großartige Bestandsaufnahme und bewirkt – das ist besonders wichtig – eine übergreifende Anerkennung der Szene neben den Staatstheatern.

Es gibt auch Theater, die sich nicht richtig beurteilt fühlen. Es wird aber meines Erachtens niemals eine Lösung geben, mit der alle zufrieden sind. Insbesondere beim English Theatre wird es noch Gespräche geben, denn Hamburg braucht ein englischsprachiges Theater. Das Gute an dem Verfahren ist, dass es ein offenes Förderverfahren ist. Anhand der Förderkriterien werden fortwährend Überprüfungen stattfinden können und die Theater können sich für die Projektförderung bewerben.

Die existierende Privattheaterszene in Hamburg ist einmalig. Da werden viele jetzt zu Recht sagen, das wussten wir auch vorher schon. Aber jetzt haben wir es fachlich fundiert schwarz auf weiß. Diese Vielfalt zu erhalten und zu stärken ist unser aller Ziel.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich möchte abschließend aus dem Gutachten zitieren:

"Kreativität braucht einen Schutzraum, der frei ist von Ergebnisorientierung und wirtschaftlicher Berechenbarkeit."

Zitatende.

Meine Damen und Herren! "Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehn", sagt der Theaterdirektor in Goethes Faust. In diesem Sinne.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Oldenburg.

Christel Oldenburg SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir fragen uns, warum die CDU das Thema Evaluation der Hamburger Privattheater hier zur Debatte angemeldet hat. Eine Debatte ist doch eigentlich ein Streitgespräch, in dem der politische Gegner mit Argumenten niedergegungen werden soll. Nach meiner Auffassung begrüßen aber alle Fraktionen in der Bürgerschaft die

Analysen und Empfehlungen des Gutachtens zur Privattheaterevaluation, da gibt es also überhaupt keine Kontroverse. Alle Fraktionen haben sich meines Wissens darüber gefreut, dass Senatorin von Welck beim Finanzsenator 2 Millionen Euro für die Privattheater einsammeln konnte. Insofern scheint es der CDU-Fraktion in erster Linie darum gegangen zu sein, einmal Lob für die Kultursenatorin und ihre Behörde einzuheimsen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Nun gut, wir sind da nicht kleinlich. Wir haben uns vorgenommen, das Gute gut und das Schlechte schlecht zu nennen. Da scheuen wir uns auch nicht zu sagen, dass das Gutachten der Evaluation der Hamburger Privattheater gut geworden ist und ebenso gut finden wir auch die Erhöhung der Mittel für die Theater in der nächsten Spielzeit. Gratulation Frau von Welck!

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen machen. Das Gutachten der Privattheaterevaluation belegt eine vielfältige Privattheaterszene in Hamburg mit mehr als 30 Theatern. Hamburgs Privattheater prägen in vielerlei Hinsicht das kulturelle Leben dieser Stadt. Das Gutachten betont die Bedeutung der Privattheater als wichtigen Faktor für die Lebensqualität in Hamburg. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass 1,6 Millionen Besucher pro Jahr die Theater besuchen.

Voraussetzung für die dauerhafte Förderung der Genannten ist es, dass das Gutachten keine künstlerische Evaluation vorgenommen hat. Zentrale Kriterien waren vielmehr Professionalität, überzeugende Konzepte sowie ein solider Wirtschaftsplan. Hamburg wird seine Attraktivität für die Bürger, die ansässigen Unternehmen und den als Wirtschaftsfaktor immer bedeutender werden Tourismus nur dann wahren können, wenn die Stadt neben dem Erhalt der Staatstheater und der Einrichtung kultureller Großprojekte auch immer für die Existenz der Privattheater Sorge trägt, die sich, gemessen an anderen deutschen Städten, doch wirklich durch eine große Vielfalt auszeichnen.

Theater ist in unserer sich immer schneller verändernden Welt – ich denke da auch an die täglich für viele Bürgerinnen und Bürger immer unübersichtlicher werdende Finanzkrise – ein Diskursraum, der der wachsenden Sprachlosigkeit und Überforderung im Alltag entgegenwirken kann. Theater ist ein Ort, der die Menschen zum Innehalten und zu jenem aufmerksamen distanzierten Zuhören zwingt, durch das Erfahrung überhaupt erst möglich wird, heißt es in dem Gutachten des Soziologen Hartmut Rosa.

Wir begrüßen die Einteilung in eine zwei- und vierjährige Förderung, weil sie sinnvoll ist. Die vierjäh-

(Christel Oldenburg)

rige Förderung bringt mehr Planungssicherheit und stützt bewährte künstlerische und wirtschaftliche Strukturen. Die Zwei-Jahres-Förderung wird für befristete Maßnahmen beziehungsweise als Hilfe zur Selbsthilfe gewährt oder ist als Vorstufe zur Vier-Jahres-Förderung anzusehen. Die zweiteilige Einteilung bringt dann für die Hamburger Privattheater mehr Flexibilität mit sich.

Einen Wermutstropfen haben wir doch noch gefunden. Wir hätten uns gewünscht, dass die Empfehlungen des Gutachtens gerade in finanzieller Hinsicht 1 : 1 umgesetzt worden wären. So fehlen an der ursprünglich empfohlenen Summe rund 157 000 Euro, ein nicht unerheblicher Betrag in einer Theaterlandschaft, in der es auf jeden Cent ankommt.

(Beifall bei der SPD)

Weiterhin wünschen wir uns eine tragfähige Lösung für das English Theatre, die dann auch langfristig wirkt, denn mit den jetzigen Zuwendungen kommt das Theater in der gegenwärtigen Situation nicht zurecht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist gut, dass sich der Senat klar zum Weiterbestand dieses Theaters geäußert hat.

Beim Polittbüro würden wir es begrüßen, wenn es dort weiterhin – wie bereits in der Vergangenheit – Gelder für Werbung oder für Bühnentechnik zusätzlich zur normalen Förderung gibt. Auch ist zu prüfen, ob nicht auch der Engelsaal einmal Projektmittel erhalten könnte, die es ermöglichen, dann auch neue Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal auf ein besonderes Problem aufmerksam machen. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, auf die Bedingungen der Arbeitnehmer in den Privattheatern hinzuweisen. Das Gutachten erkennt, dass in nahezu allen Häusern unbezahlte Proben, niedrige Gagen und ehrenamtliche Tätigkeit der Regelfall sind, sodass man hier durchaus vom Prekariat als Normalfall sprechen muss. Obwohl der Verwaltungsaufwand gering ist und das verfügbare Geld überwiegend in die Kunst fließt, sind die Arbeitsbedingungen und die Verdienstmöglichkeiten im höchsten Maße unzulänglich heißt es in dem Gutachten.

Gerade wenn wir immer wieder von der Bedeutung der Privattheater für die Stadt Hamburg sprechen, sollten wir dieses nicht vergessen. Wir alle in diesem Hause – und damit schließe ich ausdrücklich alle Fraktionen ein – sollten darüber nachdenken, was wir tun könnten, um die finanzielle Situation der an den Hamburger Privattheatern tätigen Menschen zu verbessern. Ein erster winziger Schritt wäre es, wenn noch mehr Menschen zu den Vorstellungen in die Privattheater gehen würden. Die Vielfalt des Repertoires ist groß. Da ist bestimmt

für jeden etwas dabei. Also, meine Damen und Herren, auf ins Theater.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Oldenburg, es bleibt dem Polittbüro und dem Engelsaal unbenommen, sich um Projektmittel zu bewerben. Die sind ja in dieser zweijährigen Förderung und dann steht ihnen dieser Weg offen. Ich hoffe mit Ihnen, dass sie gute Projekte vorweisen und dann in die Förderung kommen.

Ansonsten wundert es wenig, dass ich den Reigen fortsetze und auch für die GAL das Gutachten lobte. Es gibt dazu drei Dinge zu sagen.

Erstens ist es gut, zweitens ist es gut und drittens ist es gut.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist gut, weil die einzigartige Szene, die es in Hamburg gibt, der Schatz an Privattheatern in den Fokus genommen worden ist und weil er hier in einer schönen Art und Weise wertgeschätzt wurde. Das sehen nicht nur wir als Kulturpolitiker, das sehen auch die 1,6 Millionen Besucher so, die jährlich in die Hamburger Privattheater kommen. Die finden das gut und freuen sich. Vom großen Ohnsorg-Theater bis zum kleinen Sprechwerk finden sie in Hamburg – und das ist einzigartig in unserer Stadt – eine lebhafte und lebendige Szene vor.

Zweitens ist es gut, weil die drei Gutachter – Frau Martens hat schon auf sie hingewiesen – Hans-Werner Fehling, Dr. Barbara Müller-Wesemann und Frau Dr. Inge Volk es durch Ihre kluge Herangehensweise geschafft haben, ein Verfahren zu finden, wonach das ambitionierte Ziel des Gutachtens erfüllt werden konnte, nämlich klare Kriterien zu entwickeln und es gleichzeitig zu schaffen, dass sich die Szene nicht gegenseitig kannibalisiert und gegeneinander aufhetzt durch eine solche Evaluation, sondern dass das Miteinander vorangebracht wurde und dort jetzt Kontakte bestehen, die vorher nicht bestanden haben. Das finde ich außerordentlich lobenswert und hervorragend.

Drittens sind die Ergebnisse gut. Wir haben von 2 Millionen Euro Fördersumme gehört. Das ist ein wenig niedriger als das vom Gutachten gefordert wurde. Nichtsdestotrotz sind 2 Millionen Euro eine stattliche Summe und ich finde auch die Struktur wunderbar. Wir haben zum einen Theater, die in die zweijährige Förderung kommen und sich dann noch für Projektmittel bewerben können, und wir

(Dr. Eva Gümbel)

haben Theater, die in die vierjährige Förderung fallen.

Ich möchte noch ein Letztes erwähnen, was mir besonders am Herzen liegt. Ich finde es wunderbar, dass bei den Kinder- und Jugendtheatern die hier geförderten Theater von zwei auf vier aufgestockt worden sind. Das ist eine gute Sache.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fangen wir einmal so an: Ich habe das Gutachten sehr gerne gelesen.

(Heiterkeit bei *Elke Badde SPD* und *Farid Müller GAL*)

Vieles ist gut dargestellt worden. Bestimmte Dinge sind bereits gelobt worden, wo sie gelobt werden sollten. Ich will aber eine andere Lesart einbringen. Was uns das Gutachten gezeigt hat, ist, dass sich in Hamburg eine sehr vitale, differenzierte, spannende und interessante Theaterszene entwickelt hat, und zwar im Wesentlichen ohne Förderung des Hamburger Senats. Vorher sind zehn Theater gefördert worden und insgesamt 26 haben sich zu vitalen Theatern entwickelt, das heißt, der Senat ist eigentlich mit seiner Förderung etwas zu spät gekommen. In gewisser Weise muss man die Bilanz auch so ziehen und auch das Gutachten so lesen, dass die bisherige Kulturpolitik des Senats an dieser Stelle etwas verschlafen war.

Zweitens: Man hat jetzt das Gefühl, es sei alles gesichert und geklärt. Die 2 Millionen Euro Erhöhung, die stattgefunden hat, war existenziell absolut notwendig. Ansonsten – und das wurde uns in dem Gutachten deutlich dargestellt – hätten wir erlebt, dass etliche Theater zusammengebrochen wären und nicht weiter hätten existieren können. Von daher finde ich das Ergebnis, das dabei herausgekommen ist, wunderbar, aber es war auch notwendig, um diese Theaterlandschaft überhaupt erhalten zu können.

Drittens: Die Aufgabe, die die Gutachter bekommen haben, war eigentlich, den Etat nicht zu erhöhen. Das wurde jetzt gar nicht erwähnt. Das Gutachten wurde dahingehend in Auftrag gegeben, dass man sich überlegen sollte, wie man die 4 Millionen Euro, die man bisher zur Verfügung hatte – so steht es jedenfalls im Gutachten –, vernünftig aufteilen kann, dass auch andere Kriterien herangezogen werden. Sehr deutlich und klar haben die Gutachter – und für diesen Mut möchte ich Sie ausdrücklich loben und sagen, dass es mir sehr gut gefallen hat – ausgeführt, dass man nur dann, wenn die Unterstützung jährlich auf 6 Millionen Euro erhöht wird, in der Lage sei, diese Theaterlandschaft existenziell in Hamburg zu erhalten.

Das ist, glaube ich, ein sehr mutiger Schritt gewesen, diesen Konflikt in einem Gutachten deutlich zu machen und die Leidenschaft für das Theater so auszudrücken, dass die Art und Weise, wie wir häufig den Kulturretat der Theaterlandschaft ausstatten, meistens zu gering ist. Auch das haben Sie in diesem Gutachten deutlich, mutig und schön erklärt.

Die letzte Sache – das hat Frau Oldenburg schon ausgeführt – ist leider eine Sache, die wir auch deutlich berücksichtigen müssen. Die Situation derjenigen, die dort beschäftigt sind, und die der gesamten kulturellen Szene in Hamburg ist prekär. Das wurde in diesem Gutachten ebenfalls dargestellt. Es sind sehr schlechte Arbeitsbedingungen. Dort werden Ein-Euro-Jobs eingesetzt, obgleich jeder weiß, dass es nicht erlaubt ist, das zu machen. Weite Bereiche von Proben werden dort nicht bezahlt. Es gibt dort keine Möglichkeiten, zu existieren. Prekariat haben Sie die Situation genannt. Es sind wirklich geringste, jämmerliche Löhne, die dort bezahlt werden. Eine vornehme Aufgabe der Stadt wäre es, sich dieser Situation anzunehmen. Die Gutachter haben dargestellt, dass sich diese Situation nicht noch verschlimmern darf. Wenn die Erhöhung auf 6 Millionen Euro nicht stattfindet, würde sich die Situation noch verschlimmern. Wir müssen gemeinsam feststellen, dass sich die Situation, die die Gutachter geschildert haben, in diesen Theatern immer noch die gleiche ist. Wir sollten es als weitere Aufgabe von Kulturpolitik sehen, die soziale Situation der dort Beschäftigten zu verbessern.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/1382 Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 10, Drucksache 19/1211, Neufassung, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Weiterentwicklung von Arbeitsmarktinstrumenten und Verfahren in Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Weiterentwicklung von Arbeitsmarktinstrumenten und Verfahren in Hamburg
– Drs 19/1211 (Neufassung) –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Badde, Sie haben das Wort.

Elke Badde SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir als SPD betrachten die Arbeitsmarktpolitik als Kernaufgabe

(Elke Badde)

unserer Politik. Andere hier vertretene Parteien sehen ihre Kernkompetenzen eher in anderen Bereichen, wie Ökologie oder Wirtschaft. Gerne würden wir unsere Kompetenz ein wenig weitergeben, indem wir die vorliegende Große Anfrage im Ausschuss debattieren. Dies aber möchten Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Koalition, vermeiden.

Liegt dies vielleicht daran, dass Sie Ihre hehren Ziele aus der Koalitionsvereinbarung noch in weiter Ferne sehen? Allein von hehren Zielen zu sprechen, ist vielleicht auch schon etwas hochgegriffen, denn ganze zwei Seiten ist Ihnen die Arbeitsmarktpolitik im 65-seitigen Koalitionsvertrag wert.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Es kommt nicht immer auf Quantität an!)

Wenn man schon so wenige Vorhaben besitzt, sollten diese doch zielgerecht umgesetzt werden können. Doch nichts dergleichen. Zugesagte Berichte sind noch nicht erstellt, nicht einmal begonnen. Die Antwort des Senats zu unserer Frage hiernach:

"Der Senat hat sich hiermit noch nicht befasst."

Gleiches betrifft die Entwicklung von Standards zu Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die künftige rechtliche Ausgestaltung der ARGE wie insgesamt die Ausrichtung arbeitsmarktpolitischer Programme und Maßnahmen. Immerhin sagt der Senat zu den Programmen, bereits mit Planungen begonnen zu haben. Das klingt vielversprechend. Wäre Nichtstun alleine nicht bereits schlimm genug, trifft es in der Arbeitsmarktpolitik besonders hart. Hier warten Menschen auf ihre Chancen zum Wiedereinstieg in Arbeit und mithin auf Teilnahme am Gemeinschaftsleben. Aber noch schlimmer. Hier werden Millionen des Bundes nicht abgerufen, weil kein Konzept, keine wirksamen Maßnahmen und erst recht keine Qualitätsmessungen abgeschlossener und laufender Maßnahmen existieren. Das ist blamabel.

(Beifall bei der SPD und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Lassen Sie mich auf einige Komplexe eingehen. Die Absenkung der Arbeitsgelegenheiten, der sogenannten Ein-Euro-Jobs war angestrebt. Nicht zuletzt deshalb, weil ihnen ein so schlechtes Zeugnis in Bezug auf dauerhafte Integration ausgestellt wurde. Die Koalition wollte sie auch deshalb absenken, weil der Bund im Rahmen des Job-Perspektive-Programms soviel Geld für die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt hat und dies für die hiesige Arbeitsmarktpolitik ausgenutzt werden sollte. Ist nun die Absenkung bereits in Sicht oder vollzogen? Mitnichten. Es hat sich nichts an der Größenordnung verändert. Dabei ist der Integrationserfolg bei Arbeitsgelegenheiten nicht nur fragwürdig, er ist für

bestimmte Zielgruppen sogar kontraproduktiv vorhanden, indem sie länger vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Dies trifft insbesondere für junge Arbeitnehmer zu, die uns doch so sehr am Herzen liegen.

Dann die berühmte Cluster-Politik. Cluster klingt nicht umsonst wie Kleister.

(Heiterkeit bei Antje Möller GAL)

Hier wird zumindest in Bezug auf Arbeitsmarktpolitik eine Verkleisterungspolitik des Senats betrieben. Ich will auch erklären warum: Weil der Erfolg niemals messbar sein wird. Er soll auch gar nicht messbar gemacht werden. Nicht umsonst bemüht der Senat Formulierungen wie diese: Die Investitionen sollen langfristige Impulse für die Entwicklung von Zukunftsfeldern in der Stadt geben – sehr konkret. Nicht umsonst betont der Senat bei den einzelnen in der Großen Anfrage aufgeführten Projekte die mittelbare Wirkung der Förderung zum Beispiel derart: Die Förderung schafft Wettbewerbsvorteile, Wettbewerbsvorteile schaffen Arbeitsplätze. Dies ist die falsche Logik, meine Damen und Herren. Arbeitsmarktpolitik soll der Arbeitnehmerin und dem Arbeitnehmer zugute kommen, indem sie ihre und seine Chancen am Arbeitsmarkt verbessert.

(Beifall bei der SPD)

Dann soll dies indirekt auch der Wirtschaft zugute kommen, indem sie über ausreichend qualifiziertes Personal verfügt. Das ist die Logik der Arbeitsmarktpolitik und nicht die Zweckentfremdung von Arbeitsmarktmitteln für direkte Wirtschaftsförderung. Dabei soll direkte Wirtschaftsförderung gar nicht abgelehnt werden. Sie darf aber nicht zulasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erfolgen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Daher sollten über Arbeitsmarktmittel nur Qualifizierungsmaßnahmen in sogenannten Clusterbereichen finanziert werden, nicht aber Flächenerweiterung für Kaianlagen und Schaffung von Logistikflächen.

Dann zu den Job-Perspektive-Maßnahmen. Hier werden Millionen vom Bund zur Verfügung gestellt, um bis zu 75 Prozent eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzes zu finanzieren. Hier glaubte nun die Koalition, einen besonderen Coup landen zu können. Für wenig Zusatzmittel aus dem Hamburger Haushalt werden eine Menge Menschen, nämlich 1000, in Vollbeschäftigung gebracht und gleichzeitig wird hiermit Stadtentwicklungspolitik betrieben. Dies ist schon wieder die verkehrte Logik. Stadtteilpolitik kommt dem Stadtteil zugute und kann die Förderung von Arbeitsplätzen im Quartier bedeuten, aber Arbeitsmarktpolitik verfolgt die dauerhafte Integration in

(Elke Badde)

Arbeitsprozesse und die möchten die betroffenen Menschen nicht unbedingt im Quartier leisten.

Der gleiche Irrglaube, der bereits bei den Arbeitsgelegenheiten besteht, setzt sich hier fort. Es ist vermessen anzunehmen, dass ein Arbeitsloser unbedingt vor der eigenen Haustür und vor der des geliebten Nachbarn das Laub fegen möchte, also hier seine Arbeitsgelegenheit finden möchte. Nein, auch hier gilt, eine Verknüpfung mit Stadtteilpolitik ist möglich, aber keinesfalls im großen Umfang erwünscht und zielführend.

Dann dieser Erfolg: Von knapp 1200 Langzeitarbeitslosen im Beschäftigungspool, wie es die team.arbeit.hamburg anführt, sind erst ganze 67 Beschäftigungsverhältnisse im Programm Job-Perspektive zustande gekommen. Fünf Arbeitsverhältnisse sind bei privaten Arbeitgebern entstanden, davon sind zwei noch gemeinnützige Institutionen. Die restlichen 62 sind bei Trägern vergeben worden und bei Trägern sollen auch die übrigen 933 Arbeitsverhältnisse entstehen. Dies kann doch nicht ernsthaft als langfristige Integration in den Arbeitsmarkt verstanden werden.

Die Maßnahme der Job-Perspektive versteht sich als zeitlich befristeter Zuschuss, um schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose tatsächlich in ungeforderte Langzeitarbeit zu bringen. Nur in absoluten Ausnahmefällen soll eine Dauerförderung erfolgen. Welcher Logik bedient sich daher eine Arbeitsmarktpolitik eines schwarz-grünen Senats, der die Maßnahmen der Job-Perspektive erst gar nicht umsetzt, dann fast ausschließlich an Träger vergibt und dann auch noch erkennen muss, dass die Träger die schwierigen Langzeitarbeitslosen zurückweisen. Dieser Senat macht eines: Er beruhigt sein Gewissen, indem er die Bundeszuschüsse abkassiert, dabei aber keinem Langzeitarbeitslosen eine wirkliche Perspektive in dauerhafte, ungeforderte Tätigkeit eröffnet. Will der Senat tatsächlich auf Dauer diese Subventionierung von Arbeitsplätzen anstreben, begründete dies in der Vergangenheit nicht den Vorwurf an die Sozialdemokratie, dauerhafte Förderung des sozialen Friedens wegen? Wieder ein Punkt, wo die Logik der Arbeitsförderung unterlaufen wird.

Es fehlt also an allen Ecken an konsequenten und konzeptionellen Überlegungen, wie Menschen in der Hansestadt in Arbeit gebracht werden können. Dabei müssen wir endlich zu einer ergebnisorientierten Arbeitsmarktpolitik finden. Die Wirtschaft soll die qualifizierten Arbeitskräfte erhalten, die sie braucht. Dann aber in dauerhaften Arbeitsverhältnissen und mit gutem Lohn ausgestattet.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Arbeitnehmer soll eine wirkliche Qualifikation erhalten, hin zu einer dauerhaften, fair bezahlten Arbeit, die ihn ausfüllt und motiviert. Solange Arbeitsgelegenheiten und Gutscheinsysteme den

überwiegenden Anteil der Arbeitsmarktmaßnahmen ausmachen, hat man noch nicht den Weg der Ergebnisorientierung eingeschlagen. Wir Sozialdemokraten haben diesen auch für Arbeitslose bitteren Weg hinter uns gebracht und haben mit den Arbeitsmarktformen den mutigen Weg zur Ergebnisorientierung eingeschlagen. Dies muss auch in der Hamburger Arbeitsmarktpolitik vollzogen werden. Mit den zitierten Allgemeinplätzen und dem fehlenden Mut, nur erwiesene wirksame Maßnahmen fördern zu wollen, ist die Arbeitsmarktpolitik völlig unzureichend aufgestellt und es wird angesichts von Finanzkrise und Rezession wieder enger werden.

Zeigen Sie endlich Mut, meine Damen und Herren von Schwarz-Grün, und verfolgen Sie Maßnahmen, die das Wort Arbeitsförderung auch verdienen. – Vielen Dank.

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Dr. Hochheim.

Dr. Natalie Hochheim CDU:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Zurzeit sind die Zahlen des Hamburger Arbeitsmarktes außerordentlich positiv. Im Oktober konnten wir in Hamburg Arbeitslose abbauen und sogar wieder einmal im Bundesvergleich die meisten sozialversicherungspflichtigen Jobs schaffen. Eine erfreuliche Entwicklung, die auch mit dem wirtschaftsfreundlichen Standort in Hamburg zu tun hat.

Ich würde gerne so weiter reden, aber wir haben eine aktuelle Entwicklung und mich wundert, dass Frau Badde das überhaupt nicht angesprochen hat. Wir haben nämlich Unsicherheiten durch die Krise auf den globalen Finanzmärkten und das muss meines Erachtens nach einen wesentlich stärkeren Raum in der Debatte einnehmen als Sie im letzten Satz unter "ferner liefern" nur angeführt haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben nämlich mit dieser Finanzkrise eine verbundene Konjunkturabschwächung. Wie stark diese ausfallen wird, vermag derzeit keiner zu sagen. Aber es gibt Experten, wie die Wirtschaftsweisen, deren Prognosen für das kommende Jahr nicht gerade hoffnungsvoll stimmen. Sie reden von einem Nullwachstum, einer Rezession. Aber Prognosen sind nur Prognosen. Herr Struck hatte auch interessante Ansichten dazu, der gleich die Wirtschaftsweisen abschaffen wollte und sagte, Prognosen träfen sowieso nie zu.

(Arno Münster SPD: Da hat er auch recht!)

Es ist sicherlich eine interessante These und Theorie. Dennoch, als fürsorgliche Politikerin gehe ich erst einmal vom schlechteren Fall aus. Beim Arbeitsmarkt muss man sich als Politiker erst einmal überlegen, was wäre, wenn. Was wäre, wenn wir

(Dr. Natalie Hochheim)

im nächsten Jahr tatsächlich einen Konjunkturabschwung größeren Ausmaßes hätten? Dann wissen wir alle, dass das auch einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen bedeuten würde. Deshalb ist die Zukunft des Hamburger Arbeitsmarktes maßgeblich von den tatsächlichen Auswirkungen der Finanzkrise abhängig. Aber nicht nur die Zahl der Arbeitslosen insgesamt würde ansteigen. Für uns als Stadtstaat hätte es noch weitreichendere Folgen.

(Arno Münster SPD: Super Optimismus, den Sie hier verbreiten!)

– Optimismus ist gut, Vorsorge ist besser.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir müssen nicht gucken, ob wir eine Veränderung der Hartz-IV-Struktur, der Kundenstruktur erhalten, denn wirtschaftliche Engpässe könnten Arbeitslose, die eigentlich als leicht vermittelbar gelten, ein Jahr später in die Langzeitarbeitslosigkeit drücken. Unsere Eingliederungsmaßnahmenpakete müssen in diesem Fall neu ausgerichtet werden. Dann wäre es nicht mehr eine der zentralen Aufgaben, Frauen und Männer mit schweren Vermittlungshemmnissen an geregelte Arbeit heranzuführen, sondern wir hätten dann auch einen Anteil von Langzeitarbeitslosen mit passablen Abschlüssen.

Vor diesem Hintergrund fordere ich flexible Handlungsspielräume. Die sind gefragt, wenn wir für die Zukunft aufgestellt werden wollen. Ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, das heute erfolgreich ist, kann morgen durch eine veränderte Hartz-IV-Kundenstruktur schon überholt sein. Deshalb ist es geboten, die Kundenstruktur im SGB II permanent im Auge zu behalten und auf diese effizient zu reagieren. Die Maßnahmen müssen sich immer an den Menschen orientieren und nicht umgekehrt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dass eine flexible Herangehensweise Erfolg verspricht, hat in der Vergangenheit schon Dänemark bewiesen. Das oberste Zauberwort heißt dort Flexibilität. Diese hat bei unserem Nachbarn aktuell immerhin zu Vollbeschäftigung geführt.

(Arno Münster SPD: Sie verwechseln Äpfel mit Birnen!)

Gerade zum jetzigen Zeitpunkt mit den unsicheren Zukunftsprognosen wäre es fatal – wie hier gefordert – auf Gedeih und Verderben an dieser oder jener Maßnahme festzuhalten. So glaube ich zum Beispiel auch, dass in absehbarer Zeit die Arbeitsgelegenheiten nur noch in einer geringeren Zahl benötigt werden. Einerseits, weil viele Hartz-IV-Empfänger eine solche bereits mehrfach durchlaufen haben, andererseits aber auch, weil sie für neue SGB-II-Empfänger zur Wiedereingliederung nicht erforderlich sind. Aber auch hier keine Schnellschüsse, denn Langzeitarbeitslosigkeit

kommt immer erst mit einer rund einjährigen Verspätung.

Meine Damen und Herren! Wenn ich im Falle einer Rezession abwägen müsste zwischen konjunkturellen Investitionen und Maßnahmenvielfalt auf der anderen Seite, dann würde ich das Erste wählen, denn bekanntermaßen wird eine starke Sozialpolitik von der erfolgreichen Wirtschaftspolitik getragen. In Anbetracht der aktuellen Situation stellt sich mir deswegen im Moment weniger die Frage, ob es die eine oder andere Arbeitsgelegenheit mehr oder weniger gibt oder im Rahmen der Job-Perspektive noch ein Beschäftigungsverhältnis offen ist.

(Arno Münster SPD: Sondern?)

Im Fokus sollten vielmehr, meine Damen und Herren von der SPD, Konjunkturmaßnahmen stehen, die rasch wirksam und langfristig sinnvoll sind.

(Arno Münster SPD: Nennen Sie doch mal eine!)

Die Sicherung von Arbeitsplätzen ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der CDU)

Was nützt uns die schönste Maßnahmenvielfalt, wenn der Wirtschaftsmotor erheblich stottert? Was nützen zig Millionen Euro in alten, eingefahrenen Eingliederungsverfahren, die wirkungslos verpuffen? Ich erinnere nur an die jahrelangen ABM-Maßnahmen. Die waren teuer und ineffizient zugleich. Was wir brauchen, sind einerseits effiziente Maßnahmen und diese haben wir in Hamburg zweifellos. Beispielhaft möchte ich nur das Kombi-lohnmodell nennen, mit dem wir derzeit 6000 Hamburger in Arbeit bringen. Mit der Job-Perspektive, mit dem Sofortprogramm Ausbildung, dem Hamburger Modell und anderen Programmen bieten wir derzeit für fast 20 000 Arbeitslose Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Das ist eine Menge. Dennoch arbeiten wir weiter mit Hochdruck an der Qualität zur Standardsicherung von Qualifizierungsmaßnahmen, um die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern noch schneller herzustellen und langfristig zu sichern. Andererseits müssen wir weiterhin in die Zukunftsfelder unserer Stadt investieren: In den Hafen- und Logistikbereich, in die Luftfahrt und den IT-Sektor. Hierdurch werden nicht nur vorhandene Arbeitsplätze gesichert, sondern auch neue geschaffen.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL)

Meine Damen und Herren! Beim Arbeitslosengeld II sollten wir statt hektischem Aktionismus, wie Sie es hier walten lassen wollen, lieber Flexibilität favorisieren, denn diese ermöglicht uns auf jegliche Entwicklung des Arbeitsmarktes zu reagieren, statt am tatsächlichen Bedarf vorbeizuplanen. Wer weiß, vielleicht haben Sie recht und die Prognosen

(Dr. Natalie Hochheim)

der Wirtschaftsweisen sind zu pessimistisch. Ich würde es genauso hoffen wie Sie. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk:
Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Das ist eine Debatte zum Thema Arbeitsmarkt, die sich anscheinend aus vielen unterschiedlichen Blickwinkeln entwickelt. Ich würde zunächst gerne bei der Großen Anfrage bleiben, obwohl wir an dieser Stelle – wie Frau Hochheim das gemacht hat – über die Gefahren durch die Veränderung der Wirtschaftslage, Rezession, Finanzkrise und so weiter reden könnten.

Die Antworten auf die Große Anfrage der SPD haben ein paar Dinge deutlich gemacht haben, die wir nicht vergessen, sondern weiterverfolgen sollten. Den Schlusssatz von Frau Badde, es würde wieder enger werden, müssen wir an den Beginn jeder Rede und jedes Projekts und jeder Initiative stellen. Wir müssen uns aber auch nicht verstecken bei dem, was wir für den Arbeitsmarkt verabredet haben.

Die Umsteuerung von einem Drittel der Arbeitsmarktmittel in die Quartiere dient nicht dazu, Frau Badde, dass Leute stigmatisiert werden und sozusagen mit dem Besen vor der Haustür des Nachbarn kehren müssen, sondern nimmt genau das auf, was sich in allen Großstädten in den letzten Jahren entwickelt hat, nämlich die zunehmende Notwendigkeit, innerhalb der Quartiere Menschen einerseits in Arbeit zu bringen aber auch Maßnahmen und Kosten, die der Staat so einfach nicht mehr leisten kann, realisiert zu bekommen, das heißt also übers Quartiersmanagement und über das Engagement im Quartier soziale Situationen, ökologische Situationen und Bildungsnotwendigkeiten in den Quartieren voranzubringen. Dafür brauchen wir die Menschen, die dort wohnen und im Übrigen auch ein großes Interesse haben, sich in ihrem Quartier zu engagieren. In diesem Bereich ist allerdings wirklich noch nicht sehr viel in Gang gekommen, da gebe ich Ihnen recht.

Gerade die Tatsache, dass die Abstimmungsverfahren, die Abstimmungsgespräche zwischen der ARGE und der BWA und der Zeitraum zwischen der Entscheidung nach einem Interessenbekundungsverfahren und der tatsächlichen Umsetzung in konkrete Jobs vor Ort so lange dauern und sich mehrere Monate hinziehen, ist genau das Problem, an das wir herangehen müssen. Sie mögen recht haben, dass wir nur anderthalb Seiten im Koaliti-

onsvertrag zu diesem Thema haben, aber es sind fast 50 Stichworte, die das beschreiben, was wir verändern wollen. Dazu gehört auch vieles an Qualitätsverbesserung und Effizienz der Arbeit im Bereich der ARGE. Das ist ein – vorsichtig gesagt – ziemlich dickes Brett, das wir bohren wollen. Da kann man nach acht Monaten noch nicht viel sehen, da gebe ich Ihnen recht. Gerade deswegen, weil der Senat auch sehr deutlich sagt, dass er bei vielen Punkten, die die Koalition beschlossen hat, noch im Gespräch mit der team.arbeit und im eigenen Haus ist, macht es wenig Sinn, Ihre Große Anfrage jetzt im Ausschuss zu besprechen. Es gibt einfach noch keine Antworten.

Es gibt ganz viel Rückgewandtes, was Sie abgefragt haben, das ist aber zugegebenermaßen gerade nicht das, worauf wir als Koalition jetzt den Fokus haben. Ich möchte die Ergebnisse der Verabredungen aus dem Koalitionsvertrag haben. Ich möchte sehen, wo die tausend 16a-Stellen landen und wie sie wirken. Ich möchte auch sehen, wie sich die Quartiere dadurch verändern, dass sich direkt vor Ort Arbeitsgelegenheiten entwickeln, die den stadtpolitischen Nutzen beinhalten und den Fokus im Quartier haben. Das möchte ich alles sehen und der Senat hat sehr deutlich gerade bei diesen Fragen gesagt, er habe sich entweder noch gar nicht damit beschäftigt oder sei noch in Gesprächen. Das muss reichen, mehr bekommen wir im Ausschuss auch nicht heraus. Ich glaube, dieser Flaschenhals, der sich bei der ARGE auftut, muss schnell beseitigt werden. Die Frage ist, ob sich das jetzt auch durch die strukturellen Veränderungen ein wenig lösen kann, wenn im Bund die Minister die Entscheidung getroffen haben, wie die neue Struktur der ARGE aussieht und was dort zu erwarten ist. Da gibt es immer noch Gespräche, Sie haben das sicherlich auch verfolgt. Wenn die Ergebnisse nicht zufriedenstellend sind, müssen wir das überdenken. Das ist aber noch nicht absehbar und von daher hätte ich gerne erst dann eine längere Diskussion neben den Diskussionen, die wir schon letzte Woche im Wirtschaftsausschuss hatten zur Zukunft der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg, wenn man konkret sagen kann, wie die Maßnahmen, die wir im Koalitionsvertrag verabredet haben, umgesetzt werden. Es mag sein, dass Frau Hochheim recht hat, dass dann die äußeren Umstände – um es einmal ein bisschen flapsig zu formulieren – sich so verändert haben, dass wir auch die vereinbarten Maßnahmen noch einmal überprüfen müssen. Aber klar ist, dass die Zeiten, in denen Arbeitsmarktmittel in Kaimauern geflossen sind, ganz einfach vorbei sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sicherlich, Frau Dr. Hochheim, ist es jetzt eine ganz andere Art zu diskutieren vor dem Hintergrund der Finanzkrise. Aber trotzdem sollten wir nicht vergessen, dass Senator Freytag im Zusammenhang mit der Konzernbilanz der Freien und Hansestadt Hamburg über die Presse hat verlauten lassen, dass es der Stadt materiell gut geht.

(Arno Münster SPD: Ja!)

Sogar aus dem Jahre 2007 haben wir einen Gewinn von 798 Millionen Euro abgeschöpft.

(Arno Münster SPD: Bravo!)

Das ist doch gut.

Also kann ich doch davon ausgehen, dass die Stadt auch einen Teil des Geldes für Arbeitsmarktprogramme ausgeben möchte – was auch geplant ist, wie wir gehört haben – und wir können dann mehr Menschen als bisher in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen. Dann kommen sie auch wieder in diesen viel genannten Konsumkreislauf hinein, wo es heißt, die Leute kaufen nicht mehr. Denn nur wer Geld hat, kann auch kaufen. Wer vernünftig verdient und ein existenzsicherndes Einkommen hat, zahlt in die Sozial- und Steuerkassen ein und kann auch wieder am Konsum teilnehmen, weil nur er dann kaufen kann. Und wenn es dann so weit ist, könnte dann auch nach acht Monaten, in denen wir nicht viel gesehen haben, endlich ein Teil des Koalitionsvertrags umgesetzt und eventuell sogar noch erweitert werden. Dann könnte man endlich von subventionierter Arbeit wegkommen und Fördermaßnahmen im öffentlichen Bereich weiter ausbauen, zum Beispiel auch in der Stadtteilarbeit sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schaffen und mehr Jugendliche als bisher in Ausbildung bringen. Denn wir haben auch noch die Schulabgänger der letzten Jahre zu versorgen.

Die Große Anfrage von Frau Badde hat doch gezeigt, dass der Bedarf noch lange nicht gedeckt ist, wenn er denn überhaupt erfasst wird. Wenn es der Stadt so gut geht, kann sie doch auch selbst Geld in die Hand nehmen und muss nicht auf Mittel der BA zurückgreifen. Es wäre auf jeden Fall eine Überlegung wert, auch einmal in die Menschen dieser Stadt zu investieren, denn es sind die Menschen, die diese Stadt zu dem machen, was sie ist. Unter anderem könnte die Stadt auch Geld in die Qualitätsverbesserung der ARGEen stecken, wie es im Koalitionsvertrag auch geschrieben steht. Denn Qualität in der Betreuung von Arbeitssuchenden, Ratsuchenden und Erwerbslosen schlägt sich auch in der Wirtschaft nieder. Eine schnellere Vermittlung von Erwerbslosen in den ersten Arbeitsmarkt sollte oberstes Ziel sein und in dem Bereich sind die Projekte auf jeden Fall noch ausbaufähig. Denn woher kommt denn der Fachkräftemangel,

der zum Beispiel im Maschinenbau immer wieder angeprangert wird? Jahrelang wurde doch bewusst darauf verzichtet, junge Menschen auszubilden oder anzuwerben. Sie sind weggegangen oder gar nicht erst hergekommen, weil sie woanders bessere Chancen haben.

Nun gibt es natürlich auch durch die gängige Fluktuation in allen Firmen einen Generationswechsel und damit geht auch das Fachwissen verloren. Hier könnte man auch Geld in die Hand nehmen, qualifizieren, weiterbilden und den Zugang zu Studienmaßnahmen erleichtern, wenn man es denn will. Unter anderem ist es auch eine sehr gute Sache, dass zum Beispiel bei öffentlichen Trägern junge Menschen in Ausbildung gebracht werden, das sind die sogenannten überbetrieblichen Ausbildungsgänge, die dann auch wieder von der BA gefördert werden. Nutznießer sind unter anderem die Jugendlichen. Ich heiße es durchaus gut, dass die Jugendlichen diese Chance erhalten, durch die Träger eine Ausbildung zu bekommen, aber was ist nach der Ausbildung? Welche Perspektiven haben diese Jugendlichen? Denn in den seltensten Fällen werden sie von diesem Betrieb übernommen.

Ich unterstütze auf jeden Fall, dass diese Anfrage im Wirtschaftsausschuss noch einmal beraten wird, weil es nicht angehen kann, dass wir einfach so darüber hinweggehen, dass wir trotzdem noch ein Problem mit Arbeitslosigkeit und Minderqualifizierung in dieser Stadt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Rose.

Wolfgang Rose SPD:* Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Frau Hochheim, natürlich ist es so, dass die Finanzkrise bedeutet, dass wir uns jetzt intensiver, manchmal auch neuer, auf die Situation einstellen müssen. Aber da gibt es keinen Bruch gegenüber dem, was in der Vergangenheit auch schon erforderlich war bei der bisherigen Arbeitslosigkeit und bei den Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik dagegen, sondern das muss jetzt bedeuten, dass man die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik besser justiert und fokussiert auf die neue Situation und dass man sie verknüpft mit den Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, die auch notwendig sind. Und wenn es richtig ist, dass es dort Maßnahmen geben soll, die im Rahmen von Konjunkturpolitik eine Rolle spielen, dann sind das in erster Linie Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen sollen, und dann muss das miteinander verknüpft sein. Da ist es umso notwendiger, diese Debatte jetzt zu führen und nicht abzuwarten, ob in zwei Jahren in den Stadtteilen irgendwelche Arbeitsmarktmaßnahmen und damit verbundene Arbeitsplätze angekommen sind. Sondern heute

(Wolfgang Rose)

müssen wir sagen, was notwendig ist, um die beginnende Rezession in den Griff zu bekommen. Von daher ist es nicht richtig abwehrend zu diskutieren.

Frau Möller, ich habe nicht so richtig verstanden, warum wir das jetzt nicht diskutieren sollen. Insofern, glaube ich, dass es Ihnen einfach erst einmal nur darum geht – und das haben wir in den vergangenen Tagen mehrfach erlebt –, dafür zu sorgen, dass die Regierung ihre Politik machen kann und dass man vielleicht hinterher einmal darauf eingehen kann. Wir haben aber das Interesse als Opposition, unsere Vorstellungen mit einzubringen in das, was anliegt. Sie sind an einem einzigen Punkt eingegangen auf Frau Badde und haben gesagt, es sei wichtig, dass diese Verknüpfung zwischen Arbeitsmarktinstrumenten einerseits und sozialer Stadtentwicklung andererseits hergestellt werden müsste. Unser Punkt – vielleicht haben Sie das noch nicht genau verstanden –, spricht gar nicht prinzipiell dagegen, aber er sagt, dass die soziale Stadtentwicklung ein Politikbereich ist und dass die Arbeitsmarktpolitik ein anderer Politikbereich ist. Denn es kann nicht sein, dass die Arbeitsmarktpolitik ein Instrument der sozialen Stadtentwicklungspolitik ist,

(Antje Möller GAL: Ein Bündel an Maßnahmen!)

sondern es ist notwendig, dass die Arbeitslosen auch eine Chance bekommen. Ob dies eine Chance innerhalb des Stadtteils ist, ist egal. Aber notwendig ist es, die Arbeitsmarktpolitik auf die Bedürfnisse und Interessen der Arbeitslosen auszurichten. Das ist das, was Frau Badde gesagt hat, und das ist auch richtig.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herrn Gedaschko wollte ich gerne noch einmal etwas sagen: Ich bin noch nicht so lange hier, aber ich habe es bisher so verstanden – wenn solche Debatten wie diese geführt werden –, dass dann der zuständige Senator oder die zuständige Senatorin zugegen ist, um sich das anzuhören und gegebenenfalls auch mitzunehmen. Nun hat Frau Badde vorhin die Große Anfrage eingebracht und Sie haben bei keinem einzigen Satz von Frau Badde zugehört.

(Frank Schira CDU: Das können Sie doch gar nicht beurteilen!)

– Das habe ich beobachtet und das finde ich eine Art von Diskreditierung des Einbringens eines solchen Antrags, die nicht akzeptabel ist. Da sollten Sie in Zukunft, wenn Sie schon hier sitzen, sich nicht mit Frau Goetsch oder mit Ihren anderen Kolleginnen unterhalten, sondern sollten zuhören, was Frau Badde, die die Fachsprecherin unserer Fraktion ist, dazu zu sagen hat.

(Hans-Detlef Roock CDU: Zur Sache, zur Sache!)

– Ja, Sie auch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich sage das nicht nur, weil das ein wichtiges Thema ist, sondern auch deswegen, weil Sie in Ihrem Amt ein schweres Erbe übernommen haben. Ihr Vorgänger, Herr Uldall, war – und ist wahrscheinlich auch noch – ein sehr netter und sehr freundlicher Herr, aber, was er Ihnen als arbeitsmarktpolitisches Erbe überlassen hat, ist einigermaßen katastrophal. Die Politik von Herrn Uldall hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Arbeitsmarktpolitik in seiner Behörde zu einem Wurmfortsatz der Wirtschaftspolitik geworden ist und keine gleichberechtigte Situation vorhanden war. Das ist etwas, was wir nicht zulassen können, denn es geht auf Kosten der Arbeitsplätze und der Arbeitnehmer in dieser Stadt. Und wenn man anfängt, Arbeitsmarktförderungsmittel für Wirtschaftsförderung einzusetzen, dann ist das etwas, was vielleicht den einen oder anderen neuen Arbeitsplatz schafft, der aber ohnehin in vielen Bereichen geschaffen worden wäre. Aber es geht auf Kosten der Arbeitslosen, die Arbeitsmarktmaßnahmen brauchen, um wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu finden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Fehler von Herrn Uldall sind folgende gewesen: Bei den Arbeitsmarktinstrumenten ein absoluter Scheuklappenblick in Bezug auf die Ein-Euro-Jobs, bei der Weiterbildung von einem hohen Niveau angefangen mit einem riesigen Absturz in den letzten zehn Jahren, dass kaum noch von dem hohen Niveau der Weiterbildung in Hamburg etwas übrig geblieben ist, und ein noch skrupelloserer Missbrauch von Arbeitsförderungsmitteln für die Wirtschaftsförderung. Das ist aus meiner Sicht eine bittere Bilanz der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg, eine Bilanz, die auch durch den konjunkturellen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren nicht verschleiert werden kann, eine Bilanz, die eindeutig zulasten der langfristigen Erwerbslosen geht und die damit auch entscheidend zur sozialen Spaltung in dieser Stadt beigetragen hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Frau Badde hat bereits dargelegt, dass der Senat noch immer kein Konzept für eine wirksame ergebnisorientierte Arbeitsmarktpolitik hat, die den immer noch viel zu vielen betroffenen Menschen eine nachhaltige Perspektive auf gute Arbeit gibt und damit gleichzeitig eine Basis für unsere Wirtschaft schafft. Ich gehe noch weiter und sage: Es ist dafür auch kein klares Interesse zu erkennen. Es muss aus unserer Sicht endlich Schluss sein damit, sich in den vermeintlich guten Arbeitsmarktdaten Hamburgs zu sonnen. Das hat Frau Hochheim angesprochen, aber es ist so gewesen, dass Sie

(Wolfgang Rose)

die Antwort auf die Frage schuldig geblieben ist, welche Veränderungen sich daraus in der Arbeitsmarktpolitik ergeben sollten.

Das Desinteresse des Senats zeigen nicht nur die Antworten auf unsere Große Anfrage, sondern auch die Antworten auf die aktuellen Kleinen Anfragen von Frau Badde und mir zu den nach wie vor weit verbreiteten Hungerlöhnen in den Hamburger Hotelbetrieben. Wie schon so oft lautet Ihre Senatsantwort schlicht: Wir wissen von nichts, wir tun nichts und es geht uns auch nichts an. Auf der Tagesordnung des Senats stehen Höffner, Moorburg, Elbphilharmonie, U 4 und andere Leuchttürme.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das sind doch alles Arbeitsplätze!)

Sittenwidrige Niedriglöhne und vor allem Mindestlohn finden da nicht statt. Auf den Paradigmenwechsel, den die Grünen versprochen haben, warten wir und die Betroffenen bisher vergebens.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aber es geht Sie sehr wohl etwas an. Die unwürdigen und unfairen Zustände im Niedriglohnbereich treffen Mitbürgerinnen und Mitbürger, für deren Schutz und Wohl Sie als Senat – als Regierung – Verantwortung tragen. Und Sie tragen ebenfalls Verantwortung für die verheerenden volkswirtschaftlichen Konsequenzen, die wir mit dem Einbruch der Binnenmarktnachfrage derzeit erleben.

Aber nicht nur in dem, was Sie nicht tun, sondern auch in dem, was Sie tun, zeigt sich Ihr Desinteresse. Die einseitige Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik auf Ein-Euro-Jobs wollen Sie im Wesentlichen fortsetzen. Die Reduzierung ist prozentual sehr gering, obwohl deren Versagen bei der Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt inzwischen vielseitig belegt worden ist. Im Haushaltsplan geben Sie als angebliche Integrationsquote über die ganzen vergangenen Jahre immer gleichlautend 20 Prozent an. 20 Prozent derjenigen, die in diesen Maßnahmen der Ein-Euro-Jobs sind, werden in den ersten Arbeitsmarkt integriert. Wir fragen uns: Haben Sie das überhaupt überprüft? Ich denke kaum. Oder ist es eine willkürlich geschätzte Zahl? Aber selbst wenn sie stimmen sollte, 20 Prozent Integrationserfolg sind aus unserer Sicht erbärmlich. Nur jeder fünfte Erwerbslose findet den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt. Damit können wir uns nie und nimmer zufriedengeben. Frau Hochheim, gerade in der beginnenden Rezession muss alles getan werden, um die Maßnahmen und Instrumente zielgenauer und klarer auszurichten, damit die Integrationsquote, die das Wichtigste in der Arbeitsmarktpolitik ist, auch im Interesse der betroffenen Erwerbslosen erhöht werden kann.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was wir also brauchen, sind Programme, die den Menschen nachhaltige und dauerhafte Perspektiven eröffnen, zum Beispiel durch die Verknüpfung von sozialer Stabilisierung und beruflicher Qualifizierung in längerfristigen und sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen. Das Job-Perspektive-Programm der Bundesregierung bietet dazu einen wichtigen Ansatz und enthält übrigens, Frau Hochheim, auch die Flexibilität, die Sie an dem Punkt erwarten.

Aber allein darauf, was die Bundesregierung tut, können Sie sich nicht ausruhen. Auch Sie – der Hamburger Senat – sind gefordert, eigenständige Maßnahmen zu entwickeln, die die Arbeitslosen nicht einfach alle über einen Kamm scheren und per Gießkannenprinzip mit Arbeitsgelegenheiten beglücken. So erreichen Sie zwar, dass die Menschen aus der Statistik und vor den Türen der Job-Center verschwinden, aber für die Menschen selbst ist dadurch nichts gewonnen. Das zeigen alle Untersuchungen und Zahlen aus den letzten Monaten. Was die arbeitslosen Bürgerinnen und Bürger stattdessen brauchen, sind individuell abgestimmte, passgenaue Integrationshilfen und Jobangebote, die auf ihre spezifischen Bedingungen und Bedürfnisse eingehen, auf ihre soziale Lage, auf ihren Ausbildungsstand, auf ihr Geschlecht, auf die Migrationshintergründe und so weiter. Denn hinter den großen Zahlen stehen einzelne individuelle Menschen und jeder von ihnen hat ein Recht auf bestmögliche Förderung.

(Beifall bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Fordern und Fördern klingt als Motto toll, doch für die Betroffenen ist es ein Hohn, wenn von ihnen zwar alles gefordert, ihnen aber im Gegenzug eine wirksame Förderung verweigert wird.

(Beifall bei Karin Timmermann SPD)

Es ist Ihre Verantwortung als Senat, auch als Mitträger von team.arbeit.hamburg, die Arbeitsmarktvormittlung mit adäquaten Instrumenten auszustatten und die dortigen Beschäftigten entsprechend ihrer anspruchsvollen Aufgabe zu schulen und nicht durch anhaltenden Personalmangel ständig zu überfordern. Im Zuge der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik, die die Bundesregierung aktuell vorgelegt hat und die nun in Bundestag und Bundesrat verhandelt wird, werden die Spielräume für die Arbeitsmarktpolitik und die konkrete Vermittlungsarbeit vor Ort ausgeweitet und die Vorgaben flexibilisiert. Dadurch steigt Ihre Verantwortung als Senat für die Arbeitsmarktpolitik in Hamburg. Sie bekommen mehr Spielraum aber Sie müssen diesen auch sachgerecht ausfüllen, erst recht, wenn Sie im Bundesrat noch für eine deutliche Erhöhung der freien Fördermittel streiten. Ihrer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung müssen Sie jedoch nicht nur im Interesse der akut Betroffenen – nämlich der Qualifikations- und Fachkräfte in der Wirtschaft

(Wolfgang Rose)

– gerecht werden, sondern auch im Interesse der volkswirtschaftlichen Entwicklung.

Rolf Steil, der Leiter der Hamburger Arbeitsagentur, hat erst vorgestern darauf hingewiesen, dass gerade in Hamburg der Bedarf an qualifizierten Fachkräften in den kommenden Jahren deutlich ansteigen wird und dass ein drastischer Mangel droht. Eine Studie der Robert-Koch-Stiftung kommt zu dem Schluss, dass die Fachkräftelücke bis 2020 auf bis zu 2 000 000 Menschen anwachsen kann. Das kostet die deutsche Volkswirtschaft jedes Jahr zig Millionen Euro an Wohlstandverlust und in den nächsten zwölf Jahren bis zu 500 Milliarden Euro. Dem entgegenzusteuern ist nicht nur eine Aufgabe der Schul- und Hochschulpolitik, sondern vor allen Dingen auch der Arbeitsmarktpolitik und der beruflichen Weiterbildung. Der schon jetzt spürbare Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ist durch die weitgehende Zerstörung des Weiterbildungsmarkts auch in Hamburg erheblich verschärft worden. Wenn jetzt in der Behörde für Schule und Berufsbildung wieder ein Amt für Weiterbildung eingerichtet wird, dann ist das ein richtiger Schritt, doch das allein reicht nicht aus. Es kommt darauf an, die berufliche Qualifizierung und Weiterbildung in Hamburg jetzt schnell und systematisch wieder zu stärken, und da ist Ihre Arbeitsmarktpolitik gefragt. Längerfristige Qualifizierungsangebote müssen wieder deutlich ausgebaut werden, die sinnvoll an den Potenzialen der Arbeitslosen ansetzen und eine nachhaltige Verbesserung ihrer Chancen ermöglichen, anstatt die Menschen in eine unwirksame Kurzfrist-Maßnahme nach der anderen zu jagen, deren Auswahl heute leider viel mehr vom Einkaufspreis bestimmt wird als vom wirklichen Nutzen für die Betroffenen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Setzen Sie sich einmal, Kollege! – Rolf Harlinghausen CDU zeigt die Rote Karte.)

Halten wir also fest: Sie haben noch viel zu tun, um endlich eine wirksame Arbeitsmarktpolitik zu beginnen, und Sie müssen es schnell tun, denn jeder verschwendete Monat mehr kostet die betroffenen Menschen Lebensperspektiven und die Wirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte.

Das Gleiche gilt auch für die Konjunkturprogramme, die Sie offensichtlich planen. Die Absicht Investitionen vorzuziehen ist richtig, aber Sie müssen es jetzt tun und Sie müssen es kräftig genug tun, sonst kommen Sie zu spät und auch Hamburgs Wirtschaft rutscht tiefer in die Rezession und die Erwerbslosigkeit steigt wieder an. Nichts ist wichtiger als Arbeit, aber es muss gute Arbeit sein, sie ist der Schlüssel für alle Politikbereiche. Unter dem Gesichtspunkt denke ich, Sie sollten schnell Ihre Verantwortung in diesem Bereich wahrnehmen und uns die Möglichkeit geben, in dem entsprechenden Ausschuss unsere Vorstellungen mit ein-

zubringen und das hier nicht wegstimmen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Frau Dr. Hochheim.

Dr. Natalie Hochheim CDU:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Sie haben angemahnt, dass Herr Senator Gedaschko eventuell nicht der Rede von Frau Badde zugehört hätte. Ganz ehrlich, ich kann Ihnen sagen, woran das lag: An der Rede von Frau Badde.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Buh, buh!)

Sie haben nicht eine Leitidee, nicht eine Vision, nicht eine starke Idee, wie man etwas vorantreiben kann am Arbeitsmarkt. Das war an flachem Niveau nicht zu überbieten.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Aber Sie haben Visionen!)

Und danach setzt Herr Rose dem Ganzen noch die Krone auf. Mit den alten Ideen, die noch nicht einmal mehr Ihre Leute in den Gewerkschaften hören wollen, kommen Sie hier an und tun so, als wenn Sie ansatzweise ein Konzept für den Arbeitsmarkt hätten. Das ist doch abwegig.

(Beifall bei der CDU – Wilfried Buss SPD: Woher wissen Sie das denn?)

Meine Damen und Herren von der SPD, dass Sie noch nicht einmal die Finanzkrise zum Anlass nehmen, nachzudenken, ob man tiefgreifendere Arbeitsmarktkonzepte entwickelt, hat selbst mich schockiert. Nicht einmal ansatzweise haben Sie das dort mit übernommen.

(Wilfried Buss SPD: Ja, noch geringere Löhne, genau!)

Ich kann Ihnen auch sagen, woran das liegt. In Wirklichkeit haben Sie nämlich unserem Konzept der Verknüpfung von sozialer Stadtteilentwicklung und Arbeitsmarktpolitik nichts entgegenzusetzen. Das ist der Grund, warum Sie so schwimmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich kann Ihnen jetzt zum Schluss auch sagen, warum wir das nicht überweisen. Ganz einfach: Das, was hier stattgefunden hat, war allenfalls – also bestenfalls – Ausschussniveau.

(Lachen bei der SPD – Wilfried Buss SPD: Was?)

Wir haben die Ausschussberatung schon hier in die Debatte gelegt. Dieses einfache Niveau ohne Leitideen und ohne Leitansätze muss man nicht weiter fortführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Vielleicht nur zwei, drei Sätze: Herr Rose, niemand in diesem Haus hat die Erfahrung, die Sie beim Thema Arbeitsmarkt haben. Aber wir alle in diesem Haus sind ein bisschen dichter dran an dem, was in Hamburg konkret durch das Parlament umgesetzt werden könnte.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Diese Rollenverteilung – Frau Badde spricht zu uns und Sie sprechen zum und mit dem Senator: Ich glaube, da gibt es andere Trainingsplätze, die Sie nutzen sollten, denn das hilft uns hier in Wirklichkeit überhaupt nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ingo Egloff SPD:* Sagen Sie doch einmal etwas zur Sache!)

– Ja, Herr Egloff, Sie sind auch manchmal auf einer ganz anderen Ebene in der Debatte.

Um es einfach noch einmal ganz deutlich zu sagen: Der Senat hat in seiner Antwort auf die Große Anfrage ...

(*Ingo Egloff SPD:* Sagen Sie doch einmal etwas Inhaltliches, anstatt irgendwelche Belehrungen von sich zu geben! – *Michael Neumann SPD:* Das macht Sie immer!)

– Herr Neumann weiß über alles Bescheid.

Der Senat hat sehr deutlich gesagt, dass er zu all den aus unserer Sicht entscheidenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt schlicht und einfach noch nichts berichten kann. Das hätten Sie kritisieren können und Sie hätten sagen können, dass das lange dauert. Das finde ich auch, ich hätte auch gerne Antworten. Diese können wir dann im Ausschuss besprechen. Das, was wir verabredet haben, zum Beispiel einen jährlichen Bericht an die Bürgerschaft – das Jahr ist noch nicht um –, der fehlt. Aber wenn das alles vorliegt, kann die fachliche Auseinandersetzung stattfinden. Dieses hier hilft in Wirklichkeit niemandem weiter. Ich glaube, wir sollten uns darauf beschränken, an dieser Stelle zu sagen: Die Große Anfrage der SPD war gut,

(Beifall bei Arno Münster SPD)

Sie haben viele gute Fragen gestellt, Sie haben viele Dinge abgefragt, die nichts mehr mit dem aktuellen Arbeitsmarktprogramm zu tun haben, Sie haben aber auch deutlich in Ihren Fragen auf die Punkte hingewiesen, die wir im Moment bewegen wollen und wo der Sachstand einfach noch nicht so ist, dass wir darüber reden können, schlicht und einfach.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Joithe.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf Frau Möller eingehen, die eben gesagt hat, dass die GAL oder sie selbst näher an dem Problem dran sei; das habe ich vor etwa drei Wochen beim Erwerbslosenrat in ver.di und der IG Metall gesehen. Da haben die Erwerbslosen Ihnen gezeigt, wie weit entfernt Sie sind, Frau Möller; das nur einmal zur Klärung.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Außerdem finde ich es höchst merkwürdig, um mit Frau Möller abzuschließen, dass Sie sich hier als sogenannter Ausschussskiller betätigen. Was Sie heute wieder vorgebracht haben, ist rückwärtsgewandt; Ergebnisse sind häufig rückwärtsgewandt. Wenn man nachfragt, wie es denn gewesen ist, dann ist das rückwärtsgewandt. Das kann ich nicht mehr nachvollziehen, Frau Möller.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE* und der SPD)

Wir haben es durchaus mit einer sehr fundierten Anfrage der SPD zu tun, für die ich ausdrücklich danke. Dennoch ist der Eiertanz auf dem Vulkan schon auf Seite 2 zu sehen. Herr Rose hat vorhin sehr viel Richtiges gesagt, er hatte den Gewerkschaftshut auf. Wir müssen einmal die SPD daran erinnern, wo das Ganze denn herkommt. Ich zitiere den Fragesteller:

"Es muss gewährleistet sein, dass die betroffenen Langzeitarbeitslosen ..."

– Sie sprechen immer von Arbeitslosen, nicht von Erwerbslosen –

"... weiterhin gut betreut und zügig und passgenau in eine für sie geeignete Arbeitsgelegenheit vermittelt werden."

Zitatende.

Wo leben Sie eigentlich? Vorhin haben Sie zwar als Gewerkschafter richtig kritisiert, dass die Arbeitsgelegenheiten nicht sinnführend seien, und wir wissen auch, dass der Bundesrechnungshof 75 Prozent dieser Arbeitsgelegenheiten in Deutschland als rechtswidrig erkannt hat. Wir wissen auch, dass wir früher einmal einen Arbeits- und Wirtschaftsminister hatten, nämlich Wolfgang Clement, an den Sie vielleicht nicht so gerne erinnert werden wollen, zumindest was seine damalige Politik betraf, der von Schmarotzern und Parasiten gesprochen hat; das ist Ihre SPD. Der hat aufgebaut, wie Leute ausgegrenzt werden sollen und meine Erwerbsloseninitiativen und die Erwerbslosen werden Ihnen das so schnell nicht vergessen, um das einmal klarzumachen.

(Beifall bei *Andreas Waldowsky GAL*)

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Sie schreiben tatsächlich, die Langzeitarbeitslosen würden weiterhin gut betreut. Sie müssten wissen, dass die Betreuung in den ARGEen nicht gut ist und Sie müssten auch wissen, dass die Betreuer nicht gut sind; aber darauf komme ich noch zu sprechen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wir haben schon genug!)

Vielleicht erinnern Sie sich noch, Herr Egloff, an unser erstes Zusammentreffen im Dezember 2004 anlässlich einer Hartz-IV-Veranstaltung in Poppenbüttel; wir haben darüber einmal gesprochen. Da lobte Ihr Genosse Runde Hartz IV und seine Arbeitsmarktinstrumente. Über die Arbeitsmarktinstrumente sprechen Sie heute in den höchsten Tönen, aber schon im Flyer mit falschen Zahlen über den Betreuungsschlüssel. Wenn Sie sich einmal ansehen, wie die Leute in den ARGEen überlastet sind, dann können Sie diesen Schlüssel, den Sie damals im Flyer schon fälschlich mit 1 : 70 für über Fünfundzwanzigjährige angegeben haben, wirklich vergessen.

Glücklicherweise scheinen Sie allerdings langsam von der These abzukommen, Hartz IV sei gut und nur falsch umgesetzt. Zuletzt haben wir das von der ehemaligen arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Grünen so gehört. Festzustellen ist, dass weder die Langzeiterwerbslosen gut noch in irgendeiner Hinsicht zügig betreut wurden. Wie kommen Sie nur auf zügig? Zügig ist nichts bei der ARGE. Und wenn Sie bei der ARGE aufgelaufen sind, weil man meint, Sie hätten kein Anrecht, obwohl Sie ein Anrecht haben, dann bekommen Sie nicht einmal Ihren Sachbearbeiter zu fassen. Dann sitzen Sie unten und wenn die Öffnungszeiten zu Ende sind, entfernt Sie der Sicherheitsdienst. Und Sie sprechen von zügig, das ist lächerlich.

Die passgenaue Arbeitsgelegenheit ist nicht nur eine Augenwischerei, Herr Rose, denn die sogenannten Ein-Euro-Jobs stellen den Hauptteil der arbeitsmarktpolitischen Instrumente dar. Ich habe schon erwähnt, dass der Bundesrechnungshof festgestellt hat – das wiederhole ich gerne noch einmal –, dass 75 Prozent rechtswidrig seien. Wie steht denn Ihr Bundesminister dazu?

Die Gemeinde Großefehn in Niedersachsen – daran könnte sich Hamburg ein Beispiel nehmen – hat im Februar 2008 alle Ein-Euro-Jobs abgeschafft. Die LINKE sieht dies in ihrem Wahlprogramm 2008 auch für Hamburg vor. Die Kollegen von der SPD können schon einmal bei Bundesarbeitsminister Olaf Scholz vorfühlen, wie es um die Rechtswidrigkeit der Ein-Euro-Jobs steht und wie er damit weiter umzugehen gedenkt. Wie ich höre, haben Sie da ganz gute Verbindungen.

Kommen wir zu den Antworten. Bei den ganzheitlichen Integrationsleistungen fällt auf, dass das Ist von 650 in der vierzigsten Kalenderwoche – das ist

der Stichtag – weit hinter dem Soll von 2000 im Jahre 2008 zurückbleibt. Gleiches gilt für die Eingliederungszuschüsse. 556 : 1000. Und bei den Qualifizierungszuschüssen wird lediglich einer aufgeführt, geplant waren aber für das Jahr 50. Man sagt immer so schön, wir wollen die Erwerbslosen aktiv machen, wunderbar, aber wo ist da der Senat aktiv; ich sehe da nichts.

Auch bei den Ablehnungsgründen – das ist ein interessantes Thema –, bei den Anträgen für das Hamburger Modell ist Auffälliges zu finden. Bezeichnend für die verfehlte arbeitsmarkt- und sozialpolitische Ausrichtung ist meines Erachtens, dass zu hoher Verdienst als Ablehnungsgrund aufgeführt wird, nicht aber ein zu niedriger. Da heißt es nur, die Maßnahme ist nicht möglich, weil der Verdienst zu hoch ist. Aber ein zu niedriger Verdienst scheint kein Grund dafür zu sein, dass die Maßnahme nicht möglich wäre. Gleiches gilt für zu geringe Wochenarbeitszeit; zu hohe Wochenarbeitszeit gibt es nicht. Mindestlohn, Sittenwidrigkeit, Working poor, all das ist möglich.

Und noch eine Erfahrung aus meiner Begleitung von Erwerbslosen. Es wird in Arbeitsverhältnisse bei Leiharbeitsfirmen vermittelt, die ihren Lohnpflichten nicht nachkommen. Gibt der Arbeitnehmer das Verhältnis gerade wegen der Nichtzahlung und der Insolvenz der Firma auf, dann droht die ARGE mit Kürzungen. Da sind Sie mitverantwortlich, Herr Gedaschko; Sie sind schließlich federführend. So gut arbeiten die Mitarbeiter der ARGE, ich wiederhole das noch einmal, falls Sie es nicht mehr wissen. Es ist eine Definitionsfrage, was gute Arbeit in der ARGE ist. Wenn es um Leistungsvermeidung trotz Anspruchs geht, dann arbeiten die richtig gut, wenn es um die Hilfsbedürftigen geht, dann wohl eher schlecht. Das sollte sich auch Herr Rose als Chef des Gemischtwarenladens namens ver.di notieren, dem ich auch angehöre, wohlgemerkt. Vermitteln Sie einmal Frau Friess, was gute Arbeit auf der einen Seite und schlechte Arbeit gegenüber den Hilfsbedürftigen auf der anderen Seite ist.

(Arno Münster SPD: Das ist ein psychologisches Problem!)

Kommen wir wieder zu den Antworten. Bei den Weiterbildungsmaßnahmen, Paragraphen 77 SGB III, wird ausweichend geantwortet, da strotzt es von Allgemeinplätzen. Auch die Evaluation der Ein-Euro-Jobs ist weiterhin unzureichend. Auf die rechtlichen Belange bin ich anfangs schon eingegangen.

Man gewinnt den Eindruck, der Senat will gar nicht so richtig Klarheit schaffen. Ein Interesse an einer genauen Evaluation der Situation der Ein-Euro-Jobs besteht gar nicht, weil das einzige Interesse die Etatsanierung durch die Billigheimer ist; so nennt man die Ein-Euro-Jobber nämlich auch. Der Senat stellt fest, dass mit den geplanten 1000 sozi-

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

alversicherungspflichtigen Stellen – Beschäftigungsverhältnisse nach 16a SGB II "JobPerspektive" – eine unterstützende Struktur zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil aufgebaut wird; das ist auch ein Thema von Ihnen, Frau Möller. Der Senat verschweigt bei diesen Beschäftigungsverhältnissen, die nicht Arbeitsstelle oder Arbeitsgelegenheit genannt werden, sondern Beschäftigungsverhältnisse, dass zwar Krankenversicherungsbeträge, aber keine Arbeitsförderungsbeiträge, früher Arbeitslosenversicherung, abgeführt werden; da staunen Sie. Die Stellen sind vorerst auf zwei Jahre befristet, aber ein Anspruch auf Arbeitslosengeld wird nicht erlangt. Man will den sogenannten Drehtüreffekt verweigern. Das hat man bei den Ein-Euro-Jobs mit Entgeltmöglichkeiten schon einmal gemacht. Da hat man auch Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt und sogar geringfügige Arbeitslosenversicherungsbeiträge, aber nach 19 Monaten war der Job dann zu Ende. Und das hieß, nichts mit ALG I, weiter im Kreis des ALG II.

Und bei wem bedanken wir uns dafür? Herr Rose, Sie haben sich hier so richtig für die Betroffenen ins Zeug gelegt, richtig, bei dem schon erwähnten Olaf Scholz. Das wäre auch ein bisschen zu viel Lebensqualität gewesen, oder?

Angeblich gibt es laut der Antwort des Senats bisher nur fünf Stellen nach Paragraph 16a in der Stadt. Frau Badde war fleißig, es gibt nämlich die Drucksache 19/429. Da führt man allein neun Hausmeisterstellen bei der CHANCE Beteiligungsgesellschaft auf, die eine hundertprozentige Tochter der SAGA-GWG ist. Wie kann es sein, dass auf der einen Seite fünf Stellen sind – das haben Sie richtig bemerkt, Herr Rose – und es dann bei der CHANCE Beteiligungsgesellschaft schon neun Hausmeisterhelferstellen gibt? Das klingt schon wieder nach "ich lass' ihn mal helfen, damit er nicht zu sehr im Tarif hochgesetzt wird".

Die Seriosität der Angaben, insbesondere zu den 16a-Stellen, des Senats ist mehr als anzuzweifeln. Dazu muss man ganz klar sagen, dass derartige Beschäftigungsträger lediglich Verschiebebahnhöfe zum Abbau regulärer Beschäftigung sind. Die Arbeitsinstrumente des als Hartz IV bezeichneten Gesetzes tragen die Handschrift der dem Neoliberalismus verfallenen Schöpfer und wir erwähnen sie noch einmal, da freuen Sie sich, Sie klatschen doch gleich: Schröder, Hartz und Co. Sie haben zur Erweiterung des Niedriglohnsektors, der Verbreitung von prekärer Arbeit, von der man nicht leben kann, beigetragen. Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln, Herr Münster, das ist so.

(Jörg Hamann CDU: Aufhören!)

Die Partei der Fragesteller zeichnet dafür hauptverantwortlich. Es ist zu hoffen, dass Sie aus den Antworten nunmehr die richtigen Schlüsse ziehen.

(Jens Kerstan GAL: Was ziehen Sie denn für welche?)

– Ich danke Ihnen, Herr Kerstan, für diesen Einwurf.

Die LINKE tritt für die Abschaffung derartiger Gelegenheiten oder Beschäftigungsmöglichkeiten oder wie immer wir das bezeichnen wollen, ein, denn die verdienen nicht den Begriff gute Arbeit. Dies war ein Grund, Herr Kerstan, warum ich der LINKEN beigetreten bin. Herr Egloff, insofern schließt sich der Kreis von Poppenbüttel ins Rathaus und ich hoffe, dass mir noch viele folgen werden.

Meine Fraktion wird der Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zustimmen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Noch zwei Sätze. Ganz schön tricky, Herr Joithe-von Krosigk. Ich sage nichts dazu, was Sie alles auf dieser Veranstaltung gesagt haben, auf der wir zusammen mit der Kollegin Badde waren. Aber ich appelliere noch einmal daran, dieses Thema weiter zu diskutieren, und zwar dicht an Hamburg dran. Ich weiß auch, dass Herr Rose das auch kann. Dann können wir auch darüber reden, ob man eigentlich die ARGE so akzeptieren muss, wie sie ist. Haben wir uns nicht vielleicht doch einige Dinge aufgeschrieben, wo wir etwas verändern können: Ein anderer Umgang mit den Kundinnen und Kunden, Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem Umsetzung des Ziels langfristige Maßnahmen in den ersten Arbeitsmarkt, weg von der Abhängigkeit von Transferleistungen, aber bitte dann, wenn der Senat auch Antworten dafür hat. Im Moment – das haben Sie schwarz auf weiß – gibt es die noch nicht. Also hoffen wir, dass sie bald kommen und dann reden wir nach den Haushaltsberatungen weiter.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/1211 in der Neufassung an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Große Anfrage aus der Drucksache besprochen worden ist.

Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 19/1379, Bericht des Gesundheitsausschusses: Zusammenfassender Bericht der Aufsichtskommission gemäß

(Präsident Berndt Röder)

Paragraf 38 Absatz 4 des Gesetzes über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt über ihre Tätigkeit in den Jahren 2006 und 2007.

[Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksache 19/790:

Zusammenfassender Bericht der Aufsichtskommission gemäß § 38 Absatz 4 des Gesetzes über den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt (Hamburgisches Maßregelvollzugsgesetz - HmbM-VollzG vom 14. Juni 1989; neu: § 48 HmbMVollzG vom 7. September 2007) über ihre Tätigkeit in den Jahren 2006 und 2007 (Senatsmitteilung) – Drs 19/1379 –]

Hierzu wird das Wort nicht gewünscht. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/1379 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf, das sind die Drucksachen 19/1358 bis 19/1360.

[Gemeinsame Beratung

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben

– Drs 19/1358 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben

– Drs 19/1359 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben

– Drs 19/1360 –]

Es handelt sich um Berichte des Eingabenausschusses.

Zunächst der Bericht 19/1358, Ziffer 1. Wer schließt sich den Empfehlungen an, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 577, 604 und 651, alle aus 2008, abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 489 und 625, beide aus 2008, beschlossen hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ziffer 2 ist eine Kenntnisnahme, die erfolgt ist.

Bericht 19/1359. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 178

dieses Jahres abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 19/1360, Ziffer 1. Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 130/08 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Kenntnisnahme der Ziffern 2 und 3 ist erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie in einer Neufassung erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung unter C an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich den Verlangen auf Besprechung nach Paragraf 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter D an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 21, Drucksache 19/1378, Bericht des Haushaltsausschusses: Konzentration von Dienststellen sowie Einrichtung eines Sozialen Dienstleistungszentrums in einem neuen Verwaltungszentrum im Bezirk Bergedorf.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/1046:

Konzentration von Dienststellen sowie Einrichtung eines Sozialen Dienstleistungszentrums in einem neuen Verwaltungszentrum im Bezirk Bergedorf (Senatsantrag)

– Drs 19/1378 –]

* Siehe Anlage, Seite 878

(Präsident Berndt Röder)

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Nee, nee!)

– Es war bei einigen wenigen Enthaltungen einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen und damit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 22, Drucksache 19/1448, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2007/2008 Haushaltsjahr 2008 Einzelplan 4 – Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Nachträgliche Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 3 491 000 Euro beim Titel 4840.894.01 nach Paragraph 37 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung sowie Nachbewilligung von Ausgaben in Höhe von 1 211 000 Euro für die Baumaßnahme Erweiterungsbau des Bernhard-Nocht-Instituts beim Titel 4840.894.01.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/1331:

Haushaltsplan 2007/2008

Haushaltsjahr 2008 Einzelplan 4 – Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Nachträgliche Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 3.491 Tsd. Euro beim Titel 4840.894.01 nach § 37 Absatz 4 LHO sowie Nachbewilligung von Ausgaben in Höhe von 1.211 Tsd. Euro für die Baumaßnahme Erweiterungsbau des Bernhard-Nocht-Instituts beim Titel 4840.894.01 (Senatsantrag)

– Drs 19/1448 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig bei einer sehr großen Anzahl von Stimmenthaltungen beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit der gleichen Mehrheit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 22a, Drucksache 19/1579, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2007/2008; Haushaltsjahr 2008, Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft und Arbeit. Bauliche Sanierungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Landesbetriebes Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen Hamburg. Hier: Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in Höhe von 5 000 000 Euro beim Titel 7400.892.05 Zuschuss an den Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen für Grundinstandsetzungen.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/1442:

Haushaltsplan 2007/2008; Haushaltsjahr 2008

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft und Arbeit Bauliche Sanierungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Landesbetriebes Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen Hamburg

Hier: Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in Höhe von 5.000 Tsd. Euro beim Titel 7400.892.05 "Zuschuss an den Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen für Grundinstandsetzungen" (Senatsantrag)

– Drs 19/1579 –]

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 26, Drucksache 19/1380, Bericht des Rechtsausschusses: Entwurf eines Ge-

(Präsident Berndt Röder)

setzes zur Ergänzung von Paragraph 23 Absatz 1 des Hamburgischen Richtergesetzes.

[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/859:

Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung von § 23 Absatz 1 HmbRiG (Senatsantrag)

– Drs 19/1380 –]

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das Zehnte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Richtergesetzes aus Drucksache 19/859 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Auch hier bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 28a, Drucksache 19/1515, Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses: Elfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge.

[Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksache 19/917:

Elfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Senatsantrag)

– Drs 19/1515 –]

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das Gesetz zum Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag aus Drucksache 17/917 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 19/1444, Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses:

Interkulturelle Familienkonflikte entschärfen – Schutz und Prävention ausbauen.

[Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses über die Drucksache 19/566:

Interkulturelle Familienkonflikte entschärfen – Schutz und Prävention ausbauen (Antrag der Fraktion der GAL)

– Drs 19/1444 –]

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer großen Anzahl von Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 34, Drucksache 19/1461, Bericht des Innenausschusses: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren! und NPD-Verbot weiter vorantreiben.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksachen 19/91 (Neufassung) und 19/150:

– Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren! (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– NPD-Verbot weiter vorantreiben (Antrag der Fraktion der SPD)

– Drs 19/1461 –]

Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte sich Ziffer 2 anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 39, Drucksache 19/1115, Antrag der SPD-Fraktion: Für Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt – Ausbildungsberichterstattung wieder einführen.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Für Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt – Ausbildungsberichterstattung wieder einführen

– Drs 19/1115 –]

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Vonseiten der SPD-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung mitberatend an den Schulausschuss vor.

(Präsident Berndt Röder)

Wer stimmt nun einer Überweisung der Drucksache 19/1115 an den Wirtschaftsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer möchte die Drucksache 19/1115 mitberatend an den Schulausschuss überweisen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 44, Drucksache 19/1469, Antrag der SPD-Fraktion: Hamburg muss vorangehen, Kinderrechte in die Verfassung, UN-Kinderrechtskonvention vorbehaltlos zustimmen.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Hamburg muss vorangehen: Kinderrechte in die Verfassung

UN-Kinderrechtskonvention vorbehaltlos zustimmen

– Drs 19/1469 –]

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der GAL-Fraktion gemäß Paragraf 26 Absatz 6 der Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Das ist der Fall. Die Abgeordnete Blömeke bekommt es für maximal fünf Minuten.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, ich will zu so später Stunde nicht verhehlen, dass wir als GAL-Fraktion finden, dass Sie einen sehr schönen Antrag geschrieben haben, der eine inhaltliche Zustimmung bei der GAL auslöst.

Es ist richtig, dass Kinder in der gesellschaftlichen Wertschätzung als eigenständige Persönlichkeiten heute noch nicht die Anerkennung finden, die sie benötigen. In der Rechtsprechung haben Eltern oft noch Vorrang vor Kindern und die mangelnde Achtung vor Kindern zeigt sich vor allen Dingen in unzureichenden Entfaltungsmöglichkeiten oder Beteiligungsmöglichkeiten und auch immer häufiger bei den Fällen von Vernachlässigung und Gewalt.

Dem könnten wir mit der Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz, in die Verfassung entgegenwirken. Wir dürfen uns aber dabei nicht blenden lassen; das ist nur ein Baustein in diesem Programm "Hamburg schützt seine Kinder". Wir haben in Hamburg schon ein sehr gutes Programm, das viele Maßnahmen beinhaltet, um Kinder zu schützen. Aber eine Erweiterung dieses Konzepts durch die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung würden wir als GAL-Fraktion inhaltlich als sinnvoll ansehen.

Jetzt zur politischen Realität, deswegen stehe ich hier. Wie Sie alle wissen, sieht die politische Realität so aus, dass wir in einer Koalition mit der CDU-Fraktion leben und ich möchte an dieser Stelle sa-

gen, dass wir am Punkt Kinderrechte noch ein bisschen arbeiten. Wir haben in dieser Koalition da ein dickes Brett zu bohren und werden uns weiterhin darum bemühen, in Diskursen vielleicht irgendwann einmal zu einem Entschluss zu kommen. Aber solange das noch nicht der Fall ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, lehnen wir Ihren Antrag ab, denn eines gibt es nicht in einer derart stabilen Koalition, wie CDU und GAL sie haben, wechselnde Mehrheiten. Mit wechselnden Mehrheiten arbeiten wir hier nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Heiterkeit bei der SPD)

Aber ich möchte zum Schluss noch einen Tipp geben. Sie bilden doch beide im Bundestag noch eine Regierungskoalition. Es wäre doch das Einfachste für Sie, mit Ihren Kollegen von der CDU auf Bundesebene zusammenzuarbeiten. Sie haben noch neun Monate Zeit. Setzen Sie die Kinderrechte auf Bundesebene durch, das fände ich klasse.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Stephan Müller.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Blömeke, für das Bekenntnis; das haben wir sehr erfreut zur Kenntnis genommen.

Schaut man nun in diesen Antrag, ist er natürlich auf den ersten Blick schon sehr sympathisch. Es geht hier um Kinderrechte und theoretisch könnte man eigentlich zustimmen. Aber auf den zweiten Blick,

(*Andy Grote SPD:* Haben Sie Mängel festgestellt?)

und das ist auch das, wo wir uns mit unserem Koalitionspartner sicherlich noch in vielen Gesprächen auseinandersetzen werden, gibt es einige sachliche und möglicherweise sogar grundsätzliche Einwände, die ich in der Kürze der Zeit allerdings nicht alle auführen kann.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – *Michael Neumann SPD:* Schade!)

Übrigens, falls Sie es noch nicht vernommen haben, dürfen Sie nicht dazwischen rufen, denn ich habe heute Geburtstag.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael Neumann SPD:* Ja und?)

Beschränkt man sich, um inhaltlich etwas dazu zu sagen, auf eine Änderung des Grundgesetzes mit relativ weit gefassten Rechten für Kinder, also quasi mit appellativem Charakter, so wie es auch die vorhandene Bundesratsinitiative aussagt, dann kann man darauf verzichten, da Kinder schon im

(Stephan Müller)

Rahmen der Grundrechte aller Menschen geschützt sind, denn Kinder sind auch Menschen. Ansonsten müsste man nämlich ganz konkret ausführen, welche Rechte man denn ganz genau ins Grundgesetz übernehmen will. Daraus ergibt sich die Frage, ob das Grundgesetz in der Lage ist, Kinderrechte besser zu regeln als die vorhandenen Bundesgesetze, die wir dort auch haben.

Des Weiteren zielt der Antrag auf die elterlichen Erziehungsrechte und -pflichten und das staatliche Wächteramt ab. Wir befürchten dabei auch, Eltern dann ein Stück aus der Verantwortung für das Kindeswohl zu entlassen und die Erziehungsverantwortung an die Gesellschaft, das heißt, an staatliche Stellen, zu delegieren.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Genau, wir schaffen die Menschenrechte ab; das glauben Sie ja wohl nicht wirklich!)

– Herr Neumann, ich glaube das, sonst hätte ich es nicht gesagt. Sie kommen nicht aus dem Ressort, ich nehme Ihnen das auch nicht übel. Allerdings weiß ich nicht, in welchem Ressort Sie wirklich Fachmann sein sollten.

(*Michael Neumann SPD*: Sie sind ja als Verfassungsrechtexperte weit über unsere Stadtgrenzen bekannt!)

Diese Tendenz ist bereits erkennbar und wir beobachten das inzwischen schon bei vielen Ablösungskonflikten gerade in der Pubertät. Sie sehen also, Herr Neumann, man sollte sich vorher die Ziele ziemlich genau überlegen. Bei Art und Qualität Ihrer Zwischenrufe fällt mir häufig Wilhelm Busch ein, der da sagte:

"Ach, die Welt ist so geräumig,
und der Kopf ist so beschränkt."

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, trotz des Geburtstages gehe ich davon aus, dass Sie hier ein allgemein gehaltenes Zitat auf niemanden bezogen haben.

Stephan Müller (fortfahrend): – Selbstverständlich, Herr Präsident.

(Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

– Herr Neumann, Sie merken doch, dass Sie mich nicht durcheinander bringen.

(Zuruf von der SPD: Noch mehr durcheinander geht auch nicht!)

Lassen Sie mich noch eines anfügen. Für uns Christdemokraten ist das Grundgesetz eines der höchsten Güter dieser Republik und damit verbunden ist der verantwortungsvolle Umgang mit Ergänzungen und Änderungen des Grundgesetzes.

Bei diesem Antrag scheint die Wirkung mehr einer politischen Symbolik nahezukommen.

(*Michael Neumann SPD*: Das liegt Ihnen ja gar nicht!)

Da Kinderrechte eh schon sehr weit geregelt sind, wäre das nicht der richtige Weg und das ist genau der Punkt. Sie zeigen im Schlusssatz Ihres Antrags in der Begründung, dass es Ihnen eigentlich darum geht, eine Meinungsverschiedenheit dieser Koalition darzustellen. Das ist Ihnen sicherlich gelungen, weil die GAL diesen Fünf-Minuten-Beitrag angemeldet hat. Natürlich können und vor allen Dingen dürfen wir in dieser Koalition auch einmal unterschiedlicher Meinung sein.

(*Michael Neumann SPD*: Ja, Moorborg, Höffner, Kinderrechte!)

Deshalb haben wir – Sie werden es wissen – auch einen Koalitionsvertrag geschlossen, der unsere Ziele eint und regelt, und alles, was sich außerhalb dieses Vertrags bewegt, wird von uns in kollegialer und – Sie haben recht, Frau Blömeke – freundschaftlicher Atmosphäre besprochen. Wir werden dieses Thema sicherlich noch weiter vertiefen und auch unsere Argumente hier austauschen.

Wenn wir jetzt diesem Antrag nicht zustimmen, dann bedeutet das nicht, dass wir nicht für mehr Ausgestaltung von Kinderrechten sind, sondern dass wir diesen Weg für den nicht ganz richtigen halten und diesen Diskussionsprozess fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Veit.

Carola Veit SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist eine der Stellen, wo man eigentlich sagen muss, dass es unglaublich ist, wie sich diese GAL-Fraktion vor dieser CDU in den Staub wirft und winselt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Im Dezember letzten Jahres hat die GAL-Fraktion einem im Petition fast gleichlautenden Antrag von uns zugestimmt.

Heute, am 20. November, ist der Internationale Tag der Kinderrechte, denn die Kinderrechtskonvention ist vom 20. November 1989. Ich denke, das ist ein gutes Datum, um über einen solchen Antrag zu entscheiden. Zur Umsetzung dieser Kinderrechtskonvention ist die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz notwendig. Deutschland ist dazu von den Vereinten Nationen mehrfach aufgefordert worden. Inzwischen hat übrigens auch die Kinderkommission des Bundestages – da ist die CDU auch vertreten – einstimmig dafür votiert, dennoch blockiert die Union. Jetzt machen Sie von der CDU auch noch mit.

(Carola Veit)

(Jens Kerstan GAL: Die Bundestagsfraktion in Berlin hat das gleiche Problem!)

Schon im Juni hat der schwarz-grüne Senat im Bundesrat entsprechend blockiert, als es um die Rücknahme der Vorbehalte zur Kinderrechtskonvention ging. Das ist ein Armutszeugnis für einen Senat mit einer grünen Beteiligung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Es ist ein Armutszeugnis für eine CDU-Fraktion und einen CDU-Senat, der sich den Schutz von Kindern und ihre Förderung so sehr auf die Fahnen schreibt. Es ist unpassend und innenpolitisch und völkerrechtlich nicht nachzuvollziehen. Besonders traurig ist es deswegen, weil es genug Leute gibt, die Ihnen in dieser Stadt sagen, wie wichtig die Sache ist.

Ich möchte gerne Herrn Dr. Hammer, den Abteilungsleiter der entsprechenden Behörde in Hamburg und Vorsitzenden diverser Fachausschüsse und Kommissionen und bundesweit anerkannten Experten zitieren, der sich in einer Publikation des Landesjugendrings aktuell zu diesem Thema sehr detailliert und fachlich geäußert hat. Ich möchte das gerne vorlesen. Herr Dr. Hammer schreibt:

(Zuruf von Rüdiger Kruse CDU)

"Es ist Zeit zu handeln. Auch im Interesse der Zukunftsfähigkeit der deutschen Gesellschaft ist es notwendig, durch eine deutliche Stärkung der Kinderrechte im Grundgesetz die Ausrichtung aller Politikfelder stärker daran zu orientieren, dass Kinder besser gefördert, die Rahmenbedingungen Ihrer Entfaltung besser gesichert und sie von Vernachlässigung und Gewalt besser geschützt werden. Es geht nicht nur darum, die Kinder in ihren Rechten gegenüber den Eltern zu stärken, obwohl auch das notwendig ist, sondern es geht vor allem darum, die Kinder in ihrem Schutz- und Förderanspruch gegenüber der staatlichen Gemeinschaft zu stärken und damit den Geist des Paragraphen 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetz, sich für kindgerechte Lebensbedingungen einzusetzen, auf die gesamte Gesellschaft verpflichtend zu übertragen."

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Blömeke GAL und Kersten Artus DIE LINKE)

Starke Kinder brauchen starke Rechte. Wir wollen die volle Geltung der Kinderrechtskonvention in Deutschland und wir brauchen die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Es ist schade, dass wir dafür noch um Ihre Zustimmung bitten müssen. Wenn Sie Einwände haben, sind wir auch gerne bereit, das noch einmal mit Ihnen im Ausschuss zu erläutern. Ich ende mal nicht mit Busch,

sondern mit Kästner: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe zwar eine Rede vorbereitet, aber ich war der Auffassung, dass wir zu diesem Thema Gemeinsamkeiten haben und diesem Antrag zustimmen könnten. Aber wie ich jetzt merke – auch bei den Grünen, was sehr schade und für Sie eine Schande ist –, werden Sie dem Antrag nicht zustimmen, sondern ihn wegen Ihrer Koalitionsvereinbarungen ablehnen, was für die Grünen in der letzten Zeit typisch ist.

Was Kinderrechte angeht und ob die in den Gesetzen geregelt sind, will ich mit einem Beispiel zum Kita-Gutscheinsystem deutlich machen.

Das Kita-Gutscheinsystem ist eingeführt worden mit dem Hintergrund, dass es den Bedürfnissen der Kinder und den Familien nachgehen soll. Wir haben kürzlich eine Tagung "Fünf Jahre Kita-Gutscheinsystem" gehabt. Dort wurde auch von den Erzieherinnen und Erziehern und den Verbänden deutlich gemacht, dass das an den Bedürfnissen der Kinder vorbeigeht. Es geht nicht um die Bedürfnisse der Familien, sondern um die der Kinder. Zum Beispiel bekommt man, wenn einer in der Familie arbeitssuchend ist, keinen Ganztags-Kita-Gutschein.

Ich wollte auch zum Thema Schule sprechen, aber weil meine Fraktionsvorsitzende das gemacht hat, brauchte ich das nicht mehr.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU: Uh, oh!)

Sie sprechen von Integration und Sprachförderung. Man kann aber eine Baustelle, die kein richtiges Fundament hat, nicht nachträglich mit zusätzlichen Bauarbeiten versehen, sondern man muss das vom Fundament her aufbauen. Wenn ein Kind von klein auf an nicht das Recht hat, ganztags in den Kindergarten zu gehen und die Sprache zu erlernen, dann zur Schule kommt und nicht ausreichend die Sprache spricht, dann wird gesagt, die können die Sprache nicht, die müssen wir fördern. Warum fördern wir nicht von klein auf an. Wenn die Kinderrechtskonvention in unserem Grundgesetz eingeführt worden wäre und die Kinderrechte umgesetzt werden würden, dann hätten wir dieses Problem nicht und dann hätten auch Kinder den Anspruch ...

(Zuruf von Christiane Blömeke GAL)

Deswegen unterstützen wir den Antrag der SPD.

(Beifall bei der SPD)

(Mehmet Yildiz)

Es ist schade, dass Sie das nicht unterstützen. Die Opposition hat sieben Anträge und Sie haben vier Anträge gestellt. Diese vier Anträge sind aus dem Koalitionsvertrag abgeschrieben, denen wir zugestimmt haben, weil wir zwar nicht immer Ihrer Meinung sind, aber weil da auch richtige Ansätze sind. Deswegen haben wir zugestimmt. Wir haben erwartet, dass Sie auch einigen Anträgen von der Opposition zustimmen. Aber was machen Sie mit Ihrer Mehrheit?

(Zurufe von der CDU)

Typisch CDU und Grüne: Die Bedürfnisse der Menschen gehen an Ihnen vorbei, aber hier sind die Bedürfnisse von Kindern gefragt. Wenn Sie reden, dann wird alles auf Wirtschaft bezogen. Es muss eine Bundesratsinitiative gestartet werden, dass man die Sache einmal klärt. In dem Zusammenhang unterstützen wir diesen Antrag der SPD. Ich finde es schade und es ist eine Schande für die Grünen – nicht für die CDU, von denen hatte ich das auch nicht erwartet –, dass Sie das nicht unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem SPD-Antrag aus der Drucksache 19/1469 zustimmen? – Gegenstimmen?

– Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 48, Drucksache 19/1473, Antrag der SPD-Fraktion: Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung zur Ansiedlung Möbel Höffner in der Holsteiner Chaussee: Welche Zusagen hat der Senat dem Investor bereits gemacht?

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 der
Hamburgischen Verfassung zur Ansiedlung
von "Möbel Höffner" an der Holsteiner Chaussee: Welche Zusagen hat der Senat dem Investor bereits gemacht?
– Drs 19/1473 –]**

Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit dem nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Forum gestellt worden ist. Das Aktenvorlageersuchen ist somit wirksam zustande gekommen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 20.08 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Nebahat Güclü, Robert Heinemann, Harald Krüger, Ties Rabe, Birgit Stöver und Carola Thimm

Anlage**NEUFASSUNG****Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO****für die Sitzung der Bürgerschaft am 19. und 20. November 2008****A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
20	1441	Feststellung des Senats über das Nichtzustandekommen eines Volksbegehrens hier: Volksbegehren „Eine Schule für Alle“.
24	1423	Bericht des Gesundheitsausschusses
25	1424	Bericht des Gesundheitsausschusses
27	1381	Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses
31	1445	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses
32	1446	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses
33	1460	Bericht des Innenausschusses
35	1462	Bericht des Innenausschusses
36	1463	Bericht des Innenausschusses
37	1464	Bericht des Schulausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
19	1501	Einführung eines Digitalen Sprech- und Datenfunksystems für die Sicherheitsbehörden (BOS-Digitalfunk)	SPD	Haushaltsausschuss (f.) und Innenausschuss
45	1470	Wiedereinrichtung des Entwicklungspolitischen Beirats	GAL	Europaausschuss
46	1471 Neuf.	Hamburgisches Polizeirecht verfassungskonform weiterentwickeln	SPD	Innenausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
38	1465	Verfassungs- und Bezirksausschuss	Die papierlose Bürgerschaft

D. Einvernehmliche Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
8	1040	Schulschwänzen, Schulverweigerung – hat Hamburg die Probleme im Griff?
9	1122	Hamburg braucht eine qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung für Krippen-, Kita- und Hortkinder – Entwicklungen im Kita-Gutscheinsystem III
13	1227	DDR-Diktatur und Totalitarismus – was wissen Hamburgs Schüler?